

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@parl.admin.ch

03.016 Bundesgesetz über den Datenschutz. Übereinkommen zum Schutz
des Menschen. Beitritt der Schweiz



Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament

Curia Vista - Geschäftsdatenbank

03.016 - Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über den Datenschutz. Übereinkommen zum Schutz des Menschen. Beitritt der Schweiz

Einreichungsdatum 19.02.2003
Stand der Beratung Erledigt

Botschaft vom 19. Februar 2003 zur Änderung des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG) und zum Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung (BBI 2003 2101)

Dokumente

- ▶ Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)
- ▶ Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen
- ▶ Medienmitteilungen
- ▶ Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle
- ▶ Text des Erlasses 1 (BBI 2006 3547)
- ▶ Text des Erlasses 2 (BBI 2006 3649)

Chronologie / Wortprotokolle

Vorlage 1

Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)

- | | | |
|--------------|----|---|
| ▶ 10.03.2004 | NR | Rückweisung an den Bundesrat. |
| ▶ 03.06.2004 | SR | Ablehnung der Rückweisung an den Bundesrat. |
| ▶ 06.10.2005 | NR | Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates. |
| ▶ 14.12.2005 | SR | Abweichend. |
| ▶ 09.03.2006 | NR | Abweichend. |
| ▶ 22.03.2006 | SR | Zustimmung. |
| ▶ 24.03.2006 | NR | Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. |
| ▶ 24.03.2006 | SR | Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
Bundesblatt 2006 3547; Ablauf der Referendumsfrist: 13. Juli 2006 |

Vorlage 2

Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung

- | | | |
|--------------|----|--|
| ▶ 10.03.2004 | NR | Rückweisung an den Bundesrat. |
| ▶ 03.06.2004 | SR | Ablehnung der Rückweisung an den Bundesrat. |
| ▶ 06.10.2005 | NR | Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates. |
| ▶ 14.12.2005 | SR | Zustimmung. |
| ▶ 24.03.2006 | NR | Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen. |
| ▶ 24.03.2006 | SR | Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.
Bundesblatt 2006 3649; Ablauf der Referendumsfrist: 13. Juli 2006 |

Zuständig Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Erstbehandelnder Rat: NR

Behandelnde Kommissionen ▶ Kommission für Rechtsfragen NR (RK-NR)
Antrag: Differenzbereinigung
▶ Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)

Behandlungskategorie NR III, Reduzierte Debatte (Art. 48 GRN)

Deskriptoren:

Datenschutz; Gesetz; Datenrecht; Schutz der Privatsphäre; Datenerhebung

Rechtsschutz; Gesetzesvollzug; Kanton; internationales Übereinkommen; Protokoll zu einem Abkommen; grenzüberschreitender Datenverkehr; Datenschutzbeauftragte/r; Europarat; Auskunftspflicht; Verzeichnis;
Ergänzende Erschliessung:
34, Persönlichkeitsprofil; Personendaten;

03.016 - Zusammenfassung

Uebersicht**03.016 BG über den Datenschutz. Übereinkommen zum Schutz des Menschen. Beitritt der Schweiz**

Botschaft vom 19. Februar 2003 zur Änderung des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG) und zum Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung (BBI 2003 2101)

Ausgangslage

Die vorliegende Revision bezweckt in erster Linie die Verbesserung der Information der Personen, deren Daten bearbeitet werden, die Festlegung eines minimalen Schutzstandards bei der Verarbeitung von Daten durch kantonale Behörden beim Vollzug von Bundesrecht und die Übernahme der Grundsätze des Zusatzprotokolls vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender Datenübermittlung ins schweizerische Recht.

Auslöser für die vorliegende Revision sind zwei im Jahre 1999 bzw. 2000 von den Eidg. Räten angenommene Motionen, die einerseits eine Verstärkung der Transparenz beim Beschaffen von Daten verlangen und andererseits eine formelle gesetzliche Grundlage für Online-Verbindungen zu Datenbanken des Bundes sowie einen Mindestschutz bei der Bearbeitung von Daten durch die Kantone beim Vollzug von Bundesrecht. Ausserdem müssen einige Bestimmungen des Datenschutzgesetzes angepasst werden, damit die Schweiz dem Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender Datenübermittlung beitreten kann.

Die Erfahrungen bezüglich Datenschutz haben gezeigt, dass die Anwendung des Datenschutzgesetzes im Allgemeinen befriedigt, auch wenn das Gesetz einzelne punktuelle Mängel aufweist, insbesondere was die Mittel betrifft, die den betroffenen Personen zur Verfügung stehen, um sich gegen die Verarbeitung sie betreffender Daten zu wehren.

Die Vorlage sieht für private Datenbearbeiter und Bundesorgane die Verpflichtung zur aktiven Information der betroffenen Person vor, wenn besonders schützenswerte Daten und Persönlichkeitsprofile beschafft werden. Die betroffene Person muss mindestens über die Identität des Inhabers der Datensammlung informiert werden, über den Zweck des Bearbeitens und über die Kategorien von Datenempfängern, wenn eine Bekanntgabe der Daten vorgesehen ist. Bei Personendaten, die nicht besonders schützenswert sind und auch kein Persönlichkeitsprofil darstellen, muss für die betroffene Person zumindest erkennbar sein, dass Daten beschafft werden. Die Revision umfasst ausserdem gewisse Änderungen hinsichtlich der Pflicht zur Meldung von Datensammlungen und sie stärkt die Position von Personen, die sich einer Bearbeitung der sie betreffenden Daten widersetzen. Sie legt ausserdem die Mindestanforderungen fest, denen die Kantone im Bereich des Datenschutzes genügen müssen, wenn sie Bundesrecht vollziehen, und sie verstärkt die Kontrollmöglichkeiten, wenn beim Vollzug von Bundesrecht Personendaten bearbeitet werden. Die Revision soll es dem Bundesrat ermöglichen, während einer zeitlich beschränkten Versuchsphase die automatisierte Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten oder Persönlichkeitsprofilen im Rahmen von Pilotversuchen zu bewilligen. Unter bestimmten Voraussetzungen sollen neue Systeme getestet werden können, bevor die formellgesetzliche Grundlage für die betreffende automatisierte Datenbearbeitung in Kraft tritt.

Der Revisionsentwurf passt das schweizerische Recht an das Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender Datenübermittlung an. Die Vorlage legt gestützt auf dieses Zusatzprotokoll die Kriterien für eine rechtmässige grenzüberschreitende Bekanntgabe von Daten fest und gewährt dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten ein Beschwerderecht im Rahmen der Aufsicht über Bundesorgane.

Verhandlungen

Vorlage 1

Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)

10.03.2004	NR	Rückweisung an den Bundesrat.
03.06.2004	SR	Ablehnung der Rückweisung an den Bundesrat.
06.10.2005	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
14.12.2005	SR	Abweichend.

Vorlage 2

Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung

10.03.2004	NR	Rückweisung an den Bundesrat
03.06.2004	SR	Ablehnung der Rückweisung an den Bundesrat.
06.10.2005	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
14.12.2005	SR	Zustimmung.

Im **Nationalrat** stiess die Vorlage auf Widerstand. Eine knappe Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen sowie die freisinnig-demokratische Fraktion beantragten Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, die Revision strikt auf die Umsetzung der beiden Motionen 00.3000 (Erhöhte Transparenz bei der Erhebung von Personendaten) und 98.3529 (Erhöhter Schutz für Personendaten bei On-line-Verbindungen) sowie des Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zu beschränken. Die Mehrheit war, insbesondere nach erfolgten Anhörungen, zum Schluss gekommen, dass kein Handlungsbedarf bestehe für weiter gehende Neuerungen im Datenschutz. Die Schweiz verfüge bereits über ein sehr hohes Niveau des Datenschutzes. Eine linksgrüne Minderheit der Kommission beantragte, das Geschäft in die Kommission zurückzunehmen und dort die Detailberatung zu erledigen. Bundesrat und Justizminister Christoph Blocher hätte es ebenfalls vorgezogen, wenn die Rechtskommission das Datenschutzgesetz verbessert hätte.

Der Rat beschloss ohne Opposition, auf die Vorlage einzutreten, und stimmte sodann dem Rückweisungsantrag der Mehrheit mit 97 zu 64 Stimmen zu.

Der **Ständerat** hatte sich gemäss dem neuen Parlamentsgesetz nur mit dem Rückweisungsbeschluss des Nationalrates zu befassen. Jean Studer (S, NE) erklärte als Berichterstatter der Kommission, das Parlament sei selber fähig, Korrekturen an der Vorlage vorzunehmen. Die Kommission sei deshalb einstimmig der Meinung gewesen, das Datenschutzgesetz dürfe nicht an den Bundesrat zurückgewiesen werden. Die vorberatende Kommission könne allfällige Mängel ebenso gut bereinigen wie der Bundesrat, sagte Justizminister Christoph Blocher. Zudem habe der Nationalrat nicht klar formuliert, was er am Entwurf bemängle. Die kleine Kammer schloss sich stillschweigend dem Antrag ihrer Kommission auf Ablehnung der Rückweisung an den Bundesrat an.

Der **Nationalrat** setzte sich in der Herbstsession 2005 mit der von seiner Rechtskommission überarbeiteten Vorlage auseinander. Der Rat folgte dabei in allen Fällen den Anträgen der Mehrheit und verzichtete damit auf einige vom Bundesrat ursprünglich vorgeschlagene Verschärfungen. Eine linksgrüne Minderheit, welche die Vorschläge des Bundesrates verteidigte und auch zusätzliche Forderungen nach einem Ausbau des Datenschutzes stellte, blieb bei zahlreichen Abstimmungen ohne Erfolg.

Bei Artikel 4bis wurde ihr Antrag abgelehnt, wonach Datenbearbeiter in der Lage sein müssen, Angaben über die Herkunft der Daten zu machen. Ebenso abgelehnt wurde bei Artikel 7a ein Antrag, die Informationspflicht nicht nur auf „besonders schützenswerte Personendaten“ zu beschränken, sondern generell auf alle Personendaten auszudehnen. Der Rat strich weiter einen vom Bundesrat vorgeschlagenen Artikel 7b, der eine Informationspflicht bei automatisierten Einzelentscheidungen vorsah. Abgelehnt wurde bei Artikel 15 auch die Forderung der Minderheit nach einem Verbandsklagerecht.

Bei Artikel 15a strich der Rat gegen den Willen von Bundesrat und Minderheit mit 88 zu 55 Stimmen Bestimmungen über den Widerspruch gegen die Datenbearbeitung. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, dass der Inhaber einer Datensammlung diese unverzüglich einstellen muss, wenn die betroffene Person Widerspruch erhebt. Der Inhaber hätte sodann innerhalb von zehn Tagen einen Rechtfertigungsgrund geltend machen können. Die Mehrheit war der Auffassung, dass der Rechtsschutz der Betroffenen durch andere Bestimmungen umfassend gewahrt sei.

Das Gesetz wurde mit 99 zu 0 Stimmen gutgeheissen, wobei sich Linke und Grüne der Stimme enthielten.

Der **Ständerat** folgte grösstenteils den Beschlüssen des Nationalrates und stimmte beiden Vorlagen einstimmig zu. Bei Artikel 7b kehrte er zur Fassung des Bundesrates zurück und hiess mit 19 zu 13 Stimmen auch eine Informationspflicht bei automatisierter Datenbearbeitung gut.

Stand der Zusammenfassung: Januar 2006

03.016 - Note de synthèse

Résumé

03.016 LF sur la protection des données. Convention pour la protection des personnes. Adhésion

Message du 19 février 2003 relatif à la révision de la loi fédérale sur la protection des données (LPD) et à l'arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse au Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données (FF 2003 1915)

Situation initiale

La présente révision vise principalement l'amélioration de l'information des personnes sur lesquelles des données sont collectées, la fixation d'un niveau de protection minimum lorsque les autorités cantonales traitent des données en exécution du droit fédéral et la transposition dans le droit suisse des principes prévus par le Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données.

La présente révision a pour origine deux motions adoptées en 1999 et 2000 par les Chambres fédérales, qui demandaient d'une part davantage de transparence lors de la collecte de données et d'autre part une base légale formelle pour tout accès en ligne à des données traitées par des organes fédéraux ainsi qu'un standard minimum de protection lorsque des données sont traitées par les cantons en exécution du droit fédéral. En outre, certaines dispositions de la loi fédérale sur la protection des données doivent être modifiées pour permettre l'adhésion de la Suisse au Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données. L'expérience faite en matière de protection des données a démontré que l'application de la loi fédérale sur la protection des données est de manière générale satisfaisante, même si cette loi présente quelques défauts ponctuels, notamment par rapport aux moyens accordés aux personnes concernées pour s'opposer au traitement de données les concernant.

Le projet de révision prévoit l'obligation pour les personnes privées et les organes fédéraux d'informer activement la personne concernée lorsqu'ils collectent des données sensibles et des profils de la personnalité à son sujet. La personne concernée doit au moins être informée de l'identité du maître du fichier, des finalités du traitement pour lequel les données sont collectées et des catégories de destinataires des données si la communication est envisagée. Pour les données personnelles qui ne sont pas des données sensibles ni des profils de la personnalité, la collecte doit au moins être reconnaissable pour la personne concernée. Le projet de révision assortit en outre l'obligation de déclarer les fichiers d'un certain nombre d'exceptions et renforce la position des personnes qui s'opposent à un traitement de données les concernant. Il fixe également des exigences minimales auxquelles les cantons doivent satisfaire en matière de protection des données quand ils exécutent le droit fédéral et renforce les possibilités de contrôle sur ceux-ci lorsqu'ils traitent des données personnelles en application du droit fédéral. Le projet de révision permet au Conseil fédéral d'autoriser, pour une durée limitée, le traitement automatisé de données sensibles ou de profils de la personnalité dans le cadre de projets pilotes, avant qu'une loi au sens formel ne soit entrée en vigueur.

Enfin, pour rendre la législation suisse conforme au Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données, le projet de révision harmonise les conditions auxquelles est subordonnée la communication transfrontière de données avec le droit européen et accorde la qualité pour recourir au Préposé fédéral à la protection des données dans le cadre de la surveillance des organes fédéraux.

Délibérations

Projet 1

Loi fédérale sur la protection des données (LPD)

10.03.2004	CN	Renvoi au Conseil fédéral.
03.06.2004	CE	La décision de renvoyer l'objet au Conseil fédéral est rejetée.
06.10.2005	CN	Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.
14.12.2005	CE	Divergences.

Projet 2

Arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse au Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données

10.03.2004	CN	Renvoi au Conseil fédéral.
03.06.2004	CE	La décision de renvoyer l'objet au Conseil fédéral est rejetée.
06.10.2005	CN	Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.
14.12.2005	CE	Adhésion.

Au **Conseil national**, le projet s'est heurté à des oppositions. Une courte majorité de la Commission des affaires juridiques, soutenue par le groupe radical-libéral, a proposé de le renvoyer au Conseil fédéral en le chargeant de strictement limiter la révision à la mise en œuvre des motions 00.3000 (Renforcement de la transparence lors de la collecte des données personnelles) et 98.3529 (Liaisons 'on-line'. Renforcer la protection pour les données personnelles) et du protocole additionnel du 8 novembre 2001. Cette majorité était parvenue à la conclusion – après les auditions notamment – qu'il n'était pas nécessaire de prévoir de nouvelles dispositions en matière de protection des données, la Suisse disposant déjà d'un très haut niveau de protection dans ce domaine. Une minorité de la commission, réunissant la gauche et les Verts, a sollicité le renvoi du projet en commission afin que la discussion par article puisse s'y dérouler. Le conseiller fédéral et ministre de la justice Christoph Blocher aurait également préféré que la Commission des affaires juridiques améliore la loi sur la protection des données.

Le Conseil a décidé sans opposition d'entrer en matière sur le projet avant d'adopter, par 97 voix contre 64, la proposition de renvoi de la majorité.

Conformément à la nouvelle loi sur le Parlement, le **Conseil des États** devait seulement examiner la proposition de renvoi du Conseil national. En tant que rapporteur de la commission, Jean Studer (S, NE) a expliqué que le Parlement était lui-même en mesure d'apporter des corrections au projet, raison pour laquelle la commission avait considéré à l'unanimité que la loi sur la protection des données ne devait pas faire l'objet d'un renvoi au Conseil fédéral. Le ministre de la justice Christoph Blocher a déclaré que les éventuelles lacunes pourraient aussi bien être comblées par une commission d'examen préalable que par le Conseil fédéral. En outre, le Conseil national n'aurait pas indiqué clairement ce qu'il reprochait au projet. Se ralliant tacitement à la proposition de sa commission, la Chambre haute a rejeté la proposition de renvoi au Conseil fédéral.

À la session d'automne 2005, le **Conseil national** a procédé à l'examen du projet retravaillé par sa Commission des affaires juridiques. Il s'est rallié à toutes les propositions de la majorité de la commission, renonçant ainsi à certaines dispositions restrictives initialement proposées par le Conseil fédéral. Une minorité rose-verte, qui défendait les propositions du Conseil fédéral et proposait elle-même d'autres dispositions visant à étendre la protection des données, a été battue lors de plusieurs votes.

Le conseil a notamment rejeté sa proposition d'introduire un art. 4bis, selon lequel toute personne traitant des données personnelles devrait être en mesure de fournir des informations sur leur origine. Il a également rejeté, à l'art. 7a, une proposition visant à ce que l'obligation d'informer ne s'applique pas uniquement aux « données sensibles » mais à toutes les données concernant la personne en question. Le conseil a en outre biffé l'art. 7b proposé par le Conseil fédéral et introduisant une obligation d'informer lors de décisions individuelles automatisées. La proposition de la minorité visant à introduire, à l'art. 15, un droit de recours pour les associations a elle aussi été rejetée.

À l'art. 15a, le conseil a biffé par 88 voix contre 55, contre l'avis du Conseil fédéral et d'une minorité, une série de dispositions sur l'opposition au traitement de données personnelles. Le Conseil fédéral avait proposé que le maître du fichier suspende immédiatement le traitement de données si la personne concernée le demandait ; en cas de refus, le maître du fichier aurait dû faire valoir un motif justificatif dans un délai de dix jours. La majorité du conseil a estimé que les droits de la personne concernée étaient déjà entièrement garantis par d'autres dispositions.

La loi a finalement été adoptée par 99 voix contre 0, la gauche et les Verts ayant choisi de s'abstenir.

Le **Conseil des États** s'est rallié à la plupart des décisions du Conseil national et a approuvé les deux projets à l'unanimité. S'agissant de l'art. 7b, il a adhéré à la version du Conseil fédéral et a approuvé, par 19 voix contre 13, une disposition qui institue un devoir d'informer concernant aussi les décisions individuelles automatisées.

Etat de la synthèse : janvier 2006

Achte Sitzung – Huitième séance

Mittwoch, 10. März 2004

Mercredi, 10 mars 2004

08.00 h

03.074

**Kantonsverfassungen
(ZH, GL, SO, AI, AG).****Gewährleistung****Constitutions cantonales****(ZH, GL, SO, AI, AG).****Garantie***Zweitrat – Deuxième Conseil*Botschaft des Bundesrates 19.11.03 (BBI 2003 8087)
Message du Conseil fédéral 19.11.03 (FF 2003 7377)[Bericht SPK-NR 30.01.04](#)[Rapport CIP-CN 30.01.04](#)

Bericht SPK-SR 09.02.04

Rapport CIP-CE 09.02.04

Ständerat/Conseil des Etats 03.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Präsident (Binder Max, Präsident): Die Kommission beantragt einstimmig, den Bundesbeschluss über die Gewährleistung geänderter Kantonsverfassungen anzunehmen.

*Eintreten ist obligatorisch**L'entrée en matière est acquise de plein droit***Bundesbeschluss über die Gewährleistung geänderter Kantonsverfassungen****Arrêté fédéral accordant la garantie fédérale à des constitutions cantonales révisées***Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress, Art. 1, 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Präsident (Binder Max, Präsident): Gemäss Artikel 74 Absatz 4 des neuen Parlamentsgesetzes braucht es keine Gesamtabstimmung mehr, da Eintreten obligatorisch ist. Das Geschäft ist somit erledigt.

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz****Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse***Erstrat – Premier Conseil*

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)

Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)

Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)

Antrag der Mehrheit

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, die Revision strikt auf die Umsetzung der beiden Motionen 00.3000 und 98.3529 sowie des Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zu beschränken.

Antrag der Minderheit

(Vischer, Allemann, Hofmann Urs, Hubmann, Leuenberger-Genève, Leutenegger Oberholzer, Markwalder, Sommaruga Carlo, Thanei)

Ablehnung der Rückweisung

(Vorlage geht zurück an die Kommission zur Detailberatung)

Antrag der freisinnig-demokratischen Fraktion

Gemäss Antrag der Mehrheit

Proposition de la majorité

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat de limiter la révision à la stricte mise en oeuvre des motions 00.3000 et 98.3529 ainsi que du protocole additionnel du 8 novembre 2001.

Proposition de la minorité

(Vischer, Allemann, Hofmann Urs, Hubmann, Leuenberger-Genève, Leutenegger Oberholzer, Markwalder, Sommaruga Carlo, Thanei)

Rejet de la proposition de renvoi

(le projet retourne en commission pour l'examen par article)

Proposition du groupe radical-libéral

Selon la proposition de la majorité

Hochreutener Norbert (C, BE), für die Kommission: Wie Ihnen ja bekannt ist, bin ich auch Vertreter der schweizerischen Versicherungswirtschaft – nicht bei diesem Geschäft, aber ich habe den Schweizerischen Versicherungsverband als Arbeitgeber, und der ist natürlich von diesem Geschäft auch betroffen. Ich muss Ihnen sagen, dass sich der Vertreter des Verbandes damals beim Hearing für Eintreten ausgesprochen hat. Wenn ich aber jetzt ein Votum für Rückweisung halte, so tue ich dies ausdrücklich als Politiker und als Vertreter des Volkes, das mich gewählt hat. Das Datenschutzgesetz ist seit dem 1. Juli 1993 in Kraft. Nun soll es zum ersten Mal revidiert werden. Der Auslöser für diese Revision sind zwei Motionen, die 1999 und 2000 überwiesen wurden, und das Zusatzprotokoll zur Datenschutzkonvention des Europarates. Die Motion «Erhöhter Schutz für Personendaten bei Online-Verbindungen» betrifft nur die Verwaltung. Sie fordert von dieser eine Verstärkung des Datenschutzes für Online-Verbindungen zu Datenbanken des Bundes. Diese Forderung ist vollkommen unbestritten und in Artikel 17a des Entwurfs auch verwirklicht. Die zweite Motion, jene für «Erhöhte Transparenz bei der Erhe-

bung von Personendaten», betrifft Verwaltung und Privatwirtschaft und verlangt die Einführung einer Informationspflicht, wenn besonders schützenswerte Personendaten – z. B. Gesundheitsdaten – beschafft oder wenn Persönlichkeitsprotokolle erstellt werden. Die Bundesverwaltung und die Privatwirtschaft sollen gemäss dieser Motion dazu verpflichtet werden, die betroffenen Personen darüber zu informieren, wer der Datenbearbeiter ist und welchen Zweck die Erhebung der Daten hat. Auch dieses Anliegen ist völlig unbestritten. Es ist im neuen Artikel 7a des Entwurfes verwirklicht.

Ein dritter Grund für die Revision ist das erwähnte Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zur Datenschutzkonvention des Europarates. Dieses Zusatzprotokoll fordert von der Schweiz und den anderen Vertragspartnern einen wirksamen Datenschutz bei grenzüberschreitender Übermittlung von Personendaten. Dieses Anliegen ist völlig unbestritten und in Artikel 6 des Entwurfes verwirklicht.

Die Kommission für Rechtsfragen hat den Gesetzentwurf geprüft und eine Anhörung durchgeführt, zu der verschiedene, von der Vorlage betroffene Kreise eingeladen wurden. Genau dieses Hearing führte dazu, dass wir uns für Rückweisung entschieden haben.

Ich beantrage im Namen einer knappen Mehrheit – 12 zu 11 Stimmen – Eintreten und Rückweisung. Warum?

Die Kommission kam zum Schluss, dass für eine weiter gehende Neuerung des Datenschutzes, also eine Neuerung über die Anliegen der Motionen und des Zusatzprotokolles hinaus, kein Handlungsbedarf ausgewiesen ist. Die Schweiz verfügt über ein sehr hohes Datenschutzniveau. Es genügt daher, wenn die berechtigten Anliegen der Motionen und des Zusatzprotokolles umgesetzt werden. Diese sind berechtigt. In diesem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen, dass die EU mit ihrer Entscheidung aus dem Jahre 2000 der Schweiz EU-Konformität attestiert hat und daher den Datentransfer zwischen der Schweiz und EU-Mitgliedstaaten zulässt. Aber in vielen Punkten geht der Entwurf des Bundesrates deutlich über die Forderungen der Motionen und des Zusatzprotokolles hinaus, Aufwand und Ertrag stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander. Ich erwähne nur zwei Beispiele:

Ein geplanter Artikel würde z. B. ein Widerspruchsrecht der betroffenen Personen gegen private Datenverarbeiter einführen. Er gäbe der betroffenen Person das Recht, eine Datenbearbeitung per sofort, vor Anrufung des zuständigen Richters, zu verbieten. Das ist eine Art superprovisorische Verfügung.

Diese private vorsorgliche Massnahme würde faktisch dazu führen, dass z. B. Unternehmen, welche mit Datenverarbeitung zu tun haben, während einer gewissen Frist keine Daten mehr bearbeiten können. Diese Neuerung erkennt, dass es legitime Gründe für die Datenbearbeitung gibt, z. B. wenn es gilt, bestimmte Verträge abzuwickeln, und der Rechtsmissbrauch wäre bei einer solchen Neuerung vorprogrammiert. Sie würde es ermöglichen, z. B. missliebige Abklärungen zu blockieren. Diese Neuerung erkennt im Übrigen, dass es schon im bestehenden Recht einen genügenden Rechtsschutz gibt: Sie kennen das Auskunftsrecht, den Anspruch auf Berichtigung oder Vernichtung der Daten usw. – das alles ist vorhanden. Man kann auch gewisse Daten, die einem nicht passen, korrigieren lassen usw. Wir brauchen nicht noch zusätzliche superprovisorische Verfügungen.

Ein weiteres Beispiel: Im privaten Bereich werden die Aufsichtskompetenzen des Datenschutzbeauftragten umfassend erweitert. Künftig soll dieser, gemäss Vorschlag des Bundesrates, bei Persönlichkeitsverletzungen auch von Einzelpersonen Abklärungen vornehmen und Empfehlungen abgeben können. Gemäss geltendem Recht kann der Datenschutzbeauftragte im privaten Bereich heute nur Abklärungen durchführen, welche einen so genannten Systemfehler beinhalten, d. h., wenn ein allfälliger Verstoss gegen das Datenschutzgesetz eine grössere Anzahl von Personen betrifft. Diese Neuerung beispielsweise wird, genauso wie das Widerspruchsrecht, von der Motion nicht verlangt: Da geht man weit über das hinaus, was verlangt ist.

Im Namen der Kommission plädiere ich dafür, dass wir für solche Fragen weiterhin die Zivilgerichte haben und es dabei bewenden lassen.

Ein allerletztes Beispiel: Die Informationspflicht ist entsprechend der Motion zur erhöhten Transparenz, die ich erwähnt habe, auf die Erhebung von besonders schützenswerten Daten zu beschränken. Nun hat man in einem Artikel auch das Informationsbedürfnis von Personen zur Grundlage gemacht, die nicht besonders schützenswerte Daten anfechten. Auch hier geht man eindeutig über das hinaus, was man mit den Motionen eigentlich wollte.

Namhafte Kreise haben beim Hearing, das ich erwähnt habe, für Rückweisung plädiert, z. B. Santésuisse. Wenn ich all die Einwände zusammenzähle, die auch von anderen Kreisen gemacht wurden, die nicht auf Rückweisung plädiert haben, die aber gegen irgendeinen Artikel etwas einzuwenden hatten, dann sind etwa die Hälfte der Artikel stark umstritten, die Hälfte der Artikel in diesem Gesetz. Bei einer solch grossen Opposition aus der Wirtschaft macht es wenig Sinn, mit Korrekturen an einzelnen Artikeln am Schluss ein Flickwerk zu schaffen. Das Ganze sollte also nochmals geprüft werden; deshalb der Rückweisungsantrag der Kommissionmehrheit.

Viele Bestimmungen führen ausserdem zu einem zusätzlichen administrativen Aufwand. Es gab Unternehmen, welche von Kosten in der Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages nur wegen dem erhöhten Datenschutz gesprochen haben. Es muss doch zumindest abgeklärt werden, ob der Nutzen des zusätzlichen Datenschutzes den Aufwand rechtfertigt. Kommt hinzu, dass es in diesem Gesetz sehr viele unpräzise Bestimmungen hat, auslegungsbedürftige Begriffe, welche dann von den Richtern usw. wieder präzisiert werden müssen; ich denke, dass der eine oder andere Fraktionssprecher darauf zu reden kommen wird. In dieses Gesetz wurde also sehr viel hineingepackt. Die Datenschützer wollen offenbar all diese Dinge, welche weit über die Motionen und das Zusatzprotokoll hinausgehen. Ob es die Menschen wollen, deren Daten geschützt werden sollen, und ob sie dafür auch bezahlen wollen, ist mehr als fraglich.

Wenn wir nur das wirklich Notwendige, d. h. die Forderungen der beiden Motionen und des Europarats-Protokolls, rasch erfüllen wollen, müssen Sie jetzt das Gesetz an den Bundesrat zurückweisen, damit die erwähnten Zusätze, die ich genannt habe, aus dem Gesetz entfernt werden können. Es gibt natürlich jetzt Kreise, die sagen: Wenn wir das jetzt zurückweisen, verlieren wir viel Zeit. Aber da kann ich nur antworten: Wenn Sie das jetzt an die Kommission zurückweisen, und dann die Kommission und der Rat all diese überflüssigen Zusätze sehr seriös prüfen müssen, würden wir viel mehr Zeit verlieren, als wenn das die Verwaltung und der Bundesrat machen.

Weisen Sie deshalb das Geschäft an den Bundesrat zurück, damit wir in kurzer Zeit einen besseren Datenschutz und nicht in ferner Zukunft einen zu perfektionistischen Datenschutz bekommen.

Burkhalter Didier (RL, NE), pour la commission: Nous sommes donc en présence d'un double projet: d'une part un projet de révision de la loi fédérale sur la protection des données, et d'autre part un projet d'arrêté fédéral concernant l'adhésion de notre pays à un Protocole additionnel à la Convention pour la protection des données dans le cadre du Conseil de l'Europe.

Il ne s'agit pas d'une révision fondamentale de la loi fédérale actuelle, dont l'entrée en vigueur date de 1993, soit d'à peine plus de dix ans, et qui – il faut le dire d'emblée et clairement – donne globalement satisfaction, mais il s'agit d'une révision ponctuelle dont l'objectif essentiel devrait être l'amélioration de la transparence, en particulier la transparence lors de l'information des personnes sur lesquelles des données sensibles sont collectées.

A l'origine de cette révision, il y a en fait trois impulsions: les deux premières sont des motions du Parlement, provenant plus exactement de commissions du Conseil des Etats, et la troisième réside dans l'harmonisation du droit européen.

La première motion 98.3529, intitulée en résumé «Liaisons online», a été adoptée il y a déjà plus de quatre ans. Elle concerne seulement l'administration, elle vise l'établissement de bases légales pour toute liaison en ligne vers des banques de données de la Confédération, même s'il s'agit de projets pilotes.

La seconde motion 00.3000 a été acceptée en l'an 2000, soit une année plus tard. Elle touche également le secteur privé. Elle a pour objectif le renforcement de la transparence, en introduisant l'obligation pour les personnes privées et pour les organes fédéraux aussi, d'informer les personnes concernées lors de la collecte de données personnelles, sensibles et lors de profils de la personnalité.

A cela s'ajoute donc un Protocole additionnel à la Convention pour la protection des données du Conseil de l'Europe, qui date de 2001. Son objectif général réside dans l'harmonisation des conditions de communication des données au travers des frontières des Etats membres.

Avec la révision proposée de la loi, le principe selon lequel la collecte, et notamment les finalités du traitement, doivent être reconnaissables s'appliquera non seulement aux organes fédéraux, mais également au secteur privé. On introduit un devoir d'informer et on attend en fait du collecteur des données une information active à l'égard des personnes concernées. En plus de ce devoir d'informer, le projet de loi renforce également la procédure d'opposition. Ainsi, le maître du fichier aurait l'obligation de suspendre immédiatement le traitement des données si une personne concernée s'y opposait. Par ailleurs, on peut aussi dire que le Préposé fédéral à la protection des données recevrait, d'après le nouveau projet de loi, de nouvelles compétences de surveillance sur le secteur privé.

La commission est donc entrée en matière sans opposition sur cette révision de la loi fédérale sur la protection des données. Ainsi a-t-elle reconnu pleinement la nécessité de donner suite, sur le fond, à l'essentiel des deux motions adoptées. La majorité de la commission a toutefois décidé de vous proposer de renvoyer le projet actuel au Conseil fédéral. Cette décision a été prise par 12 voix contre 11.

Cette décision découle essentiellement du double constat suivant: d'une part, la révision va beaucoup plus loin que ce qui était demandé et, d'autre part, elle ne tient pas suffisamment compte des réalités vécues par les entreprises privées concernées. En effet, la commission a recouru à des auditions auprès de représentants des différents milieux concernés. Elle s'est alors rendu compte que la révision proposée n'avait pas été élaborée avec suffisamment d'attention au point de vue des praticiens d'entreprises – un point de vue de la pratique qui, d'ailleurs et de manière plus générale, devrait être également mieux pris en compte lors de l'élaboration des ordonnances.

Dans le cadre de ces auditions, la majorité de la commission a estimé que le projet devait être réexaminé dans des domaines fondamentaux tels que l'élargissement du devoir d'information, les éléments reconnaissables de la collecte des données et le devoir d'enregistrement des fichiers. Dans ce domaine, l'amélioration proposée va dans la bonne direction avec le recours à l'autoréglementation, à des procédures de certification et à des labels de qualité, mais sans en avoir réellement, là encore, examiné la faisabilité pratique. Et l'on peut ainsi s'interroger sur l'utilité de désigner un conseiller à la protection des données pour certaines entreprises.

Autre domaine à réexaminer: la question de la suspension immédiate du traitement des données lorsqu'une personne concernée s'y oppose. Dans la pratique, cela risque de s'avérer tout simplement impossible, en tout cas excessif. La majorité de la commission a acquis la conviction que le projet actuel se rapproche par trop d'un système dans lequel l'exploitation des données est en principe interdite mais peut être autorisée, alors que la législation devrait avant tout permettre de combattre efficacement les abus. On court le risque de noyer de bonnes et justes intentions de protection dans un système bureaucratique et procédurier excessif qui, de plus, ne servirait pas – pas forcément en tout cas – les in-

térêts légitimes de l'individu, mais pourrait plutôt conduire relativement facilement à l'abus de droit.

Dans le cadre de ses auditions, la commission s'est encore interrogée sur le rapport coût/efficacité des différentes mesures proposées en matière d'augmentation de la transparence. Par exemple dans le domaine de l'assurance-maladie, il est ainsi apparu que le nouveau devoir d'informer, notamment lors de décisions individuelles automatisées, n'apportait pas forcément des informations utiles tout en impliquant d'importantes dépenses administratives et bureaucratiques, lesquelles se reporteraient bien sûr sur les primes, alors même que le nombre de demandes de renseignements s'avère actuellement extrêmement faible. Une caisse d'assurance-maladie, à titre d'exemple, a cité le chiffre de dix à douze demandes par année pour 1,4 million d'assurés.

La majorité de la commission estime que la législation actuelle permet d'assurer un haut niveau de protection des données et constate, s'agissant de la communication des données vers l'étranger, que la conformité avec les dispositions de l'Union européenne a été attestée. Si la commission s'accorde très largement sur le fait que le projet proposé doit être revu, ou plus exactement allégé, concentré sur l'essentiel, la commission est en revanche partagée sur la manière d'y parvenir.

Une minorité importante a estimé que le projet pouvait être amélioré directement en commission, mais la majorité a donc décidé de vous proposer de renvoyer ce projet au Conseil fédéral avec le mandat de présenter rapidement un nouveau projet. Un projet qui s'en tienne à une révision de la loi sur la protection des données strictement limitée aux aspects contenus dans les deux motions et aux seules adaptations nécessaires du droit européen, à savoir le devoir d'informer sur les données sensibles, les bases légales pour les liaisons en ligne avec les banques de données de la Confédération et puis le Protocole additionnel à la Convention du Conseil de l'Europe. Ce faisant, et dans la volonté non remise en cause d'atteindre davantage de transparence, le Conseil fédéral devra également mieux tenir compte des réalités de la vie économique – du terrain et des entreprises, si vous voulez –, et donc de la croissance et des emplois.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich bin ja neu in diesem Haus, aber ich bin doch etwas erstaunt, dass es in einer Kommission möglich ist, einen Rückweisungsantrag zu stellen, nachdem man Eintreten beschlossen hat: Weil angeblich gewisse Wirtschaftskreise Einwände gegen ein Gesetzesvorhaben haben, müsse dieses nun an den Bundesrat zurückgewiesen werden. Das ist der Beschluss der Mehrheit der Kommission. Mir kommt es vor, als hätten wir hier eine etwas seltsame Selbstentmachtung der Kommission für Rechtsfragen, als seien wir lauter «Huscheli» und nicht in der Lage, eine Gesetzesrevision selbst durchzuführen, und als suchten wir den Schutz der Verwaltung. Obgleich ja Sie, Herr Bundesrat Blocher, wenn ich das richtig sehe, eher die Tendenz verfolgen, die Verwaltung zu entlasten, als sie mit noch mehr Beschäftigungstherapie und unnötiger Arbeit zu belasten. Von daher bin ich überzeugt, dass es nicht gerade Ihrer Intention entsprechen kann, wenn wir heute der Mehrheit folgen.

Der Datenschutz ist ja nicht ein Anliegen von irgendwelchen linken «Staatshaubitzen». Der Datenschutz und sein Ausbau sind ein unliberales Anliegen, das Individuum vor ungerechtfertigter Verwendung und Bearbeitung der Daten gerade durch den Staat oder in Grossstrukturen in Wirtschaft und anderen Verwaltungszweigen zu schützen. Genau dies wollte der Bundesrat mit seinem Gesetzentwurf, über den Sie heute befinden, verbessern.

Erstens soll, zurückgehend auf zwei Motionen und auf Richtlinien des Europarates, eine erleichterte Erkennbarkeit der Datenbearbeitung für die Betroffenen sichergestellt werden. Zweitens will man gewisse Selbstregulierungsmassnahmen im Datenschutzbereich fördern. Drittens sind praxisbezo-

gene Vereinfachungen vorgesehen, namentlich in Fällen, in denen eine automatische Bearbeitung von besonders schützenswerten Daten oder von Persönlichkeitsprofilen vorgesehen wird. Viertens will man auf Bundesebene gesetzlich einen Mindeststandard für alle Kantone festhalten.

Nun wird etwas formalistisch argumentiert, diese Vorlage gehe ein My weiter, als die beiden Motionen und die Richtlinien des Europarates vorsehen. In der Tat finden Verbesserungen statt, die vielleicht nicht buchstabengetreu auf diese Motionen zurückgehen. Was hat nun aber die Vernehmlassung gezeigt? In der Vernehmlassung waren es ja gerade alle Parteien, die einverstanden waren. Es war die Mehrheit der Wirtschaftsverbände, die positiv zum Entwurf stand, und es kam lustigerweise eher Kritik von links, zum Beispiel von den Demokratischen Juristinnen und Juristen der Schweiz, die einen noch weiter gehenden Schutz der Persönlichkeit in dieses Gesetz hineinnehmen wollten. Es kann also keine Rede davon sein, die Economiesuisse lehne – wie moniert wird – diese Datenschutzgesetzgebung ab.

Herr Hochreutener hat seine Interessenbindung offen gelegt: Er ist ein Lobbyist jener Kreise, die eigentlich hauptsächlich gegen diese Datenschutzgesetzgebung sind – das sind nämlich letztlich einzig die Krankenversicherer. Sie argumentieren, wenn heute ein solches Gesetz gemacht würde, bringe ihnen dies Nachteile. Dem ist aber entgegenzuhalten, dass heute gerade in diesem Bereich ein zu wenig klarer Persönlichkeitsschutz garantiert ist und dass gerade das Widerspruchsverfahren eine sinnvolle und nötige Ergänzung zur heutigen Datenschutzgesetzgebung darstellt.

Was passiert nun? Herr Hochreutener will heute an den Bundesrat zurückweisen, aber im Grunde genommen führt er im Plenum bereits eine kleine Gesetzesdebatte durch, indem er nämlich einzelne Artikel beanstandet, indem er Ihnen gewissermassen suggeriert, Sie müssten diese Artikel schlecht finden, also zurückweisen. Das ist aber unseriöse Gesetzgebung. Lassen wir die Kommission arbeiten. Wer nicht in der Lage ist, bei einer solch kleinen Gesetzgebung in einer Kommission Einwände einzubringen, der hat in einer Kommission für Rechtsfragen eigentlich nichts verloren.

Thanei Anita (S, ZH): Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, auf diese Vorlage einzutreten. Seit Inkrafttreten des Datenschutzgesetzes haben sich die Datenverarbeitungs- und Informationstechnologien in hohem Tempo weiterentwickelt, sodass heute gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Vor allem die Dimensionen des Datenaustausches in Netzwerken, insbesondere im Internet, waren bei der ursprünglichen Gesetzgebung nicht vorstellbar. Wie Sie bereits gehört haben, waren Mitauslöser der uns vorliegenden Partialrevision zwei bereits angenommene Motionen: «Erhöhte Transparenz bei der Erhebung von Personendaten» (00.3000) und «Erhöhter Schutz für Personendaten bei Online-Verbindungen» (98.3529). Im Weiteren muss die Schweiz die Datenschutzgesetzgebung ändern, damit sie dem Zusatzprotokoll betreffend Datenschutz vom 8. November 2001 des Europarates beitreten kann.

Aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens hat der Bundesrat beschlossen, lediglich eine Teilrevision durchzuführen. Diese beschränkt sich im Wesentlichen auf diese beiden Motionen und auf die Vorschriften gemäss Zusatzprotokoll. Das heisst, sie verstärkt zum einen die Transparenz, sieht eine leicht verbesserte Informationspflicht vor und stärkt – auch hier möchte ich sagen: lediglich leicht – die Position der Betroffenen, die sich einer Bearbeitung von Daten widersetzen. Es wurde bereits vom Kommissionsprecher darauf hingewiesen, dass es insbesondere um das Widerspruchsrecht geht.

Es ist wie bei jeder Revision: Den einen geht sie zu weit, den anderen zu wenig weit. Die SP-Fraktion will eine wesentlich weiter gehende Revision, vor allem auch im Hinblick auf das Schengener Informationssystem. Wir wollen eine weiter gehende Stärkung der Rechte der betroffenen Personen. Uns genügt zum Beispiel die Erkennbarkeit anstelle der Informationspflicht nicht. Dann wollen wir den Grundsatz, dass Da-

ten nur bei der betroffenen Person erhoben werden können, im Gesetz verankern. Wir wollen auch eine Erweiterung des Transparenzgrundsatzes sowie der Informationspflicht, und zwar für sämtliche Personendaten, nicht nur für die besonders schützenswerten.

Wir streben weiter einen Ausbau der Kompetenzen des Datenschutzbeauftragten an; auch in der neuen Vorlage bleibt er «bisslos».

Trotzdem ist die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage und gegen Rückweisung. Manchmal ist es Aufgabe der Gesetzgeberin, zu arbeiten und nicht immer lediglich Nein zu sagen und alles an den Bundesrat zurückzuweisen. Wir können diese Arbeit aufnehmen und in der Detailberatung unsere Einwände und Wünsche anbringen.

Nun zum Rückweisungsantrag der Mehrheit: Es gibt Rückweisungsanträge, die Sinn machen. Dann gibt es Rückweisungsanträge, die eher peinlich sind; der vorliegende ist sehr peinlich. Nachdem Ihre Kommission im Oktober letzten Jahres ohne Gegenstimme Eintreten beschlossen hat, wurde nach der Durchführung von Hearings – die übrigens im Vergleich zum Vernehmlassungsverfahren nicht viel Neues gebracht haben – Rückkommen und Rückweisung beschlossen, mit dem etwas seltsamen Auftrag, es solle nicht über die Umsetzung der Motionen 00.3000 und 98.3529 sowie das Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 hinausgegangen werden. Wie bereits erwähnt, geht die Revision wenig über diese drei Geschäfte hinaus, d. h., die Anliegen derjenigen, die heute Antrag auf Rückweisung an den Bundesrat stellen, hätten sehr gut in der Detailberatung aufgenommen werden können.

Auf jeden Fall wäre die Rückweisung an den Bundesrat ein Eigengoal für die Wirtschaft und für die Versicherungen. Das unbestrittene Zusatzprotokoll, das mit der Revision ratifiziert werden soll, gewährleistet nämlich, dass Daten aus der EU auch in Zukunft problemlos in die Schweiz transferiert werden dürfen. Das ist nur möglich, solange die EU unsere Datenschutzgesetzgebung als gleichwertig erachtet. Das hat sie vor vier Jahren noch getan; aber nachdem sie von unserem Rückweisungsantrag vernommen hat, hat sie bereits beschlossen, die periodische Prüfung früher vorzunehmen. Da wir das Zusatzprotokoll noch nicht ratifiziert haben, wird die EU wahrscheinlich zum Schluss kommen, dass unsere Gesetzgebung nicht mehr gleichwertig ist. Mit anderen Worten führt die Rückweisung an den Bundesrat dazu, dass wir sehr viel Zeit verlieren und danach trotzdem eine Detailberatung machen müssen, bei welcher Anträge von beiden Seiten kommen.

Ich bitte Sie deshalb, Ihre Aufgaben wahrzunehmen und auf diese Gesetzesvorlage einzutreten.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): La proposition de renvoi du projet au Conseil fédéral constitue une manoeuvre assez peu glorieuse. C'est une façon déguisée, à courte vue, de se débarrasser d'un projet qui déplaît, quand le courage manque, soit pour dire non, soit pour s'atteler à la tâche d'examiner ce texte article par article en acceptant de se confronter aux opinions divergentes, comme c'est la règle en démocratie. En effet, une des raisons invoquées en commission pour motiver le renvoi repose sur l'espoir que le Conseil fédéral présentera un projet cohérent, lisse, non défloré par des oppositions partisans. Mais il s'agit d'une cohérence unilatérale, tout entière consacrée au plus grand profit de l'économie, comme si la gauche, en demandant d'avantage de garanties pour la protection des données, n'avait pas d'autre but que de gêner la marche des affaires.

Or il se trouve que les partisans du renvoi sont plus royalistes que le roi, finalement, puisque, selon eux, le bien de l'économie, la volonté de décharger l'économie, le souci de faciliter la vie de l'économie exigent une nouvelle loi, alors que l'économie elle-même, par la voix de ses représentants lors des auditions ou par la plume de ceux qui ont participé à la consultation, n'en demande pas tant. Dans l'ensemble, l'économie soutient cette loi, avec quelques aménagements, il est vrai, mais qui auraient pu faire l'objet de propositions lors de l'examen de ce texte.

Ce n'est pas la peine de protéger les personnes sur qui sont collectées des données, disent les partisans du renvoi, car celles qui demandent à vérifier les fichiers qui les concernent sont très peu nombreuses, preuve que cela ne les intéresse pas et qu'on peut s'épargner le souci de les informer. Mais pour demander à voir un fichier, il faut déjà savoir qu'il existe! A cet égard, ce que nous avons pu lire et entendre au sujet de cette loi nous inquiète fortement, notamment le fait que, parfois, on ne peut pas communiquer les sources des renseignements rassemblés parce qu'elles ne sont pas connues, ni l'usage que le détenteur du fichier entend faire de ces données parce que cet usage n'est pas encore déterminé. Cela signifie que des renseignements sur des personnes sont rassemblés sans que ce soit dans un but bien précis, et sans possibilité de vérification.

Quant à l'idée que ces fichiers n'intéressent personne, elle est erronée: j'en veux pour preuve les très nombreux dossiers qui parviennent chaque année au jury du Big Brother Award, dont j'ai fait partie, ce prix récompensant les plus grands fumeurs du pays. C'est ainsi que nous avons connu le cas d'une entreprise qui a été vendue à un tiers avec tous les meubles, mais aussi avec tous les dossiers fort garnis de tous les employés qui avaient travaillé dans cette entreprise, ou celui d'une clinique privée qui a fermé ses portes en laissant à l'abandon, dans des armoires ouvertes, les dossiers des patients. Ailleurs, c'est une entreprise – Orange pour ne pas la nommer, mais il y en a sûrement d'autres – qui rassemble des renseignements et des commentaires hautement sensibles sur son personnel.

Je ne sais pas si la nouvelle loi que nous discutons aujourd'hui pourrait mieux faire barrage à ces agissements; le problème est que la loi n'est tout simplement pas appliquée. Mais cela explique pourquoi certains d'entre nous souhaiteraient que la loi aille encore plus loin dans la protection des données. Nous avons d'ailleurs déjà déposé – Madame Thanei vient de le rappeler – des propositions dans ce sens-là, et nous pensons qu'il faudrait les examiner.

A droite, on nous accuse d'être obsédés par l'histoire des fiches. Obsédés, non, mais inquiets de constater que les tendances fouineuses sont toujours bien présentes, qu'elles bénéficient en plus des progrès de la technique et que la protection des citoyens apparaît à certains comme un dada infantile qu'il faudrait corriger au plus vite.

Le renvoi au Conseil fédéral, à notre avis, ne pourra qu'affaiblir la protection des données, et si les intentions de la majorité sont aussi pures que les rapporteurs viennent de le dire, nous ne comprenons pas pourquoi on ne s'attelle pas directement à la tâche pour réaliser cette transparence que vous appelez de vos vœux, et nous aussi.

C'est pour toutes ces raisons que le groupe des Verts vous recommande d'entrer en matière et de rejeter la proposition de la majorité.

Joder Rudolf (V, BE): Die SVP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag im Sinne der Mehrheit der Kommission, und zwar aus folgenden Gründen:

Anlässlich der Anhörung in der Kommission wurde geltend gemacht, die vorgelegte Teilrevision des Datenschutzgesetzes bringe zum Nachteil der Unternehmungen, der KMU und insgesamt der Wirtschaft einen massiven administrativen Mehraufwand. Dieser Einwand konnte im Rahmen der Kommissionsberatungen nicht entkräftet werden, insbesondere deshalb nicht, weil auch die Botschaft darüber keine Angaben macht. Die Auswirkungen für die Anwender sind also nicht bekannt.

Im Weiteren wurden Zweifel laut über die Praxistauglichkeit dieser Vorlage. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss das Gesetz aus der Sicht der SVP ganz klar einfacher und verständlicher formuliert werden. Die jetzige Fassung ist zu kompliziert, und insbesondere enthält sie zu viele interpretationsbedürftige, unbestimmte Rechtsbegriffe. Wir sollten uns bemühen, hier präziser zu legislieren.

Zudem ist nicht erwiesen, dass überhaupt ein grosses Bedürfnis nach mehr Informationen der betroffenen Personen

besteht. Dies wurde am Beispiel einer Krankenkasse im Rahmen der Anhörung in der Kommission deutlich zum Ausdruck gebracht. Diese Krankenkasse bearbeitet pro Jahr für rund 1,4 Millionen Kundinnen und Kunden sensible Personendaten, und es wurde ausgeführt, dass diese Krankenkasse pro Jahr nur ungefähr von zehn, zwölf Personen zusätzliche Auskünfte und weitere Informationen verlangt und beansprucht. Das ist also nicht gerade ein sehr grosses Bedürfnis der Betroffenen nach zusätzlichen Informationen.

Zu einem weiteren Aspekt: Bezüglich des Beitritts der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 ist festzuhalten, dass dieses Zusatzprotokoll, das immer wieder ins Feld geführt wird, bis jetzt gemäss Angaben der Botschaft erst von zwei Staaten ratifiziert worden ist. Es mag sein, dass in der Zwischenzeit der eine oder andere Staat dazugekommen ist, aber noch sehr wenige Staaten haben sich diesem Protokoll effektiv angeschlossen. Von dieser Seite hier besteht also keine Dringlichkeit, und ich möchte auch darauf hinweisen, dass zur Gleichwertigkeit des Datenschutzes zwischen der Schweiz und der EU in der Botschaft selbst Folgendes ausgeführt wird: «Anerkennungsmassen entspricht das Schutzniveau des DSG annähernd demjenigen des EU-Rechtes.» Es besteht praktisch eine Gleichwertigkeit, und aus EU-Sicht dürfte kaum grosse Dringlichkeit bestehen, sodass diese Vorlage zur nochmaligen Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen werden kann.

Die SVP-Fraktion vertritt klar die Auffassung, dass das Gesetz auf die Missbrauchsbekämpfung beschränkt werden muss und dass das Gesetz nicht vermehrt in Richtung Datenbearbeitungsverbot mit Erlaubnisvorbehalt ausgerichtet werden darf. Das Gesetz muss einfacher, verständlicher, praktikabler werden. Der administrative Aufwand für die Anwender muss möglichst klein gehalten werden.

Ich bitte Sie aus diesen Gründen, den Rückweisungsantrag der Mehrheit zu unterstützen.

Donzé Walter (E, BE): Wir haben hier eine Gesetzesvorlage in der Hand, die gut gemeint, aber übertrieben ist. Typisch schweizerisch betreiben wir wieder teuren Perfektionismus: Das komplizierte System von Rückfragen prangern wir – unsere Fraktion – an, und wir fragen: Wollen Sie denn alle Anfragen von Versicherern, von Firmen, die Sie beliefern usw., überhaupt beantworten? Wollen Sie diese Bürokratie auf dem Warenpreis und auf den Versicherungsprämien bezahlen? Wir orten Widersprüche in der Marschrichtung: Während das Individuum bis zum Gehtnichts mehr geschützt wird, wird nämlich der Verwaltung laufend die Hand gebunden, sie darf keine Daten sammeln oder weitergeben. Ich kann Ihnen sagen, der Bundesrat weiss, was er mit der Rückweisung anfangen soll.

Deshalb kann ich Ihnen sagen: Unsere Fraktion unterstützt einstimmig den Rückweisungsantrag an den Bundesrat.

Fluri Kurt (RL, SO): In Übereinstimmung mit der Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen die FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und sie anschliessend an den Bundesrat mit dem Auftrag zurückzuweisen, die Revision sei strikt auf die Umsetzung der beiden erwähnten Motionen sowie des Zusatzprotokoll des Europarates zu beschränken. Diese drei Revisionsauslöser sind in den Artikeln 17a, 7a und 6 des Entwurfes umgesetzt. Damit wären eigentlich die Aufträge des Parlamentes erfüllt gewesen. Wie wir es verschiedentlich gehört haben, sind im Entwurf hingegen noch weitere Bestimmungen enthalten, die über diese Aufträge hinausgehen.

Die Mehrheit ist zum Schluss gekommen, dass wegen der vielen Bedenken, nicht zuletzt auch aufgrund der Anhörung von betroffenen Verbänden, jetzt nicht einfach mit der Detailberatung weitergefahren werden könne. Im Übrigen haben Sie ja gehört, dass es nicht bloss Wirtschaftsverbände, sondern z. B. auch die Demokratischen Juristinnen und Juristen der Schweiz waren, welche dem Entwurf – wenn auch aus anderen Gründen – sehr negativ gegenüberstanden. So er-

weist sich der Gesetzentwurf offensichtlich nicht nur aus der Sicht der Wirtschaft als untauglich. Aber all diesen Kritikern geht es wie uns nicht darum, den Datenschutz an sich zu bekämpfen, sondern Korrekturen anzubringen. Neben den genannten Übertreibungen beim Gesetzentwurf geht es uns generell darum, in dieser technischen Materie einen kohärenten Entwurf vorgelegt zu erhalten. Mit dem mit der Rückweisung verbundenen Auftrag erhält der Bundesrat eine klare Linie für die Überarbeitung des Gesetzes.

Bei der aufgrund der Anhörung in der Kommission erkennbaren Opposition hätte bei einer Detailberatung in der Kommission die Gefahr bestanden, dass mit Korrekturen an einzelnen Artikeln am Schluss ein Flickwerk geschaffen worden wäre. Die Rückweisung steht auch nicht im Widerspruch zu unserem Auftrag als Gesetzgeber. Gerade in dieser Funktion dürfen wir eine Vorlage erwarten, welche sich auf die früher erteilten parlamentarischen Gesetzgebungsaufträge beschränkt. Damit ist auch klar, Herr Vischer und andere, dass wir mit unserem Antrag den Datenschutz nicht infrage stellen. Uns geht es darum, wie parlamentarische Aufträge umgesetzt werden. Weiter gehende Revisionspunkte, über die genannten Motionen hinaus, müssten dann eben mit weiteren parlamentarischen Vorstössen eingeleitet und erwirkt werden. Das ist doch der klassische parlamentarische gesetzgeberische Weg.

Auch wir sind durch einen kürzlich erschienenen Zeitungsartikel verunsichert worden, welcher bei einer Rückweisung an den Bundesrat eine Verweigerung der Euro-Kompatibilität des Schweizer Datenschutzes durch die EU in Aussicht gestellt hatte. Nachdem uns aber seitens der EU vor drei Jahren die Gleichwertigkeit des Datenschutzes bestätigt worden ist und mit der Rückweisung des Gesetzentwurfes ja keine Verschlechterung dieses Standards erfolgt, sind für uns derartige Bedenken nicht relevant. Im Übrigen wird ja die Ratifikation des Zusatzprotokolls durch uns keineswegs infrage gestellt, sondern höchstens geringfügig verschoben. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und sie an den Bundesrat zurückzuweisen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Das heutige Datenschutzgesetz ist noch nicht sehr alt. Vor etwas mehr als zehn Jahren ist dieses Bundesgesetz über den Datenschutz in Kraft getreten. Damals wurde nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten der Schutz des Einzelnen vor Verletzungen seiner Persönlichkeit durch Dateienbearbeitungen auf eine neue Grundlage gestellt. Mit dem Gesetz wurden allgemeine Regeln zum Schutz der Daten juristischer und natürlicher Personen vor Missbrauch geschaffen. Die Gesetzgebung im Bereich des Datenschutzes wurde im Wesentlichen durch das Aufkommen der Datenverarbeitungs- und Informationstechnologien ausgelöst. Das ist der Hauptgrund, warum man dieses noch junge Gesetz bereits wieder revidieren muss. In den vergangenen zehn Jahren haben sich diese Technologien mit einem hohen Tempo entwickelt. Vor allem der Datenaustausch in Netzwerken, namentlich im Internet, hat heute Dimensionen angenommen, die bei Inkrafttreten des Datenschutzgesetzes noch gar nicht vorstellbar waren.

Auslöser der vorliegenden Revision – bei den Revisionsarbeiten hat man sich auch darauf gestützt – waren zwei in den Jahren 1999 und 2000 von den eidgenössischen Räten angenommene Motionen: einerseits die Motion der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates 00.3000, «Erhöhte Transparenz bei der Erhebung von Personendaten»; andererseits die Motion der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates 98.3529, «Erhöhter Schutz für Personendaten bei Online-Verbindungen». Sie fordern eine formelle gesetzliche Grundlage für Online-Verbindungen zu Datenbanken des Bundes sowie einen Mindeststandard für den Schutz bei der Bearbeitung von Daten durch die Kantone beim Vollzug von Bundesrecht.

Als Drittes war das Anfang November 2001 verfasste Zusatzprotokoll zum Datenschutzübereinkommen des Europarates wegleitend. Dieses wurde im November 2001 verabschiedet. Das Datenschutzübereinkommen des Europarates ist in der Schweiz am 1. Januar 1998 in Kraft getreten. Das

Zusatzprotokoll stellt bezüglich der Kompetenzen der nationalen Datenschutzaufsichtsbehörden und der grenzüberschreitenden Datenübermittlung einen Minimalstandard auf. Damit die Schweiz das Zusatzprotokoll ratifizieren kann, müssen am Datenschutzgesetz einige Anpassungen vorgenommen werden. Wie ich gehört habe, ist das in der Kommission unbestritten.

Sie haben die Ziele und Kernpunkte der Revision durch die Sprecher der Kommission, aber auch durch die Fraktionssprecher erläutert bekommen. Im Grundsätzlichen scheinen diese Ziele unbestritten zu sein. Aber der Datenschutz ist eine Gratwanderung. Sie können im Datenschutz zu viel oder zu wenig machen, und was zu viel und was zu wenig ist, hängt natürlich von der politischen Perspektive ab. Offenbar ist die Mehrheit Ihrer Kommission der Meinung, hier sei man in Richtung eines übertriebenen Schutzes gegangen. Es gibt aber auch Kreise – ich erinnere an das Votum von Frau Thanei –, bei denen man eher das Gefühl hat, man müsse noch etwas weiter gehen.

Gerade die grenzüberschreitenden Datenflüsse erlangen im vernetzten Wirtschaftsleben immer mehr Bedeutung, und daher gibt es natürlich auch eine internationale Verwicklung. Nun: Wenn wir gut zugehört haben, geht die jetzige Vorlage nach der Meinung der Mehrheit zu weit und sie müsste überarbeitet werden. Allerdings sind die Begehren nicht ganz konkret auf dem Tisch. Damit wird die Sache etwas schwierig, man wird von einer allgemeinen Tendenz auf die Details schliessen müssen. Wie weit eine Rückweisung an den Bundesrat, die Sie verlangen, den Entscheid in Bezug auf die Überprüfungen seitens der EU-Behörden positiv oder negativ beeinflusst, lasse ich hier offen. Ich habe aus den Voten gemerkt, dass die Bestimmungen, welche das Zusatzprotokoll des Europarates betreffen, nicht bestritten sind.

Nun ist es eine Frage der Verfahrensökonomie: Wollen Sie diese Vorlage in der Kommission verbessern, oder wollen Sie sie zurückweisen, damit das der Bundesrat oder die Verwaltung tut und Ihnen die Vorlage neu vorlegt? Das hängt davon ab, wie kompetent Sie in der Kommission sind. Wenn Sie in der Kommission kompetent sind, können Sie das gut selbst tun. Wenn Sie sich nicht für so kompetent erachten und die Verwaltung als kompetenter betrachten, können Sie die Vorlage auch an den Bundesrat zurückweisen; das überlasse ich Ihnen. Der Bundesrat und die Verwaltung werden Ihnen in der Kommission oder auch ausserhalb der Kommission behilflich sein.

Der Entwurf des Bundesrates trägt den Bedürfnissen der Wirtschaft nach Meinung der Verwaltung Rechnung; die Mehrheit ist der Meinung, er trage diesen Bedürfnissen nicht gebührend Rechnung. In den Hearings, die Sie mit Vertretern der Wirtschaft hatten, haben Sie sich überzeugen lassen, dass hier übertrieben wird. Wie weit das im Einzelnen Stand hält, wird man dann in einer Beratung – sei es mit oder ohne Rückweisung an den Bundesrat – im Detail überprüfen müssen.

Die Änderungswünsche können meines Erachtens auch in einer Detailberatung in der Kommission aufgenommen werden, wenn Sie das möchten. Eine Rückweisung an den Bundesrat ist also alleine von daher nicht notwendig. Dies würde sich dann rechtfertigen, wenn klar darüber hinausgehende Forderungen bestünden, wo wir weitere Abklärungen brauchen, wo auch weitere Studien notwendig wären. Da wäre natürlich eine Rückweisung an die Verwaltung bzw. an den Bundesrat wieder vorteilhaft. Es geht aber aus den Unterlagen Ihrer Kommission nicht hervor, ob das grundsätzlich neu gemacht werden sollte oder nicht.

Nun, Sie sehen, ich möchte es Ihnen überlassen, ob Sie die Verbesserung dieser Vorlage in der Kommission machen wollen oder ob Sie sie an die Verwaltung zurückweisen wollen. Wenn er einmal beschlossen hat, Ihnen eine Vorlage zu geben, ist der Bundesrat natürlich der Meinung, dass eigentlich die Kommission Änderungen vornehmen sollte und nur in Notfällen das Gegenteil gilt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auf diese Vorlage einzutreten, den Rückweisungsantrag abzulehnen und dann die Verbesserung in der Kommission vorzunehmen.

Burkhalter Didier (RL, NE), pour la commission: J'aimerais revenir sur la conclusion de la majorité de la commission, c'est-à-dire la proposition de renvoi au Conseil fédéral. Celle-ci ne saurait être réduite à une sorte de «Beschäftigungstherapie» pour l'administration, comme l'a dit Monsieur Vischer, ou à une sorte de difficulté excessive pour la commission, comme l'a esquissé Monsieur le conseiller fédéral en disant, de manière tout à fait correcte, que ce ne serait pas une justification suffisante. En fait, c'est une décision politique et je crois que c'est ici le lieu pour cela. La politique consiste aussi, et peut-être même surtout, à marquer des orientations – trois orientations en l'occurrence:

1. une amélioration de la transparence – et cela n'est contesté par personne au sein de la commission;
2. une législation «light» qui se limite à l'essentiel, qui n'occasionne pas des dispositions excessives trop procédurières qui, je crois, aboutissent souvent à des abus de droit plutôt qu'à de nouveaux droits – c'est là l'avis de la majorité de la commission et non pas de sa minorité;
3. une meilleure écoute de l'économie des entreprises qui font, finalement, la croissance, qui font la prospérité et l'emploi dans le pays.

Y compris sur les questions d'harmonisation européenne, la proposition de renvoi ne pose pas de problèmes; au contraire, elle donne une occasion d'améliorer le projet dans ce domaine. La ligne politique prioritairement favorable à la croissance ne doit pas s'arrêter, selon la majorité de la commission, à de grands rapports théoriques sans effet sur la vie quotidienne. Nous devons la concrétiser, cette ligne prioritaire, dans les faits, et donc d'abord dans les lois. Tel est finalement, au travers de ce projet de loi, le message politique de la majorité de la Commission des affaires juridiques du Conseil national au Conseil fédéral.

Hochreutener Norbert (C, BE), für die Kommission: Ich möchte nur zu drei Punkten Stellung nehmen:

1. Natürlich kann man das Geschäft an die Kommission zurückweisen. Dann machen Sie einfach aus einem zu perfektionistischen Gesetz ein etwas schlankeres Gesetz; wir haben das ja letzte Woche beim RTVG gesehen. Wir erwarten nicht einfach nur das. Es ist auch eine Frage des Ansatzes. Wir wollen mit dieser Rückweisung an den Bundesrat auch ein politisches Signal geben, wie es mein Kollege welcher Zunge gesagt hat. Es ist ein politisches Signal, nicht in Überperfektionismus zu machen. Das ist ein anderer Ansatz für dieses Gesetz.

2. Frau Thanei hat gesagt, es sei peinlich, zuerst einzutreten und dann Rückweisung zu beantragen. Es ist natürlich nicht mehr die gleiche Kommission. Es haben Wahlen stattgefunden, wie Sie wissen. Es war noch die alte Kommission für Rechtsfragen, die sich damals für Eintreten entschied. Inzwischen ist die Kommission teilweise mit neuen Mitgliedern bestückt, es ist eine andere Kommission. Deshalb darf man sich das Recht herausnehmen, einen solch wichtigen Entscheid nochmals zu prüfen.

3. Man darf nicht vergessen, dass die Schweiz vor vier Jahren als eines der ersten Länder das Gütesiegel der EU für ihren Datenschutz bekommen hat, für das alte, das bisherige Datenschutzgesetz; Herr Fluri hat das auch gesagt. Wir haben jetzt am alten Gesetz nichts geändert. Wir haben damals als eines der ersten Länder das Gütesiegel bekommen, und es ist völlig unbestritten – das sage ich jetzt auch zuhänden des Amtlichen Bulletins –, dass wir das, was die EU im Zusatzprotokoll will, übernehmen; das ist vollkommen unbestritten. Deshalb ist es kaum denkbar, dass die EU darauf zurückkommen wird und uns das Gütesiegel entziehen wird; ich glaube, das kann man jetzt schon sagen.

Ich bitte Sie also, folgen Sie der Kommissionsmehrheit und weisen Sie das Gesetz zur Neubearbeitung an den Bundesrat zurück.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Präsident (Binder Max, Präsident): Wir stimmen nun über den Rückweisungsantrag der Mehrheit und der FDP-Fraktion ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 03.016/427)

Für den Antrag der Mehrheit/FDP-Fraktion 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 64 Stimmen

04.017

Berücksichtigung der kalten Progression bei der Reform der Ehe- und Familienbesteuerung gemäss Steuerpaket. Bundesgesetz

**Prise en compte
de la progression à froid
dans le cadre de la réforme
de l'imposition du couple
et de la famille prévue
par le paquet fiscal.
Loi fédérale**

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Botschaft des Bundesrates 08.03.04 (BBl 2004 1287)

Message du Conseil fédéral 08.03.04 (FF 2004 1169)

Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 11.03.04 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 15.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 16.03.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.03.04 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.03.04 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 19.03.04 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2004 1381)

Texte de l'acte législatif (FF 2004 1261)

Ordnungsantrag Marti Werner

Es sei das Geschäft 04.017 «Berücksichtigung der kalten Progression bei der Reform der Ehe- und Familienbesteuerung. Bundesgesetz» von der Traktandenliste der Frühjahrs-session abzusetzen.

Ordnungsantrag Kohler

Ich ersuche den Nationalrat, das Geschäft 04.017 «Berücksichtigung der kalten Progression bei der Reform der Ehe- und Familienbesteuerung. Bundesgesetz» auf die nächste ordentliche Session zu verschieben.

Motion d'ordre Marti Werner

Il y a lieu de biffer l'objet 04.017 «Prise en compte de la progression à froid dans le cadre de la réforme de l'imposition du couple et de la famille prévue par le paquet fiscal. Loi fédérale» du programme de la session de printemps.

Motion d'ordre Kohler

Je demande au Conseil national de renvoyer le débat et la décision concernant l'objet 04.017 «Prise en compte de la progression à froid dans le cadre de la réforme de l'imposition du couple et de la famille prévue par le paquet fiscal. Loi fédérale» à la prochaine session ordinaire.

Präsident (Binder Max, Präsident): Herr Marti hat einen Ordnungsantrag zum Geschäft «Berücksichtigung der kalten Progression» eingereicht. Der in gleicher Sache eingereichte Antrag von Herrn Kohler wurde zurückgezogen.

Geschäft / Objet:

BG über den Datenschutz. Übereinkommen zum Schutz des Menschen. Beitritt der Schweiz

LF sur la protection des données. Convention pour la protection des personnes. Adhésion de la Suisse

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 10.03.2004 09:00:08

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amstutz	+	V	BE
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	=	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bezzola	*	R	GR
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	#	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	=	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	*	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bühlmann	=	G	LU
Bühler	+	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Cathomas	*	C	GR
Cavalli	*	S	TI
Chevrier	+	C	VS
Christen	*	R	VD
Cina	+	C	VS
Cuche	=	G	NE
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	*	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obriest	+	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	*	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	*	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH
Fehr Mario	=	S	ZH

Fluri	+	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frosch	=	G	BE
Gadient	*	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	=	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glasson	o	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Gross Andreas	=	S	ZH
Gross Jost	=	S	TG
Guisan	*	R	VD
Günter	=	S	BE
Gutzwiller	*	R	ZH
Gyr	=	S	SZ
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hämmerle	=	S	GR
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	*	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Hollenstein	=	G	SG
Huber	o	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huquenin	=	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	+	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
Jutzet	*	S	FR
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE
Kleiner	+	R	AR
Kohler	+	C	JU

Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leu	+	C	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	+	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Leuthard	+	C	AG
Levrat	=	S	FR
Loepfe	*	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Maillard	*	S	VD
Maitre	+	C	GE
Markwalder Bär	=	R	BE
Marti Wemer	=	S	GL
Marty Kälin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	*	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	*	R	TG
Meyer Thérèse	=	C	FR
Miesch	+	V	BL
Mörgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	*	R	AG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	*	S	ZH
Müri	+	V	LU
Noser	*	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Randegger	+	R	BS
Rechsteiner Paul	=	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	*	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	*	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	=	C	TI
Rossini	=	S	VS

Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Sadis	+	R	TI
Salvi	=	S	VD
Savary	*	S	VD
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlüer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	*	V	SZ
Siegrist	+	V	AG
Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Speck	+	V	AG
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Strahm	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Tauscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponoz	+	R	BE
Vanek	=	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	*	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	=	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walker Félix	*	C	SG
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wasserfallen	+	R	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weigelt	+	R	SG
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zapf	*	C	ZH
Zisyadis	*	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	15	0	27	0	5	50	0	97
nein / non / no	4	13	1	43	0	0	3	64
enth. / abst. / ast.	0	0	2	0	0	0	0	2
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	9	1	10	9	0	5	2	36
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit (Vischer)

Stadler Hansruedi (C, UR): Bei der Beratung dieser Vorlage in der Redaktionskommission sind wir auf eine Lücke gestossen. Die Frage, die ich nun mit einem Einzelantrag aufgreife, wurde in der Kommission für Rechtsfragen nicht diskutiert. Die Rückfrage beim Präsidenten der RK hat gezeigt, dass diese Lücke im Interesse der Kohärenz eigentlich geschlossen werden müsste. Eine solche Ergänzung ist aber nicht lediglich redaktioneller, sondern materieller Natur. Deshalb haben wir den Weg über einen Einzelantrag gewählt.

Worum geht es? Die erste BVG-Revision, die auf den 1. Januar 2005 in Kraft treten wird, gibt den Versicherten einen gesetzlichen Anspruch auf die Möglichkeit, einen Viertel der Leistungen in Kapitalform zu beziehen. Ein Bezug der Leistungen in Kapitalform hat aber einschneidende Auswirkungen auf die künftige finanzielle Situation des Leistungsbezügers, die sich vor allem auch auf seine Familie auswirken kann. Beim Bezug der Alters- und Invalidenleistung in Kapitalform entfallen nämlich beim späteren Tod des Rentenbezügers auch die Hinterlassenenleistungen an den überlebenden Ehegatten. Zum Schutz des Ehegatten wird nun mit der 1. BVG-Revision neu die Zustimmung – d. h. die Unterschrift – des Ehegatten verlangt, wenn ein Leistungsbezug in Kapitalform erfolgt. Der erste Satz von Artikel 37 Absatz 5 lautet: «Ist der Versicherte verheiratet, so ist die Auszahlung der Kapitalabfindung nach den Absätzen 2 und 4 nur zulässig, wenn sein Ehegatte schriftlich zustimmt.» Da nun im Partnerschaftsgesetz die eingetragenen Partner bei den Leistungen den Witvern gleichgestellt werden und so auch beim Bezug der Vorsorgemittel zur Förderung des Wohneigentums ihre Unterschrift verlangt wird, wie wir in Artikel 30c BVG sehen, muss im Interesse der Kohärenz das Erfordernis der Unterschrift des eingetragenen Partners auch im künftigen Artikel 37 Absatz 5 BVG eingefügt werden. Warum sage ich im künftigen Artikel 37 Absatz 5 BVG? Artikel 37 Absatz 5 wird im Rahmen der 1. BVG-Revision erst am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Deshalb finden Sie auf meinem Antrag auch eine entsprechende Fussnote. Ich ersuche Sie, diese Lücke zu schliessen und dem Antrag zuzustimmen. Damit hat die Redaktionskommission natürlich nicht gesagt, dass es bei diesem Gesetz nicht auch noch andere Lücken geben könnte.

Art. 37 Abs. 5 – Art. 37 al. 5

*Angenommen gemäss Antrag Stadler
Adopté selon la proposition Stadler*

*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

Ziff. 29–31

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates*

Ch. 29–31

*Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national*

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 25 Stimmen
(Einstimmigkeit)*

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz**

**Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse**

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)

Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)

Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 03.06.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Antrag der Kommission

Ablehnung der Rückweisung an den Bundesrat

Proposition de la commission

Rejet de la proposition de renvoi au Conseil fédéral

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Monsieur le président, j'ai un petit problème: je ne trouve plus mon dossier. (*Hilarité*)

Präsident (Schuesser Fritz, Präsident): Wir warten einen Augenblick, bis Herr Studer das Dossier gefunden hat. Die Ausgangslage ist die folgende: Der Nationalrat ist auf die Vorlage eingetreten und hat Rückweisung an den Bundesrat beschlossen. Nach dem neuen Parlamentsgesetz müssen wir nur zum Rückweisungsbeschluss des Nationalrates Stellung nehmen. Wir werden nicht über Eintreten oder Nichteintreten diskutieren oder entscheiden. Artikel 87 des neuen Parlamentsgesetzes lautet wie folgt: Absatz 1: «Weist ein Rat einen Beratungsgegenstand gesamthaft an den Bundesrat zurück, so geht der Rückweisungsbeschluss an den anderen Rat.» Absatz 2: «Stimmt der andere Rat dem Rückweisungsbeschluss nicht zu, so wird die Rückweisung wirksam, wenn der erste Rat daran festhält.»

Blocher Christoph, Bundesrat: Der Berichterstatter hat sein Dossier noch nicht gefunden. Ich kann ihm meines nicht geben, weil es deutsch ist, aber ich könnte es ihm geben, weil es inhaltlich übereinstimmt. Ich nutze die Zeit um zu sprechen. Der Bundesrat ist der gleichen Meinung wie Ihre Kommission: Man sollte diesen Rückweisungsantrag ablehnen. Inhaltlich geht es darum: Im Nationalrat ist die Mehrheit, die für den Rückweisungsantrag eingetreten ist, der Meinung, die Revision gehe zu weit, namentlich in Bezug auf die europäischen Erfordernisse; der Bundesrat solle eine Vorlage vorlegen, die nicht über die europäischen Erfordernisse hinausgeht. Die Fragen «Soll die Vorlage weiter gehen?» und «Wo soll sie weiter gehen?» waren umstritten. Die Frage ist aber nicht, ob die Vorlage zu weit geht oder nicht. Die Frage ist: Wer kann diesen allfälligen Mangel heilen? Soll das die vorberatende Kommission tun? Dann rechtfertigt sich eine Rückweisung nicht. Oder soll das der Bundesrat tun? Dann rechtfertigt sich eine Rückweisung. Ihre Kommission ist wie der Bundesrat der Meinung, die allfälligen Mängel, die aber natürlich zuerst sauber auf den Tisch zu legen wären, könnten auch in einer vorberatenden Kommission bereinigt werden. Die Mängel, die diesem Gesetz vorgeworfen werden könnten, sind nicht klar formuliert. Deshalb würde eine Rückweisung an den Bundesrat nicht sehr viel bringen. Auch der Bundesrat müsste zuerst bei der angeblichen Mehrheit des Rates fragen: Was sind denn die Mängel, die man ausmerzen sollte? Darum glauben wir mit

Fünfzehnte Sitzung – Quinzième séance

Donnerstag, 6. Oktober 2005
Jeudi, 6 octobre 2005

08.00 h

05.037

**Kantonsverfassungen
(GL, SO, BL, SH, GR, VS, JU).
Gewährleistung
Constitutions cantonales
(GL, SO, BL, SH, GR, VS, JU).
Garantie**

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 13.04.05 (BBI 2005 2891)
Message du Conseil fédéral 13.04.05 (FF 2005 2715)

Bericht SPK-NR 23.06.05
Rapport CIP-CN 23.06.05

Bericht SPK-SR 26.08.05
Rapport CIP-CE 26.08.05

Ständerat/Conseil des Etats 05.10.05 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 06.10.05 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

*Eintreten ist obligatorisch
L'entrée en matière est acquise de plein droit*

**Bundesbeschluss über die Gewährleistung geänderter
Kantonsverfassungen
Arrêté fédéral accordant la garantie fédérale à des
constitutions cantonales révisées**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): La commission propose, à l'unanimité, d'adopter l'arrêté fédéral.

Angenommen – Adopté

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz**

**Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse**

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)
Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)
Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 03.06.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 06.10.05 (Differenzen – Divergences)

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Je rappelle que le débat d'entrée en matière a déjà eu lieu.

Burkhalter Didier (RL, NE), pour la commission: Il peut être utile en effet de rappeler en deux mots l'état de ce dossier au moment où nous reprenons le débat dans notre conseil, puisqu'un certain temps s'est écoulé depuis la première discussion en mars 2004.

Notre conseil est entré en matière, mais a ensuite renvoyé le dossier au Conseil fédéral. Pourquoi ce renvoi? Parce que ce double projet de révision de la loi fédérale sur la protection des données et d'adhésion de notre pays au Protocole additionnel à la Convention pour la protection des personnes dépassait, selon la majorité des membres de notre commission et de notre conseil, les objectifs fixés par le Parlement, parce qu'il était jugé important de s'y tenir, en particulier pour des raisons économiques.

Ces objectifs étaient et sont toujours au nombre de trois. Les deux premiers découlent de deux motions de commissions du Conseil des Etats. La première, la motion de la Commission des affaires juridiques (00.3000), vise au renforcement de la transparence lors de la collecte de données personnelles sensibles et de profils de la personnalité, et la seconde, la motion de la Commission de gestion (98.3529), à l'établissement de bases légales pour toute liaison en ligne vers les banques de données de la Confédération, y compris les projets pilotes. Le troisième objectif dépasse les frontières et consiste à harmoniser les conditions de communication des données transfrontalières pour les Etats membres du Conseil de l'Europe.

En juin 2004, le Conseil des Etats est également entré en matière mais n'a pas renvoyé le projet au Conseil fédéral, estimant que les adaptations justifiées pouvaient et devaient être faites directement en commission. Le projet est donc revenu à la commission, non pas du Conseil des Etats, mais du Conseil national, qui a finalement accepté cette façon de faire et a chargé une sous-commission de s'atteler à la tâche, ce qui a été fait et à nouveau discuté en avril et mai 2005 en commission, et dont le résultat est le dépliant que vous devriez tous avoir sous vos yeux attentifs, sinon émerveillés.

De manière très générale, on peut dire que le projet qui est soumis aujourd'hui a été allégé de ce qui ne cadrerait pas directement avec les trois objectifs principaux des deux motions précitées et de l'harmonisation avec le droit européen. La commission a donc maintenu le cap politique fixé par le Conseil national lors de son vote du mois de mars 2004, c'est-à-dire améliorer encore la protection des données, oui; renforcer encore la transparence, oui, mais pas de manière disproportionnée ou hostile au fonctionnement de l'économie. En une phrase: *allegro ma non troppo*.

Art. 3 let. i–k*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 4***Antrag der Kommission**Abs. 1, 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

... Zustimmung zudem ausdrücklich erfolgen.

Art. 4*Proposition de la commission**Al. 1, 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

... son consentement doit être au surplus explicite.

Huber Gabi (RL, UR), für die Kommission: Im Namen der Kommission möchte ich eine Erläuterung zu Artikel 4 Absätze 4 und 5 des Entwurfes abgeben.

Wir befinden uns hier systematisch gesehen unter den allgemeinen Datenschutzbestimmungen und in Artikel 4 bei den Grundsätzen. Der neue Absatz 4 wird weder durch die beiden Motionen noch durch das Zusatzprotokoll gefordert. Dennoch trägt er zur Umsetzung der Motion 00.3000, «Erhöhte Transparenz bei der Erhebung von Personendaten», bei. Ihre Kommission hat auf die Streichung von Absatz 4 verzichtet, weil er den Grundsatz der Erkennbarkeit der Beschaffung klar zum Ausdruck bringt, der heute schon aus dem Grundsatz der Bearbeitung nach Treu und Glauben gemäss Absatz 2 abgeleitet wird und der für die Bundesorgane nach Artikel 18 Absatz 2 schon heute explizit gilt, wenn sie besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile bearbeiten. Artikel 4 Absatz 4 ist eine Klarstellung von Artikel 18 Absatz 2. Insbesondere wenn der Zweck der Datenbearbeitung geändert wird, handelt es sich um eine Datenbearbeitung wider Treu und Glauben, was auch nach geltendem Recht und bisheriger Rechtsprechung eine datenschutzwidrige Bearbeitung wäre. Der Zweck muss erkennbar sein. Es geht hier ausdrücklich nicht um die Informationspflicht. Eine solche besteht nur beim Beschaffen von besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofilen unter den Voraussetzungen von Artikel 7a.

Was nun Absatz 5 betrifft, so hat sich die Kommission von der Verwaltung ausdrücklich bestätigen lassen, dass es bei dieser Bestimmung nicht um die Zustimmung als Bedingung für jede Datenbearbeitung geht, sondern um die Voraussetzungen der Gültigkeit der Zustimmung bzw. um die Klärung des Begriffes der Zustimmung, gestützt auf die Rechtsprechung. Das heutige System der Datenbearbeitung unter der Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzgesetzes wird also nicht etwa umgekehrt in ein Datenbearbeitungsverbot mit Erlaubnisvorbehalt.

Die Voraussetzungen, unter welchen eine rechtmässige Datenbearbeitung erfolgen kann, sind in Artikel 12 und 13 festgehalten. Eine Datenbearbeitung ist danach rechtmässig, wenn ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse besteht, wenn die betroffene Person eingewilligt hat oder wenn die Datenbearbeitung durch das Gesetz gerechtfertigt ist.

Es gibt also auch Fälle, in denen die Datenbearbeitung ohne Zustimmung einer Person rechtmässig ist. Artikel 4 Absatz 5 regelt Fälle, in denen eine Zustimmung erforderlich ist. Bei normalen Personendaten kann diese Zustimmung auch konkludent erfolgen, bei besonders schützenswerten Personendaten oder Persönlichkeitsprofilen muss sie ausdrücklich und in beiden Fällen muss sie freiwillig erfolgen. Zur Verdeutlichung der Voraussetzung der Freiwilligkeit in beiden Fällen hat die Mehrheit der Kommission das Wort «zudem» vor «ausdrücklich erfolgen» eingesetzt.

*Angenommen – Adopté***Art. 4bis***Antrag der Minderheit*

(Menétrey-Savary, Garbani, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Titel

Herkunft der Daten

Text

Wer Personendaten bearbeitet, muss in der Lage sein, Angaben über deren Herkunft zu machen.

Art. 4bis*Proposition de la minorité*

(Menétrey-Savary, Garbani, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Titre

Origine des données personnelles

Texte

Quiconque traite des données personnelles doit être en mesure de fournir des informations sur leur origine.

Art. 8 Abs. 2*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Garbani, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Pagan, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

....

a. einschliesslich der Angaben über die

....

Art. 8 al. 2*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Garbani, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Pagan, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

....

a. y compris les informations sur l'origine des données;

....

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Nous sommes cernés de partout par les caméras, les puces électroniques, les profils de la personnalité, les numéros d'identification, les cartes-clients, les fiches. Nous pouvons craindre de devoir dorénavant mener notre vie sous le regard de toutes sortes de mouchards, épiant chacun de nos faits et gestes pour les consigner dans d'improbables banques de données, chacune naturellement strictement contrôlée, mais en même temps chacune susceptible le cas échéant d'être reliée à toutes les autres. A ceux qui s'inquiètent, on dit volontiers qu'ils sont obsédés par le scandale des fiches et qu'ils feraient bien d'évoluer vers un peu plus de modernité et de réalisme. Obsédés, non, mais inquiets de voir se multiplier les tendances fouineuses, magistralement servies d'ailleurs par des techniques toujours plus sophistiquées.

Il peut arriver que des informations soient recueillies sur des personnes non pas dans un but précis ni même pour un destinataire déterminé; elles peuvent être recueillies auprès de tiers sans que la personne concernée n'en sache rien et sans que ces tiers soient parfaitement fiables. Il faut savoir qu'il existe des officines dont le business est de vendre des adresses ou de recueillir des renseignements à l'intention des banques, des gérances immobilières, des entreprises de marketing ou même des institutions de bienfaisance pour leurs récoltes de fonds. Dans de tels cas, il importe que la personne concernée puisse corriger les erreurs à la source pour autant qu'elle connaisse la source. C'est précisément ce que prévoit l'article 8, mais seulement pour les cas où les informations sont disponibles.

pressera pas de conserver les informations relatives à la source et à l'origine des données.

La proposition de la minorité introduit finalement le principe de la traçabilité de l'information et de celle de la source. Ce n'est pas un principe révolutionnaire, je vous rappelle qu'il est en vigueur dans de multiples domaines de la vie économique. Ainsi, que l'on pense aux oeuvres d'art, sur lesquelles il est nécessaire d'avoir des données pour pouvoir les retrouver; aux bois tropicaux, pour lesquels le principe de traçabilité permet de savoir d'où ils viennent. On a également une traçabilité en matière d'OGM. Dès lors, ce principe est aujourd'hui déjà dans les esprits et est déjà appliqué d'une certaine manière dans d'autres domaines.

L'objection principale relative à la question de la traçabilité et à celle de la conservation de l'information relative à la source des données relève en fait de l'entrave à l'économie. En quoi la protection des données et de l'information sur la source des données est-elle un problème économique? D'aucuns ont soutenu, et la majorité les a suivis, que cela impliquerait finalement des frais supplémentaires pour les entreprises qui gèrent des fichiers. C'est inexact: les technologies actuellement à disposition permettent de conserver l'information sur l'origine des données sans aucune difficulté.

En résumé, l'objection qui a été émise ne peut pas être retenue. Il faut aussi dire que même si un coût supplémentaire est généré, l'intérêt des citoyennes et des citoyens – c'est-à-dire l'intérêt de savoir d'où viennent les informations justes ou inexacts qui sont traitées dans un fichier – l'emporte certainement sur les faibles désagréments que pourrait subir le maître du fichier.

Par ailleurs, il faut rappeler que, selon un arrêt du 18 septembre 1991, le Tribunal fédéral a rappelé que chaque individu avait le droit de connaître les sources des informations et des données détenues par le maître du fichier. En fait, la proposition de la majorité s'inscrit en rupture avec cette jurisprudence du Tribunal fédéral.

Pour ce motif, je vous invite, au nom du groupe socialiste, à suivre la minorité.

Markwalder Bär (RL, BE): Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, der Mehrheit der Kommission zu folgen. Die Minderheit Menétrey-Savary verlangt Folgendes: «Wer Personendaten bearbeitet, muss in der Lage sein, Angaben über deren Herkunft zu machen.» Artikel 4bis steht in engem Zusammenhang zu Artikel 8 Absatz 2, wie von der Kommissionssprecherin und dem Kommissionssprecher bzw. von der Sprecherin der Minderheit bereits ausgeführt worden ist.

Artikel 8 Absatz 2 zum Auskunftsrecht verlangt in der Mehrheitsfassung, dass der Inhaber oder die Inhaberin der Datensammlung der betroffenen Person «alle über sie in der Datensammlung vorhandenen Daten einschliesslich der verfügbaren Angaben über die Herkunft der Daten» mitteilen muss. Die Minderheit verlangt indessen, dass in jedem Fall die Pflicht besteht, die Herkunft der Daten verfügbar zu machen. Diese Bestimmung müsste wiederum in einer generellen Pflicht, nämlich in den allgemeinen Datenschutzbestimmungen, also bei Artikel 4bis, stipuliert werden. Das lehnt aber die Mehrheit der Kommission ab, weil es über die EU-Datenschutzrichtlinie hinausgeht und in der Praxis nur mit Schwierigkeiten anwendbar wäre.

Deshalb empfiehlt Ihnen die FDP-Fraktion, der Kommissionmehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge zu Artikel 4bis und Artikel 8 Absatz 2 abzulehnen.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu meinem Vorredner: Wir gehen davon aus, dass wir eine Gesetzgebung aufgrund von Treu und Glauben machen und nicht vom Gedanken beseelt, wir könnten alles normieren, fordern, erlauben oder verbieten. Artikel 8 Absatz 2 weist ja gerade auf die Herkunft der Daten hin, schränkt den Nachweis der Herkunft aber auf die verfügbaren Angaben ein, was aus unserer Sicht dem Kriterium der Praktikabilität des Gesetzes Rechnung trägt.

Joder Rudolf (V, BE): Dieser Artikel steht in Zusammenhang mit Artikel 8 Absatz 2 Litera a. Bei Artikel 8 in der Fassung der Mehrheit geht es um das Recht der betroffenen Person, Auskunft über die Herkunft der Daten zu erhalten, soweit die Angaben verfügbar sind. Entscheidend ist der Begriff «verfügbar».

Der Minderheitsantrag verlangt nun, es sei generell über die Herkunft der Daten Auskunft zu erteilen; wenn dies nicht möglich ist, darf die weitere Bearbeitung der Daten im Rechtssinne nicht erfolgen. Das wäre die rechtliche Auswirkung und Konsequenz. Eine in dieser Form generell verankerte Pflicht im Gesetz geht bei weitem über die EU-Datenschutzrichtlinie hinaus. Sie ist aus der Sicht der SVP-Fraktion absolut unverhältnismässig, sie wäre in der Praxis nicht anwendbar, mit Schwierigkeiten verbunden und brächte auch beträchtliche Mehrkosten mit sich.

Anlässlich des Rückweisungsbeschlusses hier im Nationalrat zu diesem Gesetz im März 2004 haben wir den Auftrag erhalten, eine Vorlage auszuarbeiten, die vermehrt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet ist. Wenn wir diesen Auftrag ernst nehmen, sollten wir diesen Minderheitsantrag ablehnen.

Es ist festzuhalten, dass die Schutzbestimmungen im Gesetz gegeben sind; ich möchte Sie insbesondere auf Artikel 15 verweisen. Wenn also eine Person in ihren Rechten beeinträchtigt ist, besteht ein Schutzinstrumentarium in diesem Gesetz.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag Menétrey-Savary abzulehnen.

Präsident (Janiak Claude, erster Vizepräsident): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass der Antrag der Minderheit abzulehnen sei. Im Zusammenhang mit dem jetzt mehrfach zitierten Artikel 8 Absatz 2 ist es ja klar, dass die entsprechenden Informationen bestehen müssen. Es macht wenig Sinn, dass wir hier zusätzlich eine Einschränkung legiferieren, die in der Praxis nicht sehr opportun sein wird.

Wir bitten Sie daher, der Mehrheit zu folgen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Auch wir bitten Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Er wäre eine unverhältnismässige Verpflichtung, die auferlegt würde, auch finanziell. Sehr oft ist die Herkunft der Daten schlussendlich in gewissen Fällen gar nicht eruiert, oder der Aufwand wäre sehr gross. Das Parlament hat sich dazu schon einmal ausgesprochen, nämlich bei der Beratung des Datenschutzgesetzes. Damals war das Parlament der Ansicht, dass eine solche Pflicht nicht in jedem Fall erforderlich sei. Ich verweise – wie das schon gemacht worden ist – auf Artikel 8.

Die von der Minderheit beantragte Änderung geht viel zu weit. Darum bitten wir Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Burkhalter Didier (RL, NE), pour la commission: L'article 4 traite donc des principes de la protection des données, des principes qui sont clairs et assez stricts, mais la minorité veut encore ajouter un article 4bis relatif à la question de l'origine des données.

Il s'agit là d'une problématique qui concerne également l'article 8 alinéa 2 lettre a et en fait, la réflexion part même de l'article 8. En effet, l'article 8 règle la question du droit d'accès aux données.

La majorité et le Conseil fédéral sont d'avis qu'il faut donner le droit d'accès à toutes les données contenues dans le fichier, y compris celles qui sont disponibles sur l'origine des dites données. La minorité veut aller encore plus loin et obliger le maître du fichier à noter des informations sur l'origine des données. C'est pourquoi, logiquement, la même minorité propose d'ajouter un article 4bis qui précise auparavant que lorsque l'on traite des données personnelles, l'on

sönlichkeit in dieser Bestimmung eingeschlossen sind. Ich möchte die Haltung von Herrn Bundesrat Blocher dazu bestätigt haben.

Blocher Christoph, Bundesrat: Nach geltendem Recht sind heute die Datenbearbeiter verpflichtet, die Übermittlung von Daten ins Ausland dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten zu melden, wenn für die Bekanntgabe keine gesetzliche Pflicht besteht und die betroffenen Personen davon keine Kenntnis haben. Die Meldepflicht wird aber heute kaum erfüllt.

Mit der Revision wird eine neue Sorgfaltspflicht eingeführt, und hier kommt jetzt dieses Problem, das Sie ansprechen. Die Änderung entspricht den Anforderungen des Zusatzprotokolls. Artikel 6 Absatz 1 verlangt neu eine grundsätzliche Voraussetzung für eine gesetzeskonforme Datenübermittlung ins Ausland, nämlich dass die Gesetzgebung im Bestimmungsland einen angemessenen Schutz gewährleistet. Ist dies nicht der Fall, wie zum Beispiel bei der Bekanntgabe von Daten in die USA, so werden alternative Möglichkeiten vorgesehen, um dieses Problem zu lösen.

Insbesondere können Daten an einen Empfänger übermittelt werden, der sich ausdrücklich zur Einhaltung verbindlicher Datenschutzregeln verpflichtet hat, die einen genügenden Schutz gewährleisten. Das ist zum Beispiel in einem Konzern der Fall, der konzerninterne Datenschutzvorschriften hat, die für alle Tochtergesellschaften, für die Zweigniederlassungen usw. gelten. Wenn ein Konzern keine solchen Datenschutzvorschriften hat und verschiedene Zweigniederlassungen hat, dann bestehen hier keine einheitlichen Regelungen. Da müssen dann vielleicht Standardvertragsklauseln verwendet werden, welche den Datenschutz regeln.

Ich bin persönlich der Auffassung – ich werde mich dann auch nochmals vergewissern –, dass hier nicht zu weit gegangen werden muss. Soweit einzelne Einheiten einer Firma einer einheitlichen Leitung unterstehen, und dazu gehören auch die Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen, müsste diese Bestimmung anwendbar sein. Der Datenschutzbeauftragte ist über die alternativen Garantien bezüglich Datenübermittlung usw. zu informieren. Wenn regelmässige Übermittlungen unter den gleichen Rahmenbedingungen spielen, reicht eine einmalige Information.

Angenommen – Adopté

Art. 7a

Antrag der Mehrheit

Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1

Der Inhaber der Datensammlung ist verpflichtet, die betroffene Person über die Beschaffung von besonders schützenswerten Personendaten oder Persönlichkeitsprofilen zu informieren; diese Informationspflicht gilt auch dann, wenn die Daten bei Dritten beschafft werden.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Wenn Daten nicht bei der betroffenen Person beschafft werden, hat deren Daten, oder, wenn auf die Speicherung verzichtet wird, mit der ersten Bekanntgabe an Dritte zu erfolgen.

Abs. 4

Die Informationspflicht des Inhabers der Datensammlung entfällt, wenn die betroffene Person bereits informiert wurde, oder, in Fällen nach Absatz 3, wenn:

- a. die Speicherung oder die Bekanntgabe der Daten ausdrücklich durch das Gesetz vorgesehen ist; oder
- b. die Information nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist.

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Vischer)

Titel

Informationspflicht beim Beschaffen von Personendaten

Abs. 1

Der Inhaber der Datensammlung muss die betroffene Person über die Beschaffung von Personendaten informieren; diese Informationspflicht gilt auch dann, wenn die Daten bei Dritten beschafft werden.

Abs. 4

.... in Fällen nach Absatz 3, wenn die Speicherung oder die Bekanntgabe der Daten ausdrücklich durch das Gesetz vorgesehen ist.

Antrag der Minderheit

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Vischer)

Abs. 3

Streichen

Art. 7a

Proposition de la majorité

Titre

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1

Le maître du fichier a l'obligation d'informer la personne concernée lorsqu'il collecte des données sensibles ou des profils de la personnalité la concernant, que la collecte soit effectuée directement auprès d'elle ou auprès d'un tiers.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... concernée, cette dernière doit être informée au plus tard lors de leur enregistrement ou, à défaut, lors de leur première communication à un tiers.

Al. 4

Le maître du fichier est délié de son devoir d'information si la personne concernée a déjà été informée; il n'est pas non plus tenu d'informer cette dernière dans les cas prévus à l'alinéa 3:

- a. si l'enregistrement ou la communication sont expressément prévus par la loi; ou
- b. si le devoir d'information est impossible à respecter ou nécessite des efforts disproportionnés.

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Vischer)

Titre

Devoir d'informer lors de la collecte de données personnelles

Al. 1

Le maître du fichier a l'obligation d'informer la personne concernée de toute collecte de données personnelles la concernant, que la collecte soit effectuée directement auprès d'elle ou auprès d'un tiers.

Al. 4

.... dans les cas prévus à l'alinéa 3, si l'enregistrement ou la communication sont expressément prévus par la loi.

Proposition de la minorité

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Vischer)

Al. 3

Biffer

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): A cet article, la minorité propose de renoncer à prévoir des dispositions différentes selon qu'il s'agit de données personnelles simples ou de données dites sensibles, ou encore de profils de la personnalité. Cette distinction n'existe pas dans le droit européen, nous l'avons également abolie dans la loi sur l'asile et dans la loi sur les étrangers à la suite des accords

wird auch hier die Mehrheit unterstützen und diese zusätzliche Informationspflicht ablehnen.

Vischer Daniel (G, ZH): Bei diesen Minderheitsanträgen geht es um zwei verschiedene Fragen. Die Minderheit Menétrey-Savary will – Artikel 7a Absatz 1 –, dass die Informationspflicht nicht nur bezüglich besonders schützenswerter Daten gilt, sondern generell für Datenerhebungen. Sie hat Beispiele des täglichen Lebens und des Konsumentenschutzes ausgeführt. Auch hier haben wir tatsächlich zu konstatieren, dass heute übermässig Daten erhoben werden. Es ist nicht ganz klar warum, wie, wo, was. Sie will hier generell eine Informationspflicht statuieren. Mit scheint dieser Minderheitsantrag richtig und sinnvoll, nicht zuletzt deshalb, weil im täglichen Leben oft aufgrund einer gewissen, unschwer vorzunehmenden Grenzziehung zwischen wirklich besonders schützenswerten Daten und sogenannten normalen Daten eine Verwechslung stattfindet. Die Minderheit will damit mithin einen zusätzlichen Schutz der betroffenen Person verankern.

Ich ersuche Sie, dieser Minderheit zu folgen.

Zentral sind sodann Absatz 3, Antrag der Minderheit Thanei, und Absatz 4, Antrag der Minderheit Menétrey-Savary. Ich bin jetzt erstaunt gewesen über die etwas sehr rudimentär ausgefallenen Ausführungen meines Vorredners: Er ist ja der, der vielleicht aus gewissen – wie soll ich sagen? – beruflichen Eigeninteressen sehr dafür eintritt, dass diese Einschränkung, wie die Minderheit sie will, nicht legiferiert wird. Um was geht es denn hier?

Hier geht es eben darum, dass bei besonders schützenswerten Daten mindestens eine absolute Informationspflicht besteht und dass eine datenerhebende Gesellschaft nicht einfach sagen kann, es sei ihr eben nicht möglich, dieser Informationspflicht nachzukommen, weil der Aufwand zu gross sei. Das ist tatsächlich ein Schlüsselantrag, mit dem wir uns hier in dieser Revision auseinander zu setzen haben. Es geht um die Verhältnismässigkeit, um ein Abwägen: Soll im Zweifelsfall der betroffenen Person der Vorrang eingeräumt werden, oder soll der datenerhebenden Gesellschaft – wenn sie Daten von Dritten beschafft – der Vorrang eingeräumt werden? Es geht ja letztlich um einen Zweifelsfall, der gewissermassen dann eintritt, wenn angeblich die Informationspflicht nur mit grossem Aufwand möglich oder nicht möglich ist.

Wir gehen davon aus: Hier ist der Vorrang der betroffenen Person zu statuieren, also der Vorrang des Datenschutzes; der Vorrang des Datenschutzes, wie ihn ja die SVP auch will. Jetzt ist leider «Superstar» Baumann, der sich bei der SVP mit dem Datenschutz befasst, nicht hier. Er hat ja ein vehementes Votum zugunsten des Datenschutzes im Zusammenhang mit dem Börsengesetz abgegeben.

Ich habe ihn damals gefragt, wie denn das sei, wenn wir bei der einschlägigen Bestimmung des Datenschutzgesetzes angelangt sein werden. Nun kann er leider diese Frage nicht beantworten, das ist schade. Aber wichtig ist: Hier geht es eben nicht einfach um Börsenhandel und um Börsendaten, die nicht die gleiche Wertigkeit haben wie z. B. Gesundheitsdaten. Hier geht es gemäss Minderheitsantrag Thanei im Kern um besonders schützenswerte Daten. Hier wird sich zeigen, wer für einen effektiven Datenschutz eintritt oder datenerhebenden Gesellschaften letztlich einen Spielraum lässt, wo eben der Informationspflicht bei der Sammlung von Daten von Dritten nicht lückenlos nachgegeben werden muss.

Ich ersuche Sie mithin, sowohl dem Minderheitsantrag Thanei als auch dem Minderheitsantrag Menétrey-Savary, der eine Entsprechung des Minderheitsantrages Thanei ist, zu folgen. Natürlich kann es Ausnahmen geben, aber das sind die Ausnahmen, die im Spezialgesetz speziell vorgesehen sind; weitere braucht es nicht.

Hubmann Vreni (S, ZH): Ich spreche hier im Namen der SP-Fraktion. Auch ich möchte zuerst Herrn Hochreutener sagen: Wenn die datensammelnde Organisation den Vor-

rang hat, wenn also ihre Interessen wichtiger sind, dann müssten wir dieses Gesetz gar nicht revidieren. Der Sinn dieser Revision ist ja eben der Schutz der betroffenen Personen.

In Artikel 7a geht es um die Datensicherheit und darum, dass die betroffenen Personen darüber informiert werden, dass über sie Daten gesammelt werden. Das muss der Inhaber der Datensammlung von sich aus tun. Das ist eben der Sinn dieser Bestimmung. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass dies nur notwendig ist, wenn besonders schützenswerte Daten oder Persönlichkeitsprofile angelegt werden. Die Minderheit Menétrey-Savary aber verlangt einen weitergehenden Schutz. Über jede Beschaffung von Daten müssen die Betroffenen informiert werden.

Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Minderheit Menétrey-Savary. Nur wenn wir überhaupt wissen, dass über uns Daten gesammelt werden, können wir uns allenfalls dagegen wehren oder falsche Daten korrigieren lassen. Die enge Fassung, die von der Mehrheit angenommen wurde, genügt jedoch nicht.

Ich bitte Sie deshalb, in Absatz 1 dem Antrag der Minderheit Menétrey-Savary zuzustimmen.

Auch in Absatz 4 unterstützt die SP-Fraktion den Antrag der Minderheit Menétrey-Savary, welcher verlangt, dass die Informationspflicht nur entfällt, wenn die betroffene Person bereits informiert ist – dann ist sie auch nicht nötig – oder wenn die Speicherung der Daten durch ein Gesetz vorgesehen ist. In allen anderen Fällen hat der Inhaber der Datensammlung die Pflicht, die Betroffenen zu informieren.

Wir von der SP-Fraktion sind für Transparenz. Deshalb werden wir auch hier für den Antrag der Minderheit Menétrey-Savary stimmen.

Garbani Valérie (S, NE): Au nom du groupe socialiste, je vous invite à soutenir la proposition de la minorité Thanei à l'article 7a alinéa 3, soit à biffer l'alinéa 3, car tel qu'il a été voté par la majorité de la commission il atténue considérablement la portée de l'alinéa 1. C'est pourtant une des dispositions centrales de la loi, à savoir le devoir de transparence, d'informer lorsque des données concernant une personne ont été collectées auprès de tiers, à l'instar par exemple d'une compagnie d'assurance ou de médecins.

La majorité de la commission nous propose en effet une procédure d'information standardisée pour les informations procurées par des tiers, notamment par le biais de mentions dans les conditions générales d'assurance, par le biais d'une simple notice, voire même par le biais du site Internet du maître du fichier. L'obligation d'informer doit être absolue, et cette obligation doit être communiquée de manière parfaitement transparente.

Pour cette raison, je vous invite à soutenir la proposition de la minorité Thanei.

Markwalder Bär Christa (RL, BE): Bei Artikel 7a Absatz 1 geht es um die Informationspflicht beim Beschaffen von besonders schützenswerten Personendaten oder Persönlichkeitsprofilen. Die Minderheit beantragt Ihnen, eine generelle Informationspflicht einzuführen, das heisst nicht nur bei besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofilen, sondern gemäss der EU-Richtlinie, und dies auch mit dem Hinweis auf Schengen/Dublin. Dieser Acquis beinhaltet diese Informationspflicht aber ausschliesslich für die Bereiche Asyl, Waffen und Polizei. Die Schweiz ist nicht verpflichtet, die Bestimmungen der Europäischen Richtlinie zu übernehmen, weshalb wir der Mehrheit der Kommission folgen werden.

Zu Absatz 4: Dieser legt fest, unter welchen Umständen die Informationspflicht des Inhabers einer Datensammlung entfällt. Sie entfällt – logischerweise –, wenn die Person bereits informiert wurde oder aber die Speicherung oder ausdrückliche Bekanntgabe der Daten vom Gesetz vorgesehen ist, was unbestritten scheint, oder aber – und dies wird nun durch die Minderheit bestritten –, wenn die Information nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist.

unter gleichen Rahmenbedingungen informiert, so kann in jedem Fall auf die Information verzichtet werden. Wenn Daten bei Dritten beschafft, gespeichert oder weitergegeben werden, so besteht keine Informationspflicht, wenn die Speicherung oder die Bekanntgabe der Daten ausdrücklich durch das Gesetz vorgesehen ist oder wenn die Information nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist. Der Inhaber der Datensammlung kann übrigens auch auf die Information der Betroffenen verzichten, wenn er die Daten beschafft, dann aber keine weitere Bearbeitung vornimmt. Ich verweise auf die Botschaft Seite 2132ff.

Den Fall gemäss Absatz 4 Buchstabe b will die Minderheit streichen. Die Mehrheit der Kommission lehnte diese restriktivere Fassung von Absatz 4 mit 14 zu 6 Stimmen ab.

Titel, Abs. 1 – Titre, al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 53 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 54 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 59 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 7b

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Garbani, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 7b

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Hubmann, Garbani, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hubmann Vreni (S, ZH): Artikel 7b betrifft die Informationspflicht bei automatisierten Einzelentscheidungen. Mit ihrem Antrag verlangt die Kommissionsminderheit auch hier Transparenz bei der Datenbearbeitung. Wenn ein Einzelentscheid rechtliche Folgen für eine betroffene Person hat oder haben kann oder sie sonst wesentlich betrifft, soll auch hier transparent gemacht werden, wie dieser Einzelentscheid zustande gekommen ist.

In der Subkommission hat uns der Datenschutzbeauftragte bestätigt, dass automatisierte Entscheide nicht der Normal-, sondern der Ausnahmefall sind. Der Aufwand wird also nicht unverhältnismässig, sondern überblickbar sein. Wenn also ein Einzelentscheid nicht von einer Person, sondern von einer Maschine gefällt wurde, sind die Betroffenen darüber zu informieren.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit zu unterstützen.

Vischer Daniel (G, ZH): Wir haben hier einen Minderheitsantrag, der den Entwurf des Bundesrates wieder aufnimmt; das muss vielleicht einmal in den Vordergrund gestellt wer-

den. Der Bundesrat hat sich ja etwas überlegt. Es ist eigentlich gar nicht so ganz klar, warum die Kommissionsmehrheit diese sinnvolle Fassung des Bundesrates nunmehr streichen will.

Frau Hubmann hat gesagt, worum es geht: Es geht um die Informationspflicht betreffend automatisierte Einzelentscheide. Offenbar kommt der Fall automatisierter Einzelentscheide nicht allzu häufig vor, sodass man nicht sagen kann, schon allein der Aufwand verbiete die Normierung dieser Angelegenheit. Es geht darum, dass die betroffene Person ausdrücklich darüber informiert werden muss, wenn ein Entscheid, der für sie rechtliche Folgen hat oder sie sonst wesentlich betrifft, ausschliesslich auf einer automatisierten Datenbearbeitung beruht, welche die Bewertung einzelner Aspekte ihrer Persönlichkeit bezweckt. Vor allem jener Fall ist von Bedeutung, wo über automatisierte Datenbearbeitung eine Bewertung von Persönlichkeitsaspekten intendiert wird. Davon ist eine Person mithin sozusagen fast im Herz betroffen, und dementsprechend muss dann eben ein Anspruch bestehen, dass eine Information tatsächlich erfolgt.

Die Mehrheit wird wahrscheinlich wiederum Opportunitätserwägungen anbringen. Sie erscheinen hier aber nicht am Platz. Hier muss doch gesagt werden, dass auch im Falle automatisierter Daten ein Datenschutzzvorrang der betroffenen Person im Gesetz Verankerung verdient.

Ich ersuche Sie, dem Minderheitsantrag Hubmann und damit auch dem Bundesrat zu folgen. Ich bin sicher, dass auch Herr Bundesrat Blocher Sie motivieren wird, diesem Minderheitsantrag zu folgen, denn schliesslich stammt der Minderheitsantrag ja aus seiner Küche.

Sommaruga Carlo (S, GE): Le groupe socialiste vous invite à soutenir la minorité et à introduire le devoir d'informer la personne concernée lorsqu'une décision individuelle automatisée est prise à son égard, ce que proposait d'ailleurs au départ le Conseil fédéral dans son projet.

Il y a de plus en plus de logiciels qui sont exploités, que ce soit sur Internet ou sur des machines utilisées dans les sociétés privées ou dans les administrations publiques, qui traitent des informations et qui trient des données. Aujourd'hui, on constate que dans des secteurs comme les banques ou les assurances, mais également dans des domaines comme l'octroi de logements, voire le travail, des logiciels sont mis en place pour le traitement des données en vue de l'établissement de profils de la personnalité, voire d'une sélection des risques ou des personnes; finalement, on aboutit à des décisions automatisées qui sont prises sur cette base-là. Il s'agit de décisions qui peuvent avoir un caractère important pour l'individu et pour lesquelles il n'y a pas d'intervention humaine.

C'est cette problématique-là qui est visée par l'article 7b. Cet article veut que la personne qui est soumise à un type de traitement automatisé de données dont dépend une décision – sans qu'il y ait intervention humaine – soit mise au courant de ce genre de procédure. De fait, ce genre de procédure automatisée supprime le droit de l'individu d'être entendu, puisque personne ne pourra l'écouter voire introduire dans le processus de décision un quelconque aspect subjectif.

Il convient de relever que cette disposition, que propose la minorité – et qui avait été proposée au départ par le Conseil fédéral –, s'inspire du droit européen. Mais il convient également de souligner que cette disposition ne va pas aussi loin que le droit européen, lequel introduit un droit de veto personnel contre le traitement automatisé des données personnelles et, par conséquent, qu'une telle décision automatisée soit rendue. Dans la proposition de minorité, il s'agit uniquement de permettre aux personnes concernées d'être informées du fait qu'il y a un traitement automatisé et qu'on aboutit à une décision de ce genre.

En commission, on a laissé entendre que l'on aboutirait à une contestation même du principe de la décision automatisée. Non, par la proposition de la minorité, il n'y a pas de contestation de ce système de décision, mais il y a par con-

Antrag der Minderheit

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9*Proposition de la majorité*

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

Biffer

Proposition de la minorité

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Thanei Anita (S, ZH): In den Artikeln 7a und 8 wurden als wichtige Pfeiler die Informationspflicht und das Auskunftsrecht festgesetzt. Hier, in Artikel 9, geht es nun um die Einschränkung dieses Rechtes bzw. dieser Pflicht. Ich weise nochmals darauf hin, dass das Auskunftsrecht und die Informationspflicht sehr wichtige Elemente des Datenschutzes sind. Wir sehen jedoch grundsätzlich ein, dass es für deren Verweigerung, Einschränkung oder Sistierung Gründe gibt. Im Falle, dass diese Gründe später wegfallen, soll die Information oder die Auskunft nachgeholt werden.

Es stellt sich nun die Frage, wer tätig werden soll: Ist es die Behörde, oder müssen es die Betroffenen machen? Anders gefragt: Informiert die Behörde von Amtes wegen, oder müssen sich die Betroffenen darum kümmern? Den Privaten ist es nicht zumutbar, immer nachzufragen, und ich denke, es sei auch ziemlich aufwendig. Besonders renitente Betroffene werden monatlich nachfragen, was dann zu einem grossen Zusatzaufwand der Behörde führt.

Aus diesem Grunde hat der Bundesrat in Absatz 5 zu Recht vorgeschlagen, dass diese Information von Amtes wegen erfolgen soll, nämlich dann, wenn der Grund für die Verweigerung weggefallen ist. Eine Mehrheit hält dafür, das sei nicht praktikabel, da die Gesetze oft ändern und man dann die Listen praktisch laufend nachführen müsste. Bei der Informationspflicht und beim Auskunftsrecht handelt sich aber um besonders wichtige Mittel, d. h., wir befinden uns in einem empfindlichen Bereich. Die Regelung, die der Bundesrat vorgeschlagen hat und an welcher er – so hoffe ich – auch heute noch festhalten wird, ist übrigens dieselbe wie in Artikel 18 Absatz 6 des Bundesgesetzes über die innere Sicherheit. Diese Regelung hat sich als sehr praktikabel und wenig aufwendig erwiesen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Bundesrat und meiner Minderheit zu folgen.

Vischer Daniel (G, ZH): Wie meine Vorrednerin gesagt hat, geht es um einen sehr gemässigten Minderheitsantrag. Es ist die Wiederaufnahme des Antrages des Bundesrates, den die Mehrheit streichen will. Es ist eigentlich die Hereinnahme eines Grundsatzes, der heute in verschiedenen Spezialgesetzen, z. B. im Sicherheitsbereich des Bundes, gilt.

Worum geht es? In der Tat kann es auch bei besonders schützenswerten Daten Gründe dafür geben, dass die Informationspflicht ausbleibt und das Auskunftsrecht nicht gewährt wird, wenn ein Gesetz dies vorsieht und wenn überwiegende öffentliche Interessen dies gebieten. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber es stellt sich die Frage, was geschieht, wenn die Gründe, die für das Ausbleiben der Informationspflicht respektive für das Nichtgewähren des Auskunftsrechtes sprechen, wegfallen. Muss dann die Behörde oder die Unternehmung von sich aus informieren? Das will dieser Absatz 5.

Es wäre unverhältnismässig, wenn die betroffene Person gewissermassen von sich aus handeln müsste. Oft kann sie das gar nicht; sie weiss ja von gar nichts. Nun ist aber auch diese behördliche Pflicht zur Information eingeschränkt: Die Information muss nämlich nicht erfolgen, wenn es nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist. Es kann also sicher nicht gesagt werden, die von der Minderheit beantragte Bestimmung führe zu zusätzlichem Aufwand, weil der Aufwand ja gerade dem Verhältnismässigkeitsprinzip unterworfen ist, wie es der ursprüngliche Entwurf des Bundesrates vorsieht. Es geht also nur um die Grundsatzfrage: Soll die Informationspflicht bei Wegfallen des Grundes für das Unterbleiben nunmehr nachgeholt werden, gewissermassen officialiter, unter normalen Bedingungen, oder nicht? Der Vorrang des Datenschutzes gebietet dies.

Wir sind hier wiederum im Bereich der besonders schützenswerten Daten. Es ist der Schutz eines der zentralen Grundrechte unserer Verfassung, der hier zur Disposition steht. Wir wollen eine klare Ordnung, wie wir sie beispielsweise bereits bei der Telefonüberwachung haben. Es gibt keinen Grund, der dafür spricht, dass dies in anderen Bereichen nicht ebenso statuiert wird. Das heisst, dass dieser Grundsatz immer gilt, auch wenn Spezialgesetze dies nicht vorsehen. Das ist das Wesentliche, denn sonst gilt er nur im Falle der Spezialgesetzgebung. Wird hier der bundesrätliche Entwurf aufgenommen, gilt er generell. Dies scheint mir eine Selbstverständlichkeit.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Le groupe radical-libéral communique qu'il soutient la proposition de la majorité.

Sommaruga Carlo (S, GE): A l'article 9 aussi, comme à d'autres articles, on doit constater que le Conseil fédéral a présenté un projet qui ne se voulait certes pas révolutionnaire, mais quelque peu ambitieux sur certains éléments de la protection des données. Il a dépassé les exigences des motions et du protocole additionnel. Il s'est inspiré finalement aussi de ce qui se pratique dans les pays de l'Union européenne.

Malheureusement, la majorité de la commission a décidé de raboter ce projet pour en faire en fin de compte un projet minimal, et ceci sous prétexte de ne pas entraver – et cela a déjà été dit – le fonctionnement de l'économie, celui des services publics ou privés, voire de ne pas générer des coûts supplémentaires. La majorité a systématiquement, je dirai, arbitré en faveur de l'économie au détriment du devoir d'information et de transparence en matière de protection des données.

A l'article 9, on ne peut que regretter la proposition de la majorité. En effet, la proposition de la minorité s'inscrit dans le cadre du renforcement des droits des personnes intéressées de savoir ce qu'il en est des informations et des données qui les concernent. Rappelons que la loi est basée sur le fait que chaque individu concerné par des données dans un fichier ou par un traitement de données peut solliciter une information et a un droit d'accès aux données qui le concernent. La loi, qui n'accorde pas ce droit de manière absolue, règle les restrictions. Ces restrictions au droit d'accès sont des restrictions légales fondées sur des justes motifs. Ces restrictions peuvent entraîner un refus définitif d'accès aux données ou simplement une suspension de ce droit.

Mais alors, que se passera-t-il à la fin de la suspension du droit d'accès ou du droit d'information? Eh bien, il y aura la possibilité pour l'individu de revenir à la charge ou alors de mettre le fardeau d'information de la personne concernée à la charge de celui qui détient l'information ou le fichier. Cette charge d'annonce devra intervenir dès la fin de la suspension de la restriction.

La majorité a choisi finalement de mettre la charge de la recherche de l'information sur l'individu et non pas sur l'administration. C'est un choix qui est mauvais dans la mesure où la personne concernée aura probablement tendance à revenir régulièrement à la charge pour savoir si, finalement, la

Art. 12 Abs. 2*Antrag der Kommission*

Er darf insbesondere nicht:

....

b. ohne Rechtfertigungsgrund Daten einer Person gegen deren ausdrücklichen Willen bearbeiten;

c. ohne Rechtfertigungsgrund besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile Dritten bekannt geben.

Art. 12 al. 2*Proposition de la commission*

Personne n'est en droit de:

....

b. traiter des données contre la volonté expresse de la personne concernée sans motifs justificatifs;

c. communiquer à des tiers des données sensibles ou des profils de la personnalité sans motifs justificatifs.

*Angenommen – Adopté***Art. 14***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 15***Antrag der Mehrheit**Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Marty Kälin, Menétrey-Savary)

Abs. 5

Klageberechtigt sind betroffene Personen sowie Verbände, die laut Verbandszweck den Schutz bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Arbeitnehmenden, Konsumentenden und Patienten und Patientinnen, verfolgen, zum Zeitpunkt der Klage während mindestens zehn Jahren tätig sind oder einem entsprechenden Dachverband angehören und mindestens 1000 Mitglieder aufweisen. Der Bundesrat bezeichnet die zur Klage berechtigten Organisationen.

Art. 15*Proposition de la majorité**Al. 1, 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Hubmann, Marty Kälin, Menétrey-Savary)

Al. 5

Ont qualité pour intenter une action la personne concernée ou une association dont le but est de protéger certaines catégories de population, notamment des travailleurs, des consommateurs et des patients, et qui est en exercice depuis au moins dix ans au moment de la demande ou qui appartient à une association faitière et qui compte au moins 1000 membres. Le Conseil fédéral désigne les organisations pouvant déposer une demande.

Thanei Anita (S, ZH): Artikel 15 regelt die Rechtsansprüche der Betroffenen und die entsprechenden Verfahren. Was die Einzelklagen anbelangt, ist die gesetzliche Regelung klar und für uns auch akzeptabel. Eine Minderheit beantragt ein Verbandsklagerecht mit sehr strengen Voraussetzungen wie bei der Verbandsbeschwerde. Klageberechtigt sind demzufolge nur solche Verbände, die zum Zeitpunkt der Klage während mindestens zehn Jahren tätig sind oder einem entsprechenden Dachverband angehören und mindestens 1000 Mitglieder aufweisen. Das heisst, es kann nicht jeder «Chüngelizüchterverein» irgendwelche Verbandsklagen anstrengen.

Worum geht es? Es geht insbesondere um Verbände, die die Interessen der Arbeitnehmenden vertreten – d. h. die Gewerkschaften –, dann um Verbände, die die Interessen der Mieterinnen und Mieter oder der Patientinnen und Patienten oder der Konsumentinnen und Konsumenten wahrnehmen. Es geht somit um den Schutz einer ganzen Bevölkerungsgruppe, und es geht nicht um Einzelinteressen. Das ist noch wichtig, denn hier gibt es ein grosses Missverständnis. Es soll nicht so sein, dass mit einer Verbandsklage irgendein Einzelfall aufgenommen werden und ein Einzelinteresse durchgesetzt werden kann. Das ist selbstverständlich schon jetzt durch eine normale Vertretung einer Verbandsperson möglich und geregelt.

Es geht also um Gesamtinteressen. Wenn man z. B. auf Artikel 28 ZGB hinweist, ist ein Feststellungsbegehren möglich. Ich erinnere daran, dass der Datenschutzbeauftragte einen Fragebogen für Mieterinnen und Mieter als zum Teil gegen den Datenschutz verstossend qualifizierte. Genau solche Klagen sollten für Verbände möglich sein, wenn es darum geht, dass irgendwelche Formulare von Patientinnen und Patienten, von Konsumentinnen und Konsumenten, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Mieterinnen und Mietern ausgefüllt werden müssen: Dann soll sich allenfalls ein Verband mit einer Feststellungsklage für das Gesamtinteresse einsetzen können, um zu klären, ob ein solches Formular materielles Datenschutzrecht verletzt.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Les Verts soutiendront la proposition de la minorité Hubmann – développée par Madame Thanei – en faveur de l'octroi à certaines associations de la qualité pour intenter une action en justice. Il existe plusieurs domaines où les personnes lésées peuvent avoir de la peine à faire reconnaître leurs droits et à conduire une procédure devant un tribunal civil parce qu'elles sont confrontées à des situations de grande complexité et qu'elles risquent de ne pas obtenir les informations nécessaires. Nous nous battons depuis un moment pour garantir ce droit à l'information, mais sans le succès escompté, si bien qu'on peut craindre qu'en effet, des personnes concernées n'aient pas les informations dont elles auraient besoin: on peut penser en particulier aux domaines du travail ou des assurances, de même qu'à celui de la consommation.

Si, par exemple, un crédit à la consommation est refusé sur la base de données recueillies auprès de tiers, la personne concernée ne sera pas forcément à même de rassembler ces informations nécessaires et de contester le traitement qui a été fait de ses données personnelles. C'est encore plus vrai dans le domaine des contrats électroniques, dans les domaines bancaire ou commercial. Dans un tel cas, on peut imaginer que les fédérations de consommateurs seront mieux à même de défendre les intérêts de leurs membres. Comme vient de le mentionner Madame Thanei, il s'agirait dans tous ces cas de situations exemplaires, et collectives, qui pourraient aussi avoir pour effet bénéfique une mise en garde de tout un groupe de personnes concernées, notamment les consommateurs.

Cette proposition de minorité nous paraît très raisonnable et utile, et le groupe des Verts vous demande de la soutenir.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Le groupe PDC communique qu'il soutient la proposition de la majorité.

Sommaruga Carlo (S, GE): La proposition de la minorité Hubmann, défendue par Madame Thanei, vise à introduire à côté du droit individuel de la personne touchée par une atteinte à la personnalité un droit d'action direct en matière de protection des données pour les associations défendant les intérêts des catégories fragiles de la population, comme les travailleurs, les patients ou les consommateurs. L'instrument du droit de plainte direct des associations vise à permettre aux associations – mais indirectement d'une manière générale à la population la moins favorisée pour défendre ses droits, celle qui finalement accède plus difficilement aux tri-

En conséquence, il faut refuser d'inscrire cet alinéa 5 à l'article 15, ce que la commission vous propose de faire par le vote relativement clair de 13 voix contre 4 et 3 abstentions.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 88 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 55 Stimmen

Art. 15a

Antrag der Mehrheit
Streichen

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Thanei, Vischer)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 15a

Proposition de la majorité
Biffer

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Thanei, Vischer)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Sommaruga Carlo (S, GE): La minorité que je défends et que je vous invite à soutenir ne fait que reprendre le projet initial du Conseil fédéral. Cette proposition a été rejetée par la majorité de la commission. Elle a estimé, une fois encore, qu'il n'y avait pas lieu de dépasser le service minimum – de se mettre en conformité avec le protocole et les deux motions acceptées par notre conseil –, alors même que le Conseil fédéral proposait d'introduire un certain nombre de nouveautés permettant de renforcer le droit des citoyennes et des citoyens en matière de protection des données.

De quoi s'agit-il? L'article 15a propose d'introduire le droit d'opposition au traitement de données personnelles. Aux termes de cette disposition, toute personne peut faire valoir auprès du maître du fichier qu'elle ne souhaite pas voir ses données traitées et peut ainsi obtenir, par voie d'opposition, qu'il soit mis fin à toute opération relative aux données la concernant. Si le maître du fichier accepte l'opposition, le traitement des données doit prendre fin. Si le maître du fichier rejette l'opposition, il doit, dans les dix jours, en informer la personne concernée et indiquer quel motif a justifié le refus de la suspension du traitement des données. Ce motif doit être un motif légal, c'est-à-dire soit parce que la personne concernée avait donné son consentement préalable, soit parce qu'il y a un motif justificatif ou une obligation légale.

Vous l'aurez compris, cette disposition permet à chaque individu, mais aussi à toute personne morale, pour peu que les personnes physiques ou morales se sentent concernées par la collecte de leurs données personnelles, d'éviter que des tiers ne traitent des données qui les concernent.

Le mécanisme de l'opposition qui est défendu par la minorité et qui avait été introduit, comme je l'ai dit, par le Conseil fédéral, est connu dans d'autres domaines du droit, notamment dans les assurances sociales, voire en matière fiscale. Ce mécanisme a le grand avantage, par une procédure simple, de mettre fin rapidement à un différend et surtout d'éviter la multiplication des procédures devant les tribunaux, voire devant le préposé fédéral à la protection des données. Il convient également de souligner que le mécanisme d'opposition renforce de manière générale la protection des données. En effet, celui-ci peut déployer un effet préventif à l'égard des maîtres de fichiers qui, pour éviter les oppositions multiples, geraient de manière parcimonieuse et diligente les fichiers.

Il convient de souligner qu'au cours des travaux, il est apparu que le préposé fédéral à la protection des données

était sollicité par une multitude de personnes pour des violations de la loi, voire pour l'absence de réponse de la part du maître du fichier, auxquels les individus avaient écrit pour demander que les données les concernant ne soient plus intégrées dans le fichier. Cette multitude de demandes montre qu'il y a une préoccupation au sein de la population et que, par le biais de cette procédure d'opposition, on pourrait traiter toutes ces réclamations, plutôt que de surcharger le préposé fédéral en l'obligeant à les traiter, alors même qu'il nous rappelait en commission que cela ne relevait pas de son champ d'activité tel que le définit la loi.

Dans ce contexte, dans un but de simplifier les questions relatives aux contestations individuelles, de décharger le préposé fédéral à la protection des données et d'éviter aussi une multiplication de procédures devant les tribunaux, je vous invite à soutenir le principe de l'opposition au traitement des données, prévu à l'article 15a, et donc à soutenir la proposition de minorité.

Thanei Anita (S, ZH): Hier geht es um eine sehr wichtige Bestimmung, nämlich um das Widerspruchsrecht der Betroffenen. Ich beantrage Ihnen im Namen der SP-Fraktion, dem Minderheitsantrag Sommaruga Carlo zuzustimmen.

Die Mehrheit beantragt die Streichung des ganzen Artikels. Es handelt sich um einen Vorschlag des Bundesrates; ich gehe davon aus, dass Herr Bundesrat Blocher den Minderheitsantrag unterstützen wird.

Weshalb beantragt die Mehrheit die Streichung von Artikel 15a? Sie beruft sich auf Artikel 15, also auf den Klageweg, und somit auf Artikel 28 ZGB. Im Weiteren ist die Mehrheit der Ansicht, dass das Widerspruchsverfahren zu unnötigen Verzögerungen führt. Das trifft nicht zu; ich komme auf die Fristen noch zu sprechen. Der Schutz gemäss Artikel 15 des Datenschutzgesetzes in Verbindung mit Artikel 28 ZGB genügt nicht; insbesondere genügt er nicht gegenüber Versicherungen.

Dieses Widerspruchsrecht ist notwendig für die Durchsetzung des materiellen Datenschutzrechtes, und deshalb beharren wir darauf. Heute besteht das Problem, dass die Betroffenen oft nicht wissen, ob eine bestimmte Bearbeitung ihrer Daten gerechtfertigt ist oder nicht. Die Datenbearbeiter müssen keinen Rechtfertigungsgrund nachweisen; das führt dazu, dass sich die Betroffenen meistens auch nicht auf Artikel 28 ZGB berufen.

Ich möchte noch etwas zur Verzögerung und zur wahnsinnigen Einschränkung sagen, die von der Mehrheit geltend gemacht wird. Dem ist nicht so. In Absatz 1 ist vorgesehen, dass die Datenbearbeitung nur dann einzustellen ist, wenn keine gesetzliche Pflicht dafür besteht. Wenn eine gesetzliche Pflicht zur Datenbearbeitung besteht, kann jemand dieses Widerspruchsrecht gar nicht erfolgreich geltend machen. Dann gibt es sehr kurze Fristen: Innert zehn Tagen muss ein Datenbearbeiter einen Rechtfertigungsgrund nach Artikel 13 geltend machen; wenn er das macht, muss der Betroffene wieder innert einer Frist von nur 10 Tagen eine Klage nach Artikel 15 anheben. Das heisst, es wird nicht zu grossen Verzögerungen führen. Es spricht aber sicher für dieses Widerspruchsrecht, dass vorsorgliche Massnahmen nach Artikel 28 ZGB einfach länger dauern und man den Betroffenen dort einen wesentlich schlechteren Schutz einräumt. Er muss Klage einreichen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Hochreutener Norbert (C, BE): Die Minderheit und auch der Bundesrat – wobei Herr Bundesrat Blocher, wie wir ja jetzt schon gehört haben, das Geschäft «geerbt» hat – möchten neu ein Widerspruchsverfahren einführen. Wenn man an Datenverarbeitungen zum Zwecke der Marktforschung, der Werbung, des Marketings usw. denkt, scheint das an sich nicht unberechtigt zu sein. Minderheit und Bundesrat vergessen aber, dass es eben auch legitime Gründe für Datenbearbeitung gibt. Datenbearbeitungen sind oft nötig, um Geschäfte, insbesondere Verträge, abzuwickeln. Das

verfahren einbauen, obschon die Abgrenzungsfragen auch durch Herrn Vischer nicht geklärt werden konnten. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen und die Mehrheit zu unterstützen.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Unsere Fraktion hat bis jetzt alle Minderheitsanträge abgelehnt. Diesen Minderheitsantrag werden wir aber unterstützen – es ist ein Minderheitsantrag, der mit dem Antrag des Bundesrates übereinstimmt –, und zwar aus folgenden Gründen: Dieses Widerspruchsrecht gibt im Gegensatz zur Klage, die in Artikel 15 vorgesehen ist, eine einfache Möglichkeit, dass die beiden betroffenen Parteien miteinander in Kontakt kommen und ihre Haltungen austauschen müssen. Es ist sozusagen ein Vorverfahren vor einem gerichtlichen Verfahren.

Dieses einfache Vorverfahren, das hier konzipiert wird, ermöglicht es doch, viele Auseinandersetzungen, die auf dem gerichtlichen Weg eingeleitet werden müssten, zu verhindern. Das gibt eine Entlastung unserer Gerichte, das führt aber auch dazu, dass dieses Konstrukt für den einfachen Bürger und die einfache Bürgerin besser und einfacher handhabbar ist. Der Bürger muss nämlich, wenn er den Eindruck hat, dass er zu Unrecht in einer Datensammlung aufgeführt wird, nicht zuerst zum Richter gehen oder zu einem Anwalt, der ihm hilft, sondern er kann selber ganz einfach vom Sammler dieser Daten die Auskunft darüber verlangen, auf welchen Grund er sich stützt. Dann ist schon einmal ein grosser Teil der Fragen, die in der Praxis auftauchen können, geklärt.

Wenn es eine Möglichkeit gibt, den Staat zu entlasten, die Verfahren einfacher zu machen und erst noch den Bürgerinnen und Bürgern eine einfache Handhabe in die Hand zu geben, dann ist es dieser Artikel 15a, den der Bundesrat wirklich in weiser Überlegung hier eingefügt hat.

Ich bitte Sie, hier einmal wirklich an diese einfache Mechanik zu denken und dem Bundesrat und damit auch der Minderheit zu folgen.

Ich habe am Anfang gesagt, wir haben überall dort, wo wir den Eindruck hatten, dass die Praktikabilität in der Praxis durch die Minderheitsanträge, die früher gestellt worden sind, verhindert oder erschwert wird, Nein gesagt und haben die Minderheitsanträge abgelehnt. Hier geht es aber wirklich nicht um eine Verhinderung oder Erschwerung der Möglichkeiten, um in der Praxis mit diesem Instrument arbeiten zu können.

Ich bitte Sie, für die Minderheit und den Bundesrat zu stimmen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Warum ist dieser Artikel 15a, Widerspruch gegen die Datenbearbeitung, hier im Gesetz vorhanden? Es ist so, dass die Betroffenen heute oft nicht wissen, ob es für eine bestimmte Bearbeitung der Daten einen Rechtfertigungsgrund gibt, weil sie diesbezüglich keine Auskunft haben. Sie müssen, wenn sie sich dagegen wehren wollen, das Risiko eines gerichtlichen Vorgehens auf sich nehmen, ohne die Erfolgsaussichten einschätzen zu können. Es ist natürlich etwas schwierig, wenn jemand in einer Sache, zu der er keine Auskünfte hat, auf den Rechtsweg verwiesen wird.

Daher sieht dieser Artikel vor, dass die betroffene Person die Möglichkeit erhält, gegen eine Datenbearbeitung Widerspruch zu erheben. Der Datenbearbeiter muss ihr darauf mitteilen, auf welchen Rechtfertigungsgrund sich die Bearbeitung stützt. Das vorgesehene Verfahren ist so kurz wie möglich gemacht worden. Es stimmt, was hier gesagt worden ist: dass dann natürlich eine Verzögerung eintritt. Aber es sind hier ja auch Fristen genannt.

Der Streichungsantrag wurde damit begründet, dass die betroffene Person mit der Klagebefugnis nach Artikel 15 genügend Mittel zur Wahrung ihrer Rechte habe – das ist eben das gerichtliche Verfahren – und dass Missbrauchsgefahr bestehe. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass hier auch Missbrauch vorkommen kann.

Es wurde auch geltend gemacht, dass dem Datenbearbeiter ein grosser Aufwand verursacht würde. Das glaube ich nicht.

Wenn jemand den Rechtfertigungsgrund nennen muss, dann ist kein grosser Aufwand damit verbunden. Die Motionen und das Zusatzprotokoll, auf denen das Ganze ja beruht, gehen auch in die Richtung, in die der Bundesrat legifert hat.

Wir lehnen die Streichung daher ab. Wenn sich der Datenbearbeiter auf einen Rechtfertigungsgrund stützen kann, ist es zumutbar, dass er diesen auf einen Widerspruch hin mitteilt, damit eben auch die andere Seite klare Verhältnisse hat.

Huber Gabi (RL, UR), für die Kommission: Wir befinden uns hier systematisch im dritten Abschnitt des Gesetzes mit dem Titel «Bearbeiten von Personendaten durch private Personen».

Mit Artikel 15a soll ein Widerspruchsrecht der betroffenen Personen gegen die Datenbearbeitung eingeführt werden. Ihre Kommission beantragt mit 12 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung die Streichung dieses Artikels. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass der Rechtsschutz betroffener Personen durch Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 15 – bzw. Artikel 28ff. des Zivilgesetzbuches – umfassend gewahrt wird. Das Recht, die Datenbearbeitung auf zivilrechtlichem Weg zu untersagen, besteht, gestützt auf die erwähnten Bestimmungen, nämlich bereits heute. Droht aufgrund einer Datenbearbeitung Gefahr, hat der Betroffene die Möglichkeit, beim Richter superprovisorische Massnahmen gegen den Inhaber der Datenbank zu erwirken. Nach den Ausführungen der Verwaltung in der Kommission ginge es denn bei Artikel 15a auch vornehmlich darum, Artikel 15 quasi mehr Biss zu verleihen, indem die verfahrensmässige Stellung der betroffenen Personen ein wenig, aber nicht übermässig verbessert wird.

Die Tragweite eines neuen Artikels 15a dürfe nicht überschätzt werden, hiess es in der Kommission. Die gleiche Einschätzung der Tragweite dieser Bestimmung finden Sie in der Botschaft auf Seite 2139. Die Mehrheit der Kommission ist demgegenüber und im Gegensatz zur Minderheit der Auffassung, dass Artikel 15a in der Fassung des Bundesrates die Untersagung jeder Datenbearbeitung praktisch uneingeschränkt ins Ermessen der Betroffenen stellt. Auch wird diese Änderung weder von den beiden Motionen noch vom Zusatzprotokoll gefordert.

Der Sprecher der EVP/EDU-Fraktion hat zwar gesagt, es sei ein einfaches Verfahren. Das stimmt, aber die Aufnahme dieses neuen Artikels würde dazu führen, dass jede Datenbearbeitung durch Erhebung von Widerspruch einfach gestoppt werden könnte. Das Datenbearbeitungsverbot würde bis zur Anrufung des Richters, also mindestens zwei bis drei Wochen, dauern. Es gibt jedoch Fälle, auch das hat einer der Fraktionssprecher erwähnt, z. B. bei einem Schadensereignis, welche eben die umgehende Abklärung des Sachverhalts erfordern. Zudem ist ein Widerspruchsrecht bereits in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b enthalten. Es ist neben dem Auskunftsrecht für eine betroffene Person das stärkste Instrument im Privatbereich.

Nach dieser Bestimmung führt der Widerspruch automatisch zur Annahme der Widerrechtlichkeit der Bearbeitung. Das Verhältnis von Artikel 15a, welcher eine Mischung zwischen informellem privaten Handeln und prozessrechtlichem Vorgehen vorsieht, zum bestehenden Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b ist zudem völlig ungeklärt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 93 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 71 Stimmen

Art. 16

Antrag der Kommission

Titel

Verantwortliches Organ und Kontrolle

Abs. 2

Bearbeiten Bundesorgane Personendaten zusammen mit anderen Bundesorganen, mit kantonalen Organen oder mit

tion ou d'un contrôle de police approfondi qui leur a procuré, qui sait, de sérieux préjudices. Est-ce qu'une base légale en bonne et due forme aurait pu éviter ces erreurs? Disons que ce serait à notre sens une précaution nécessaire.

C'est pourquoi nous tenons au principe que toute application d'une nouvelle pratique doit reposer sur une base légale, et que nous vous demandons de biffer l'article 17a.

Hubmann Vreni (S, ZH): Der Minderheitsantrag zu Artikel 19 Absatz 3bis verfolgt ungefähr das gleiche Ziel wie der Minderheitsantrag Menétrey-Savary zu Artikel 17a, er ist aber systematisch an einer anderen Stelle platziert. Wir ziehen den Antrag zu Artikel 19 Absatz 3bis deshalb zugunsten des Minderheitsantrages Menétrey-Savary zurück. Wir bitten Sie, dem Minderheitsantrag Menétrey-Savary zuzustimmen.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Le groupe radical-libéral communique qu'il soutient la proposition de la majorité.

Garbani Valérie (S, NE): J'interviens donc à propos de l'article 17a pour vous demander, au nom du groupe socialiste, de soutenir la minorité Menétrey-Savary.

Nous avons en mémoire de très mauvaises expériences avec les essais pilotes, notamment en matière de registres informatisés des personnes qui ont d'abord été créés sur la base d'ordonnances, donc sans l'aval du Parlement, avant de faire l'objet d'une loi à teneur du message du Conseil fédéral du 17 septembre 1997 concernant la création et l'adaptation des bases légales applicables aux registres des personnes.

Or, des milliers de données ont été enregistrées avant que le Parlement ne puisse se prononcer sur les principes d'accès «on-line», sur le droit d'être informé, sur la destruction des données, etc. Comme dans le cas d'espèce, il n'y a eu aucune possibilité de contrôle du Parlement. On ignore toujours si toutes les données contenues dans ces registres de personnes ont été récoltées conformément à la loi qui a ensuite été adoptée.

En conséquence, en autorisant les essais pilotes, on prend le risque qu'une future loi soit violée par anticipation. Certaines lois votées par notre Parlement sont imparfaites, mais ces imperfections peuvent être corrigées a posteriori. C'est notamment ce que le Parlement a fait avec le nouveau droit du divorce en réduisant de quatre ans à deux ans le délai durant lequel l'une des parties peut s'y opposer, modification qui a été inspirée par l'application pratique du droit du divorce.

Je vous demande donc, au nom du groupe socialiste, de ne pas jouer aux apprentis sorciers, de refuser les essais pilotes et donc de soutenir la minorité Menétrey-Savary.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich ersuche Sie, dem Minderheitsantrag Menétrey-Savary zuzustimmen. In Artikel 17a geht es um sogenannte Pilotversuche. Im Grunde genommen geht es aber darum, einen klar spezifizierten Parlamentsentscheid über ein formelles Gesetz vorwegzunehmen. Pilotversuche sind eigentlich eine Verschleierung dessen, worum es hier real geht. Hier sollen offenbar automatisierte Datenverarbeitungen unter dem Titel «Pilotversuche» zugelassen werden, wenn in einem formellen Gesetz allgemein eine Aufgabe umschrieben ist, die das im weitesten noch zulässt. «Polizeibereich» – das ist ein alter Streit. Es gibt immer eine allgemeine Polizeiklausel, auf die sich – abgestützt auf ein formelles Gesetz – der Staat für solche Datenbearbeitungen in diesem Sinne berufen kann.

Frau Menétrey hat auf die Beispiele hingewiesen: DNA usw. Da ist doch ganz klar, dass Missbräuche vorkommen – Missbräuche ist vielleicht das falsche Wort; man könnte sagen, es sei unter dem Titel «Pilotversuche» schon fast eine Art Notrechtskompetenz, abgestützt auf eine allgemeine Aufgabe, die in einem formellen Gesetz umschrieben ist. Das wollen wir nicht. Da geht es auch um Persönlichkeitsschutz. Da geht es um hochsensible Daten, da geht es um

neue Möglichkeiten, die es in automatisierten Datenbearbeitungsverfahren gibt, nicht zuletzt zum Beispiel im strafrechtlichen Bereich. Wir wollen nicht, dass hier unter dem Titel «Pilotversuche» etwas ausprobiert wird, bevor sich der Gesetzgeber abschliessend ganz klar dazu geäußert hat.

Ich bin erstaunt, dass dieser Antrag zu Artikel 17a nicht auf mehr Widerspruch stösst, denn das ist ein Vorgehen, das der Tradition unserer Gesetzgebung widerspricht und welches für die automatisierte Datenbearbeitung eigentlich unter dem Titel «Pilotversuche» eine Art Sonderrecht statuiert. Ich ersuche Sie – zusätzlich auf die Begründung von Frau Menétrey verweisend – dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich habe ein gewisses Verständnis für jene, welche diesen Artikel 17a streichen und dem Bundesrat diese Kompetenz nicht geben wollen. Das ist verständlich, weil man sagt, das sei ein so starker Eingriff, dass man dies auf jeden Fall von Anfang an in einem Sondererlass regeln sollte.

Man muss aber sehen, dass man sehr oft, bevor man etwas definitiv einführt, eine Pilot- oder Testphase durchführen sollte. Es wäre etwas übertrieben, wenn man dafür ein eigenes Gesetz erlassen müsste. Darum sieht dieser Artikel vor, dass eine solche Pilotphase durchgeführt werden kann, aber es sind ganz strenge Voraussetzungen daran gebunden.

Erstens geht das nicht ad libitum; während mehr als fünf Jahren kann eine solche Testphase nicht durchgeführt werden. Nur in dieser Zeit kann die automatisierte Bearbeitung von solchen Personendaten und Persönlichkeitsprofilen mit einer Verordnung bewilligt werden.

Ferner wird ausdrücklich vorgesehen, dass die Aufgabe, die diese Bearbeitung erforderlich macht, in einem formellen Gesetz, das auch dem Referendum unterliegt, geregelt sein muss. Der Bundesrat kann einen Pilotversuch bewilligen, wenn die Kriterien, die kumulativ erfüllt sein müssen, vorhanden sind. Er hat ausreichende Massnahmen zur Verhinderung von Persönlichkeitsverletzungen zu treffen.

Ich glaube, all diese kumulativen Gründe gewährleisten die Sicherheit, dass der Bundesrat ausnahmsweise eine solche Pilotphase bewilligen kann, wenn er sich auf ein Gesetz im formellen Sinne abstützt.

Die Minderheit schliesst das aus, d. h., sie schliesst es nicht generell aus, aber es brauchte für eine solche Testphase ein eigenes Gesetz im formellen Sinne, das die beiden Parlamentskammern durchlaufen muss und dem Referendum untersteht. Da fragt man sich, ob es für eine Testphase von beschränkter Dauer mit kumulativen Voraussetzungen wirklich notwendig ist, dieses strenge gesetzliche Erfordernis zu haben.

Es ist auch klar vorgesehen, dass eine Evaluation dieses Pilotprojektes gemacht werden muss; man kann es also nicht einfach durchführen und abschliessen, sondern es muss ein Erfolgsbericht vorgelegt werden. Deshalb glauben wir, dass die Zustimmung zur Mehrheit die Erfordernisse beinhaltet, welche an solche Pilotversuche zu stellen sind.

Burkhalter Didier (RL, NE), pour la commission: Il faut rappeler qu'il s'agit ici clairement de transformer l'essai – c'est le cas de le dire puisqu'il s'agit d'essais pilotes –, car l'un des moteurs de cette révision est constitué par la motion de la Commission de gestion du Conseil des Etats (98.3529), «Liaisons 'on-line'. Renforcer la protection pour les données personnelles». Le Conseil des Etats l'a acceptée en 1999 déjà. On l'a peut-être un peu oublié, mais elle demandait une révision de la loi sur la protection des données, dans le but «d'imposer des bases légales pour toute liaison 'on-line', même lorsqu'il s'agit d'un projet pilote et de prévoir, pour les requêtes et l'installation de liaisons 'on-line' avec les systèmes informatiques de la Confédération, des normes minimales permettant d'améliorer la collaboration entre la Confédération et les cantons». Une bien longue phrase pour une réalité simple: soit on accepte l'article 17a et on réalise enfin

Al. 4

Si une telle recommandation du préposé est rejetée ou n'est pas suivie, il peut porter l'affaire devant la Commission fédérale de la protection des données pour décision. Il a qualité pour recourir contre cette décision.

Angenommen – Adopté

Art. 31 Abs. 1 Bst. d-f

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 31 al. 1 let. d-f

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 34

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

....

1. Artikel 7a Absatz 1 zu informieren; oder

....

Abs. 2 Bst. a

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Garbani, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Abs. 1 Bst. b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 1 Bst. c

c. die sich vorsätzlich einem gemäss Artikel 15 gefällten Gerichtsentscheid, die Bearbeitung oder Bekanntgabe bestimmter Personendaten zu unterlassen bzw. diese zu berichtigen oder zu vernichten, widersetzen.

Art. 34

Proposition de la majorité

Al. 1

....

1. conformément à l'article 7a alinéa 1; ou

....

Al. 2 let. a

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Hubmann, Garbani, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Al. 1 let. b

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 1 let. c

c. qui, intentionnellement, auront passé outre l'interdiction du traitement et de la communication des données, ou qui ne les auront pas rectifiées ou détruites, conformément à une décision de justice prise au sens de l'article 15.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Si les articles 15 et 15a déterminent les règles de droit relatives aux procédures civiles, l'article 34 ajoute des dispositions pénales. Mais celles-ci concernent principalement la violation du devoir d'informer. Les griefs et les requêtes de la personne concernée exprimés lors d'une procédure civile ne se traduisent pas par une condamnation pénale de celui ou de celle qui aura traité, communiqué ou conservé des données, malgré une décision de justice prise en vertu de l'article 15.

Le problème avec cette loi, c'est qu'il est quasi impossible de saisir tous les cas de figure possibles et inimaginables, soit parce que ces cas sont très différents les uns des autres et d'une gravité très inégale, soit parce que ces cas sont réglés par des lois spéciales. Il n'en reste pas moins que des erreurs graves peuvent être commises intentionnellement ou par négligence et que des personnes en subiront des préjudices importants.

J'ai déjà attiré votre attention sur le fait que les banques de données ne sont pas que de banales indications d'une adresse ou d'un numéro de téléphone. Il peut s'agir d'un paiement non sécurisé par Internet. Il peut s'agir d'un prêt bancaire refusé parce qu'un bureau de renseignements sur des personnes a diffusé des données fausses. Je me souviens en particulier du cas d'une personne qui, à plusieurs reprises, mais toujours en vain, a demandé l'effacement d'une inscription sur un fichier de police, selon laquelle elle aurait été impliquée dans un vol. Elle a pu vérifier que l'inscription avait continué à figurer dans son dossier alors même que la police avait reconnu que cette inscription était fausse. Même s'il est difficile de se faire une idée de toutes les situations qui peuvent se présenter, ce qui nous est apparu tout au long de l'examen de cette loi, c'est combien le risque est grand que des situations non conformes échappent totalement à tout contrôle. L'article 4 ou l'article 10 sont parfaitement clairs: les données erronées doivent être corrigées et elles ne peuvent être rassemblées et traitées que dans un but bien défini. Pourtant, les exemples contraires sont légion.

Je l'ai déjà dit, même l'innocente carte Cumulus peut servir à d'autres fins que de faire bénéficier son heureux propriétaire des actions de la Migros. Lors de l'examen de l'initiative parlementaire demandant la révision de l'article 179quinquies du Code pénal pour la protection des mouvements d'affaires, nous avons aussi appris avec étonnement que l'enregistrement des conversations téléphoniques avec les clients, un enregistrement censé servir exclusivement de preuve dans le cadre de contrats d'affaires, servait en réalité à contrôler le travail des employés. Les mouchards sont partout. Nous sommes suivis à la trace. Et même les caméras de surveillance du trafic routier servent aussi parfois à identifier les clients qui entrent et sortent du café voisin. Il peut être bon et utile qu'une sanction pénale, et pas seulement civile, rappelle parfois à l'ordre les maîtres de fichiers qui ont tendance à disperser leurs données sans trop de précautions.

Je vous remercie de soutenir ma proposition de minorité.

Thanei Anita (S, ZH): In Artikel 35 geht es auch um Strafbestimmungen, und zwar geht es der Minderheit um eine gewisse Verschärfung, indem nicht nur die vorsätzliche, sondern auch die fahrlässige unbefugte Bekanntgabe besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile bestraft werden soll. Es betrifft Personen, die einer beruflichen Schweigepflicht oder der Pflicht zur Wahrung des Personendatengeheimnisses unterstehen. Das heisst, es betrifft Anwältinnen und Anwälte, Ärztinnen und Ärzte, Lehrpersonen sowie Pfarrerinnen und Pfarrer.

Weshalb wollen wir diese Strafbestimmung verschärfen? Ich erachte es für Anwältinnen und Anwälte und für die übrigen Personen, die ich vorher genannt habe, als zumutbar, dass sie solche Daten sorgfältig aufbewahren und sorgfältig damit umgehen. Eine übliche Unsorgfalt würde nur als Fahrlässigkeit und nicht als Eventualvorsatz qualifiziert. Ich denke, die Tatsache, dass wir auch die fahrlässige Begehung unter Strafe stellen, hat auch eine gewisse gewünschte präventive Wirkung. Wir sind es denjenigen, die bei Anwältinnen und Anwälten, bei Ärztinnen und Ärzten Hilfe suchen, doch schuldig, dass dafür gesorgt wird, dass mit ihren Daten sorgfältig umgegangen wird.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zu folgen.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Le groupe radical-libéral communique qu'il soutient la proposition de la majorité aux articles 34 et 35

Der von der Minderheit beantragte Absatz 3 von Artikel 35 wäre in der Praxis wohl nur sehr schwer anwendbar, da sich zahlreiche Abgrenzungsprobleme ergäben. Ist es eine Überwachung nach Absatz 3, wenn eine Person z. B. Zeitungsartikel über eine andere Person sammelt und einen Ordner anlegt? Und was genau ist ein fahrlässiges Ermöglichen einer Überwachung? Genügt es, wenn ich dem Sammler einen Zeitungsartikel über die fragliche Person übergebe? Solche interpretationsbedürftigen strafrechtlichen Regelungen und Ausdehnungen sind problematisch und sollten unterlassen werden.

Wir laden Sie ein, mit der Mehrheit zu stimmen.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): La proposition de la minorité Hubmann à l'article 34 est caduque suite au vote à l'article 7b.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 95 Stimmen

Für den Antrag

der Minderheit Menétrey-Savary 62 Stimmen

Art. 35

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Titel

Verletzung der beruflichen Schweigepflicht und Wahrung des Personendatengeheimnisses

Abs. 1

Wer vorsätzlich oder fahrlässig besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile unbefugt bekannt gibt, von denen er bei der Ausübung seines Berufes, der die Kenntnis solcher Daten erfordert, erfahren hat, wird auf Antrag mit Haft oder mit Busse bestraft.

Abs. 2

Gleich wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile unbefugt bekannt gibt, von denen er bei der Tätigkeit für den Geheimhaltungspflichtigen oder während der Ausbildung bei diesem erfahren hat.

Abs. 3

Gleich wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig die unbefugte, systematische Überwachung besonders schützenswerter Personendaten fördert oder betreibt oder eine solche Überwachung fahrlässig ermöglicht.

Abs. 4

Das unbefugte Bekanntgeben besonders schützenswerter Personendaten oder Persönlichkeitsprofile ist auch nach Beendigung der Berufsausübung oder der Ausbildung strafbar.

Art. 35

Proposition de la minorité

(Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Titre

Violation du devoir de discrétion et garantie de la confidentialité des données personnelles

Al. 1

La personne qui, intentionnellement ou par négligence, aura révélé d'une manière illicite des données sensibles ou des profils de la personnalité portés à sa connaissance dans l'exercice d'une profession qui requiert la connaissance de telles données, sera, sur plainte, punie des arrêts ou de l'amende.

Al. 2

Est passible de la même peine la personne qui, intentionnellement ou par négligence, aura révélé d'une manière illicite des données sensibles ou des profils de la personnalité portés à sa connaissance dans le cadre des activités qu'elle exerce pour le compte de la personne soumise à l'obligation de garder le secret ou lors de sa formation chez elle.

Al. 3

Est passible de la même peine la personne qui, intentionnellement ou par négligence, aura encouragé ou entrepris la

surveillance illicite et systématique de données sensibles, ou la personne qui, par négligence, aura rendu possible une telle surveillance.

Al. 4

La révélation illicite de données sensibles ou de profils de la personnalité demeure punissable alors même que les rapports de travail ou de formation ont pris fin.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 58 Stimmen

Dagegen 96 Stimmen

Art. 35bis

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Titel

Betriebliche Datenschutzbeauftragte

Abs. 1

Arbeitgeber, die mehr als zwanzig Personen beschäftigen, die vorwiegend oder ausschliesslich mit Mitteln der Informationstechnologie arbeiten, bezeichnen einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten.

Abs. 2

Die betrieblichen Datenschutzbeauftragten überwachen die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Privatsphäre von Arbeitnehmenden und von Kundinnen und Kunden. Die Betriebsleitung hat ihnen die dafür nötigen Einsichtnahmen zu gewähren.

Abs. 3

Betriebliche Datenschutzbeauftragte sind gegenüber dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten auskunftspflichtig und diesem gegenüber von jeder betrieblichen Geheimhaltungspflicht befreit.

Art. 35bis

Proposition de la minorité

(Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Titre

Préposé à la protection des données au sein de l'entreprise

Al. 1

Tout employeur qui emploie plus de vingt personnes travaillant principalement ou exclusivement avec des moyens informatiques nomme un préposé à la protection des données au sein de l'entreprise.

Al. 2

Le préposé à la protection des données au sein de l'entreprise veille au respect des dispositions légales relatives à la protection de la sphère privée des employés et des clients. La direction lui accorde les droits de consultation nécessaires.

Al. 3

Le préposé à la protection des données au sein de l'entreprise est tenu de renseigner le préposé fédéral à la protection des données et est libéré du secret professionnel vis-à-vis de ce dernier.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): La proposition de la minorité est retirée.

Art. 37 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 37 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. II

Antrag der Mehrheit

Titel, Einleitung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 13 Abs. 1

.... die Artikel 12 bis 15 des


Geschäft / Objet:

Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)

Loi fédérale sur la protection des données (LPD)

Gegenstand / Objet du vote:

Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 06.10.2005 11:44:02

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	o	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	o	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	+	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	o	S	NE
Bezzola	*	R	GR
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	o	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	*	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bühlmann	o	G	LU
Bührer	+	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Cathomas	*	C	GR
Cavalli	o	S	TI
Chevrier	+	C	VS
Christen	+	R	VD
Daguet	o	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	o	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	%	R	GE
Egerszegi-Obrist	*	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	o	G	FR
Fässler-Osterwalder	o	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	o	S	SH
Fehr Jacqueline	o	S	ZH
Fehr Mario	o	S	ZH

Fluri	+	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	o	G	BE
Füglister	*	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	o	S	ZH
Garbani	o	S	NE
Genner	o	G	ZH
Germanier	*	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glasson	*	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	o	S	ZH
Graf Maya	o	G	BL
Graf-Litscher Edith	o	S	TG
Gross Andreas	%	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	o	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gyr	o	S	SZ
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	o	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	*	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hämmerle	o	S	GR
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	o	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	o	S	AG
Hollenstein	o	G	SG
Huber	+	R	UR
Hubmann	o	S	ZH
Huguenin	o	-	VD
Humbel Näf	+	C	AG
Hutter Jasmin	+	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	%	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	o	S	BL
Jermann	*	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	o	G	NE
Jutzet	*	S	FR
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	o	S	BE

Kleiner	*	R	AR
Kohler	+	C	JU
Kunz	*	V	LU
Lang	o	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leu	+	C	LU
Leuenberger	o	G	GE
Leutenegger Filippo	+	R	ZH
Leutenegger	o	S	BL
Leuthard	+	C	AG
Levrat	o	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	o	S	GL
Marty Kälin	*	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	o	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	o	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	#	C	FR
Miesch	%	V	BL
Mörgeli	*	V	ZH
Müller Geri	o	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Walter	*	R	SG
Müller-Hemmi	o	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	o	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	o	S	TI
Pelli	*	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Randegger	+	R	BS
Rechsteiner Paul	o	S	SG
Rechsteiner-Basel	*	S	BS
Recordon	*	G	VD
Rennwald	o	S	JU
Rey	o	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	o	S	VS
Roth-Bernasconi	o	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Sadis	+	R	TI
Salvi	o	S	VD
Savary	o	S	VD
Schenk	+	V	BE
Schenker	o	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlürer	+	V	ZH
Schmid Walter	%	V	BE
Schneider	*	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Siegrist	*	V	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	o	S	GE
Spuhler	*	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	*	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	o	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	o	S	AG
Teuscher	o	G	BE
Thanei	o	S	ZH
Theiler	*	R	LU
Triponez	+	R	BE
Vanek	o	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	%	S	BE
Vischer	o	G	ZH
Vollmer	o	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walker Félix	+	C	SG
Walter Hansjörg	*	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wasserfallen	+	R	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weigelt	+	R	SG
Weyeneth	*	V	BE
Widmer	o	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	*	S	BE
Zapfl	%	C	ZH
Zisyadis	o	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	22	0	28	0	4	43	2	99
nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	13	0	45	0	0	3	61
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	2	0	1	2	0	2	0	7
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	3	1	11	5	1	11	0	32
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non:

Geschäft / Objet:

Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung

Arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse au Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données

Gegenstand / Objet du vote:

Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 06.10.2005 11:45:43

Abate	+	R	TI	Fluri	+	R	SO	Kleiner	*	R	AR	Rossini	+	S	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Föhn	*	V	SZ	Kohler	+	C	JU	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Freysinger	+	V	VS	Kunz	+	V	LU	Ruey	*	R	VD
Amherd	+	C	VS	Frösch	+	G	BE	Lang	+	G	ZG	Rutschmann	+	V	ZH
Amstutz	+	V	BE	Füglister	*	V	AG	Laubacher	+	V	LU	Sadis	+	R	TI
Baader Caspar	*	V	BL	Gadient	+	V	GR	Leu	+	C	LU	Salvi	+	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Gallade	*	S	ZH	Leuenberger	+	G	GE	Savary	+	S	VD
Banga	+	S	SO	Garbani	*	S	NE	Leutenegger Filippo	*	R	ZH	Schenk	+	V	BE
Barthassat	+	C	GE	Genner	+	G	ZH	Leutenegger	*	S	BL	Schenker	+	S	BS
Baumann Alexander	+	V	TG	Germanier	*	R	VS	Leuthard	*	C	AG	Scherer Marcel	+	V	ZG
Bäumle	+	-	ZH	Giezendanner	*	V	AG	Levrat	+	S	FR	Schibli	+	V	ZH
Beck	+	R	VD	Glasson	*	R	FR	Loepfe	+	C	AI	Schlüer	+	V	ZH
Berberat	+	S	NE	Glur	+	V	AG	Lustenberger	+	C	LU	Schmied Walter	%	V	BE
Bezzola	+	R	GR	Goll	+	S	ZH	Markwalder Bär	+	R	BE	Schneider	*	R	BE
Bigger	+	V	SG	Graf Maya	+	G	BL	Marti Werner	+	S	GL	Schwander	+	V	SZ
Bignasca Attilio	+	V	TI	Graf-Litscher Edith	+	S	TG	Marty Kälin	*	S	ZH	Siegrist	*	V	AG
Binder	+	V	ZH	Gross Andreas	%	S	ZH	Mathys	+	V	AG	Simoneschi-Cortesi	*	C	TI
Borer	+	V	SO	Guisan	+	R	VD	Maurer	+	V	ZH	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Günter	+	S	BE	Maury Pasquier	+	S	GE	Spuhler	*	V	TG
Bruderer	+	S	AG	Gutzwiller	*	R	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Stahl	+	V	ZH
Brun	+	C	LU	Gyr	+	S	SZ	Menétrey-Savary	+	G	VD	Stamm Luzi	*	V	AG
Brunner Toni	+	V	SG	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Messmer	+	R	TG	Steiner	+	R	SO
Brunschwig Graf	*	R	GE	Gysin Remo	+	S	BS	Meyer Thérèse	#	C	FR	Stöckli	+	S	BE
Büchler	+	C	SG	Häberli	+	C	TG	Miesch	%	V	BL	Studer Heiner	*	E	AG
Bugnon	+	V	VD	Haering	*	S	ZH	Mörgeli	+	V	ZH	Stump	*	S	AG
Bühmann	+	G	LU	Haller	+	V	BE	Müller Geri	*	G	AG	Teuscher	+	G	BE
Bührer	+	R	SH	Hämmerte	+	S	GR	Müller Philipp	+	R	AG	Thanei	+	S	ZH
Burkhalter	+	R	NE	Hassler	+	V	GR	Müller Walter	*	R	SG	Theiler	*	R	LU
Cathomas	*	C	GR	Hegetschweiler	+	R	ZH	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Triponoz	+	R	BE
Cavalli	*	S	TI	Heim Bea	+	S	SO	Müri	+	V	LU	Vanek	+	-	GE
Chevrier	+	C	VS	Hess Bernhard	+	-	BE	Nordmann	+	S	VD	Vaudroz René	+	R	VD
Christen	+	R	VD	Hochreutener	+	C	BE	Noser	+	R	ZH	Veillon	+	V	VD
Daguet	+	S	BE	Hofmann Urs	+	S	AG	Oehrli	+	V	BE	Vermot-Mangold	%	S	BE
Darbellay	*	C	VS	Hollenstein	*	G	SG	Pagan	+	V	GE	Vischer	+	G	ZH
De Buman	+	C	FR	Huber	+	R	UR	Parmelin	+	V	VD	Vollmer	+	S	BE
Donzé	+	E	BE	Hubmann	+	S	ZH	Pedrina	+	S	TI	Waber Christian	*	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD	Huguenin	+	-	VD	Pelli	*	R	TI	Wäfler	+	E	ZH
Dunant	+	V	BS	Humbel Näf	+	C	AG	Perrin	+	V	NE	Walker Félix	+	C	SG
Dupraz	%	R	GE	Hutter Jasmin	+	V	SG	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Walter Hansjörg	*	V	TG
Egerszegi-Obrist	*	R	AG	Hutter Markus	+	R	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Eggy	+	R	GE	Imfeld	%	C	OW	Randegger	*	R	BS	Wasserfallen	+	R	BE
Engelberger	+	R	NW	Ineichen	+	R	LU	Rechsteiner Paul	*	S	SG	Wehri	+	C	SZ
Fasel	+	G	FR	Janiak	+	S	BL	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Weigelt	*	R	SG
Fässler-Osterwalder	+	S	SG	Jermann	*	C	BL	Recordon	*	G	VD	Weyeneth	+	V	BE
Fattebert	+	V	VD	Joder	+	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Widmer	+	S	LU
Favre	+	R	VD	John-Calame	+	G	NE	Rey	+	S	VS	Wobmann	+	V	SO
Fehr Hans	+	V	ZH	Jutzet	*	S	FR	Reymond	+	V	GE	Wyss Ursula	*	S	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Kaufmann	+	V	ZH	Riklin	+	C	ZH	Zapfl	%	C	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Keller Robert	+	V	ZH	Rime	*	V	FR	Zisvadis	+	-	VD
Fehr Mario	+	S	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Robbiani	+	C	TI	Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot
Ja / oui / si	20	11	25	40	3	45	5	149
nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art 57 4	2	0	1	2	0	2	0	7
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	5	3	14	10	2	9	0	43
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui:
 Bedeutung Nein / Signification de non:

Präsident (Büttiker Rolf, Präsident): Wir nehmen von dieser Erklärung Kenntnis.

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz**

**Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse**

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)
Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)

Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 03.06.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 06.10.05 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 14.12.05 (Differenzen – Divergences)

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Diese Vorlage zum Datenschutzgesetz hat eine parlamentarische Geschichte: Der Nationalrat hat über diese Vorlage in einer ersten Phase befunden, und zwar in der Weise, dass er sie an den Bundesrat zurückweisen wollte. Das Geschäft kam dann in unseren Rat, und wir lehnten diese Rückweisung ab. Gleichzeitig ersuchten wir den Nationalrat, selbst für Korrekturen zu sorgen, weil wir der Auffassung waren, dass dann, wenn ein Rat an einer Vorlage des Bundesrates ganz konkrete Kritik äussert, er selbst für Korrekturen besorgt sein sollte. Der Nationalrat hat dies zur Kenntnis genommen, und die Kommission für Rechtsfragen hat eine Subkommission bestellt.

Der Vorschlag der Subkommission wurde dann im Nationalrat behandelt, und der Nationalrat hat die Vorlage der Subkommission angenommen. Man muss wissen, dass die Rückweisungsabsichten des Nationalrates vor allem dem Umstand zuzuschreiben waren, dass die Meinung vertreten wurde, die Datenschutzgesetzgebung sei zu wenig praxistauglich und die Subkommission solle die diesbezüglichen Bedenken berücksichtigen. Gemäss der Meinung des Nationalrates hat die Subkommission dies denn auch getan, was wie erwähnt zur Gutheissung der Gesamtvorlage durch den Nationalrat führte.

Wir selbst sind auf die Vorlage noch nicht eingetreten, sondern haben, wie gesagt, nur die Rückweisung abgelehnt, so dass heute auch noch eine Eintretensdebatte stattfindet.

Ich orientiere Sie kurz darüber, welche Anlässe zur Revision führten. Ihre Kommission für Rechtsfragen hat eine Motion über die erhöhte Transparenz bei der Erhebung von Personendaten eingereicht. Ihre Geschäftsprüfungskommission hat ebenfalls eine Motion eingereicht, eine Motion mit dem Titel «Erhöhter Schutz für Personendaten bei Online-Verbindungen». Als Drittes kommt dazu, dass mit dem Europarat ein Zusatzabkommen zum Protokoll über die Datenschutzgesetzgebung ausgearbeitet wurde. Dieses liegt uns ebenfalls vor.

Die heutige Vorlage besteht aus zwei Teilen, nämlich dem Bundesbeschluss betreffend den Beitritt zum vorerwähnten Zusatzprotokoll des Europarates und einer Änderung der Datenschutzgesetzgebung. Die Vorlage über die Änderungen des Datenschutzgesetzes wird materiell bedeutsam sein und von uns auch am meisten zu reden geben. Wird diesen Änderungen zugestimmt, so kann das Zusatzprotokoll problemlos ratifiziert werden.

Die Revision des Datenschutzgesetzes weist fünf Kernpunkte auf:

1. Sie wird die Informationspflichten erweitern und somit die Transparenz bei der Datenbeschaffung verbessern. Damit wird erreicht, dass die Stellung von betroffenen Personen verstärkt wird.
2. Gleichzeitig soll den Datenbearbeitern möglichst grosse Freiheit bezüglich der Art und Weise der Erfüllung ihrer Verpflichtungen belassen werden. Hier macht man deutlich, dass gewisse Relativierungen der geltenden Regelung erforderlich sind, dies mit Blick auf die Anliegen der Praxis.
3. Ein weiteres Kernelement wird die Förderung der Selbstregulierung der betroffenen Kreise sein, Stichwort: Zertifizierung.
4. Die Bundesverwaltung kann unter bestimmten Voraussetzungen die automatisierte Bearbeitung von Personendaten im Rahmen von Pilotversuchen vorsehen. Geschaffen wird eine gesetzliche Grundlage, damit solche Pilotversuche durchgeführt werden können.
5. Dieser Punkt wird zu reden geben: Man will gewährleisten, dass die grenzüberschreitenden Datenflüsse dem europäischen Standard entsprechen. Dies ist insbesondere für die Wirtschaft wichtig, da für sie der Datenfluss im internationalen Bereich ein zentrales Erfordernis darstellt.

Im Rahmen des Eintretens nehme ich zu zwei Aspekten Stellung, nämlich zuerst zum Verhältnis zum europäischen Recht: Es wurde bewusst davon abgesehen, das EU-Recht autonom nachzuvollziehen. In einzelnen Fällen, dort, wo dies sachlich gerechtfertigt ist, werden Annäherungen an das EU-Recht vorgeschlagen. Es bleibt aber ein wesentlicher Unterschied, nämlich: dass sich die vorliegende Revision in erster Linie auf die besonders schützenswerten Personendaten konzentriert, das EU-Recht dagegen bedeutend weiter geht. Hinsichtlich der Umsetzung von Schengen/Dublin können deswegen dann Rechtsanwendungsprobleme entstehen, wenn die unterschiedlichen Datenschutzrechtssysteme parallel angewendet werden müssen. Dieses Problem könnte beispielsweise dann entstehen, wenn bei Schengen/Dublin in gewissen Bereichen für die Beurteilung der Transparenz EU-Niveau verlangt wird. Ihre Kommission für Rechtsfragen ist aber der Auffassung, dass solche Probleme durchaus lösbar sind und es deswegen nicht so sein sollte, dass man dem Nationalrat nicht folgen kann.

Die Unterschiede zwischen dem schweizerischen und dem EU-Datenrecht werden unsere Wirtschaft nicht zu behindern vermögen. Die von Ihnen zu beurteilende Vorlage schafft das notwendige Minimum, damit die Datenschutzgesetzgebung der Schweiz in den EU-Staaten als gleichwertig anerkannt wird. Dies ist für die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Beziehungen wichtig. Die EU hat vor einiger Zeit die schweizerische Datenschutzgesetzgebung geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass sie, unter Einbezug der nun zur Diskussion stehenden Revision, in der Schweiz ein adäquates Datenschutzniveau wie in der EU gewährleistet.

Ein zweiter Aspekt ist: Die Rückweisung durch den Nationalrat erfolgte seinerzeit, weil man befürchtete, die Revision des Datenschutzgesetzes sei aus der Sicht der Wirtschaft zu wenig praxistauglich. Die von der Nationalratskommission eingesetzte Subkommission hat dieser Frage spezielle Bedeutung beigemessen und punktuelle Änderungen vorgenommen. So, wie sich die Vorlage heute präsentiert, kann sie, übers Ganze gesehen, als von der Praxis ohne grössere Weiterungen bewältigbar beurteilt werden.

Eine absolut abschliessende Sichtweise ist allerdings noch nicht möglich, und zwar deshalb, weil die Gefahr besteht, dass einzelne Bestimmungen, über die wir heute zu diskutieren haben, in der späteren Rechtsanwendung ausufernd und überkorrekt ausgelegt werden. In anderen Rechtsgebieten sehen wir, zu was dies führen kann. Wir staunen als Gesetzgeber manchmal selbst, was alles aus dem von uns Beschlossenen von der Verwaltung und den Gerichten herausgeholt werden kann.

Als Berichterstatter plädiere ich deshalb dafür, dass man beim Vollzug der Datenschutzgesetzgebung Augenmass be-

entes Informationsmanagement ist heute ganz klar ein Wettbewerbsvorteil. Selbstverständlich gilt das besonders auch für international tätige Konzerne. Der Informationsaustausch muss innerhalb des Konzerns auch international möglichst reibungslos funktionieren, wenn es um den Austausch von Personendaten geht. Die Praxis zeigt, dass das möglich ist, ohne den Schutz von Personendaten zu gefährden, wenn der Konzern selber über entsprechende einheitliche und angemessene Datenschutzregeln verfügt. Betroffen von dieser Regelung sind beispielsweise Mitarbeiterdaten, Lieferantendaten, Daten von potenziellen Kunden usw. Im Umgang mit Bankkundendaten setzt übrigens das Bankkundengeheimnis Grenzen, die dem Datenschutzgesetz vorgehen.

Unternehmen stossen mit dem geltenden Datenschutzgesetz immer wieder an unverhältnismässig enge Grenzen bzw. auf Unklarheiten. Die Wirtschaft ist daher an einer gesetzlichen Regelung interessiert, welche die Datenbekanntgabe im Konzern abschliessend, transparent und unzweideutig regelt. Der vorliegende Gesetzentwurf lässt leider offen, ob auch beim konzerninternen Datenaustausch Artikel 4, Informationen betroffener Personen, Zweckbindung der Datenbearbeitungen, und Artikel 11 eingehalten werden müssen.

Im Sinne einer einfachen Regelung schlagen wir deshalb mit Artikel 5bis eine abschliessende Regelung über die Datenbekanntgabe innerhalb des Konzerns vor. Diese stellt klar, dass ein solcher Datenaustausch ohne weitere Pflicht, die betroffenen Personen zu informieren, und ohne allfällige Registrierungspflicht erfolgen kann, falls der Konzern einheitliche Datenschutzregeln hat, die einen angemessenen Schutz gewährleisten. Dies gilt sowohl für den schweizinternen wie für den grenzüberschreitenden Datentransfer.

Zu den rechtlichen Überlegungen: Gemäss Artikel 4 Absatz 2 DSG hat die Bearbeitung von Personendaten nach Treu und Glauben zu erfolgen. Aus diesem Prinzip ist die Anforderung abzuleiten, dass eine Datenbeschaffung und jede weitere Datenbearbeitung für die betroffene Person grundsätzlich erkennbar sein müssen. Unter dem Begriff Datenbearbeitung ist auch die Bekanntgabe von Daten zu verstehen. Hinzu kommt, dass die Datenbekanntgabe jeweils für einen bestimmten Zweck erfolgt, womit auch Artikel 4 Absatz 3 DSG, Zweckbindungsgebot, einzuhalten ist.

Demgegenüber äussert sich Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe g DSG unseres Erachtens nur zur Frage der Angemessenheit des Schutzes bei einer grenzüberschreitenden Bekanntgabe von Personendaten. Unklar ist mithin das Verhältnis von Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe g zu den Artikeln 4 und 11a.

Mit meinem Antrag kann eine Bekanntgabe von Personendaten innerhalb eines Konzerns erfolgen, ohne die betroffenen Personen gemäss Artikel 4 darüber zusätzlich informieren zu müssen und ohne allfällige Registrierungspflicht nach Artikel 11a DSG.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident (Bieri Peter, erster Vizepräsident): Da es sich beim Antrag Leumann um einen Gegenantrag zu Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe g handelt, gebe ich das Wort jetzt dem Berichterstatter, damit er diese Bestimmung erläutern kann.

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Ihre Kommission für Rechtsfragen ist materiell mit dem, was Frau Leumann bezüglich der Konzerne ausgeführt hat, vollumfänglich einverstanden. Ihre Kommission hat denn auch versucht, zu umschreiben, was unter Konzernen zu verstehen ist, und hat dabei die diesbezüglichen Regelungen des Nationalrates präzisiert. Über die Frage, wo diese Konzernregel zu platzieren ist, kann man nun in guten Treuen unterschiedlicher Auffassung sein.

Ich muss vielleicht auf gewisse Zusammenhänge hinweisen. Gemäss den gesamten Datenschutzgesetzgebungen gibt es drei Datenflüsse, die zu unterscheiden sind. Auf der einen Seite sind es Datenflüsse innerhalb der Schweiz. Die anderen Datenflüsse gehen von der Schweiz ins Ausland, wobei in der Datenschutzgesetzgebung – vereinfacht dargestellt –

die Welt in zwei Segmente aufgeteilt ist: Das eine Segment ist in Artikel 6 Absatz 1 geregelt; das sind alle diejenigen Staaten, die eine Datenschutzgesetzgebung aufweisen, die einen angemessenen Schutz gewährleisten. Vereinfacht kann man sagen, dass alle wirtschaftlich hochentwickelten Länder zu dieser Kategorie gehören. Dann gibt es ein zweites Segment; das sind diejenigen Staaten, in denen ein solcher angemessener Schutz nicht gewährleistet wird. Bezüglich dieser Länder hat vor allem das europäische Recht ganz bestimmte Erfordernisse aufgestellt, und deshalb werden sie auch in unserer Gesetzgebung separat behandelt.

Ihre Kommission für Rechtsfragen hat nun Folgendes gedacht: Wir regeln den schlechtestmöglichen Fall, nämlich den Datenfluss von der Schweiz in Länder, die bezüglich Datenschutz zum zweiten Segment gehören, also zu demjenigen Segment, welches eine ungenügende Datenschutzgesetzgebung hat. In diese Bestimmung nehmen wir die Konzernregel auf, und materiell ist das, was unsere Kommission vorschlägt, weitgehend mit dem identisch, was Frau Leumann meint.

Wenn wir dies nun für diesen quasi komplexesten und die grösste Aufmerksamkeit erfordernden Fall festlegen, also für den Datenfluss ins Ausland mit ungenügender Gesetzgebung, dann muss nach unserer Beurteilung automatisch gelten, dass das, was in solchen Fällen genügt, auch in allen anderen Fällen genügen muss; dies rechtlich aus dem Grundsatz in maiore minus. Wir sagen Folgendes: Es wäre ja unsinnig, für den Datenfluss in solche Länder mit ungenügender Gesetzgebung etwas vorzuschreiben und für den Verkehr innerhalb der Schweiz und gegenüber den hochindustrialisierten Ländern höhere oder andere Anforderungen zu stellen. Deshalb haben wir die Platzierung da vorgesehen, aber in der Meinung, dass dies für die Konzerndatenflüsse ganz generell gilt, weil diese Anforderungen, die Frau Leumann aufführt, schon relativ hoch sind.

Gut, wir stehen also vor der Situation, dass der Antrag Leumann auch für den Nichtjuristen klarer darstellt, dass die Regelung für alle Datenflüsse der Konzerngesellschaften gilt. Der Antrag der Kommission für Rechtsfragen hat den Vorteil, dass er im Rahmen der europäischen Datenschutzgesetzgebung für diejenigen Fälle vorgesehen ist, wo die höchsten Anforderungen von der internationalen Datenschutzwelt gestellt werden, und dass das dann automatisch auch für die anderen gilt. Nun, das ist extrem komplex. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir sowohl mit der Annahme des Antrages Leumann als auch mit der Annahme des Antrages der Kommission für Rechtsfragen eine Differenz zum Nationalrat schaffen. Es wäre mir als Präsident der Kommission für Rechtsfragen auch wohler, wenn dort nochmals reflektiert würde, welche der Lösungen geeignet ist. Der Nationalrat soll die Meinung des Ständerates entgegennehmen, dass Konzerne Daten ins Ausland und im Inland dann unbürokratisch übermitteln können, wenn sie konzerninternen gewisse Schutzmechanismen aufgebaut haben.

Es mag dies für Sie ein seltsamer Antrag eines Kommissionspräsidenten sein, aber es ist Ihnen nun völlig unbenommen, ob sie dem Antrag Leumann oder dem Antrag der Kommission zustimmen.

Bürgi Hermann (V, TG): Den Ausführungen von Kollege Schweiger ist im Grundsatz nichts Ergänzendes beizufügen. Eine Vorbemerkung: Den genau gleichen Antrag, wie er jetzt von Ihnen, Frau Leumann, eingereicht worden ist, hatten wir in der Kommission für Rechtsfragen; es war ein Antrag Wicki. Ich ergreife das Wort aus folgendem Grund:

Frau Leumann will mit ihrem Antrag zu Artikel 5bis den Artikel 6 Absatz 2 Litera g ersetzen, wenn ich das richtig verstehe. Ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, dass wir damit etwas verlieren würden. Zusätzlich zu dem, was Kollege Schweiger erklärt hat, muss ich Sie darauf hinweisen, dass wir jetzt eben nicht mehr nur von Konzerngesellschaften, sondern allgemein von juristischen Personen oder Gesellschaften sprechen – Sie sehen das auf der Fahne. Wir haben mit dem Hinweis auf Gesellschaften und juristische

ganz plakativ ein Beispiel zu nennen: Wenn Schweizer Daten in irgendeinen afrikanischen Staat übermittelt werden, der überhaupt noch keine Datenschutzgesetzgebung hat, müssen gewisse Sondervorkerhungen getroffen werden; diese sind in Artikel 6 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes geregelt.

Diese internationalen Übereinkünfte sehen vor, dass eine zuständige staatliche Stelle Informationen darüber abgeben muss, wie der Schutz der Daten geregelt ist. Damit diese staatliche Stelle überhaupt in der Lage ist, solche Auskünfte zu erteilen, muss sie von denjenigen Angaben haben, die Daten übermitteln. Das ist recht komplex. In der Botschaft des Bundesrates ist geschrieben, dass das selbstverständlich mit der notwendigen Grosszügigkeit betrachtet werden müsse. Es gehe nicht darum, bei jedem Datentransfer den Datenschutzbeauftragten zu orientieren, welche Schutzmassnahmen getroffen worden seien. Das müsste in einem Gesamtkontext gesehen werden, zum Beispiel wenn mit derjenigen Unternehmung, an welche die Daten überliefert werden, Verträge über generelle Schutzmassnahmen bestehen usw.

Mit diesem Uns-Einfügen-Wollen oder Uns-Einfügen-Müssen in die europäischen Gegebenheiten der Datenschutzgesetzgebung sollten wir verhindern, dass wir Gefahren heraufbeschwören, welche die Datenflüsse innerhalb der EU auch für uns problematisch machen könnten. Hier ist nun genau das Problem, das ich im Rahmen des Eintretens ausgeführt habe. Wenn man das bis zum Gehtnichtmehr organisieren will, dann ist es nicht mehr handhabbar. Es ist nun eine Massnahme eingebaut, die verhindern könnte, dass es dazu kommt. Diese Vorsichtsmassnahme besteht darin, dass der Bundesrat die Einzelheiten der Informationspflicht zu regeln hat.

Nun haben wir zwei Varianten: Wir können uns Bundesräte mit gesundem Menschenverstand und andere vorstellen. Wenn wir die Variante 1 als die richtige ansehen, besteht kein Anlass zu grossen Befürchtungen, wenn wir Absatz 3 zustimmen. Wenn wir befürchten müssten, dass es eben nicht so ist und es einen Bundesrat gibt, der zu ausufernden Überlegungen und zu spezifiziertesten Detaillierungen neigt, dann müssten wir Vorsicht walten lassen. Deshalb liegt es letztlich an Herrn Bundesrat Blocher, uns gegenüber für sich und allfällige Nachfolger in seinem Departement Aussagen zu machen, inwieweit Befürchtungen, die wir hegen könnten, gerechtfertigt sind und inwiefern nicht. Aufgrund dieser Ausführungen wird beurteilbar sein, wie wir uns bei Artikel 6 Absatz 3 zu verhalten haben. Ich entschuldige mich, Herr Bundesrat, dass ich Ihnen diese Verantwortung zuschance, aber ich bin mir bewusst, dass Sie die Übernahme der Verantwortung nicht scheuen.

Forster-Vannini Erika (RL, SG): Ich habe jetzt begriffen, worum es geht. Absatz 3 wurde ja im Nationalrat überhaupt nicht diskutiert. Es war mir deshalb nicht klar, wie dieser Artikel auszulegen ist.

Nun aber doch eine Bemerkung zu meinem Streichungsantrag: Dieser Absatz verlangt, dass die Unternehmen dem Datenschutzbeauftragten die Verträge und die internen Richtlinien melden, wenn sie in einer Gruppe die Daten über die Grenze hinweg transferieren wollen und wenn im Zielland keine gleichwertige Gesetzgebung besteht. Die Tragweite dieser Bestimmung ist unklar – wir haben es soeben auch vom Sprecher gehört –, denn die Modalitäten werden erst in der Verordnung geregelt. Auf jeden Fall kann es nicht sein, dass der Datenschutzbeauftragte die Verträge oder die internen Richtlinien gleichsam inhaltlich genehmigt. Die Informationspflicht kann also nur formeller Natur sein.

Die bisherigen Erfahrungen mit der bestehenden formellen Meldepflicht zeigen aber, dass sie sich in der Praxis nicht bewährt – das wurde mir von vielen Leuten bestätigt. Das schreibt sogar der Bundesrat in seiner Botschaft. Daher schlägt er auch eine Vereinfachung vor. Mit der neuen Informationspflicht ist er aber, so meine ich, wenig konsequent. Auch wenn diese in der praktischen Umsetzung einfach aus-

gestaltet werden sollte, bringt sie für Unternehmen doch einen Mehraufwand und macht die gemäss Botschaft angestrebten Erleichterungen zunichte.

Ich habe jetzt vom Sprecher gehört, dass es nicht notwendig sei, jeden Datenfluss zu melden. Das steht aber nicht so im Gesetz. Es wird dem Bundesrat überlassen, die Einzelheiten zu bestimmen. Der Sprecher hat dargelegt, dass er davon ausgehe, dass der Bundesrat die Detailregulierungen nicht zu eng auslegen werde. Ich hoffe, dem ist so. Ich möchte jetzt einmal hören, was Herr Bundesrat Blocher dazu meint und wie er die Einzelheiten zu regeln gedenkt. Je nach Auslegung kann ich den Antrag allenfalls zurückziehen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich habe Verständnis für die Bedenken, die gegenüber diesem Artikel angebracht worden sind. Ich habe auch, Herr Schweiger, die grosse Last der Verantwortung gespürt, hier die Detailbestimmungen zu erlassen. Ich sage nur, die Schwierigkeiten sind wahrscheinlich nicht nur beim gesunden oder nicht gesunden Menschenverstand anzusiedeln, sondern ich glaube, dass es bei solchen Detailerlassen unvermeidlich ist, dass wir die Kreise, die davon betroffen sind, vorher zumindest anhören, wenn auch nicht in einem formellen Vernehmlassungsverfahren.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir das vorher tun werden, falls ich für die Vorbereitung für den Bundesrat zuständig sein sollte. Das sollten wir ohnehin vermehrt machen. Wir haben nämlich eine Vernehmlassungspflicht, die generell gilt; sie ist etwas stur, es wird alles mit Terminen gemacht. Aber es gibt auch Erlasse, wo wir die Kreise vermehrt anhören sollten, denn wir sind natürlich im Bundeshaus vom Alltag etwas abgeschottet. Das kann ich Ihnen versprechen.

Warum ist diese Bestimmung überhaupt im Gesetz? Sie ist nicht ganz aus unserem freien Willen heraus aufgenommen worden. Wenn wir nicht diese oder jene ähnliche Bestimmung haben, die eine solche Garantie vorsieht, können wir dieses Zusatzprotokoll nicht unterzeichnen. Es wird nicht in dieser Form verlangt, man könnte es noch ändern, aber es scheint uns die am wenigsten einschneidende Bestimmung zu sein. Sie enthält eben noch die Regelung der Einzelheiten durch den Bundesrat, was, wenn es zu restriktiv wird, wieder abgeändert werden kann.

Es ist so: Nach geltendem Recht sind heute die Datenbearbeiter verpflichtet, die Übermittlung von Daten ins Ausland dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten zu melden. Diese Pflicht besteht heute schon, wenn für die Bekanntheit keine gesetzliche Grundlage besteht und die betroffenen Personen davon keine Kenntnis haben. Nur ist es so – und darum ist dieses Zusatzprotokoll zustande gekommen –, dass diese Meldepflichten heute kaum erfüllt werden. Jetzt muss man diese Garantien gewährleisten, damit das Protokoll unterschrieben werden kann, aber deswegen muss man nicht über das Ziel hinausschiessen.

Ich kann Ihnen hier Folgendes versichern: Wenn sich regelmässige Übermittlungen unter den gleichen Rahmenbedingungen abspielen, besteht die Absicht, dass eine einmalige Information reicht. Ich glaube, es ist schon eine relativ hohe Barriere, wenn man sagt: Bei regelmässigen Übermittlungen, die sich unter gleichen Rahmenbedingungen abspielen, reicht eine einmalige Information; dort ist sie dann nicht mehr notwendig. Damit haben wir schon viele Fälle erfasst.

Was wir mit den anderen machen, kann ich Ihnen noch nicht sagen. Aber ich bin hier eher auch für eine Lösung, die davon ausgeht, dass man immer an den Worst Case denkt, wenn man ein Gesetz oder eine Bestimmung macht: Was könnte aus dieser Bestimmung alles gemacht werden, das uns nicht passt? Man sollte nicht sagen: Wir gehen davon aus, dass alle nur das Freiheitlichste und Beste mit dem gesunden Menschenverstand wollen. Ich gehe eigentlich immer vom Gegenteil aus. Es ist die Bedingung, dass man überhaupt überblickt, was alles geschehen kann. Da werden wir mit den betroffenen Kreisen vorher mindestens eine Anhörung – um nicht zu sagen: eine Vernehmlassung – durchführen.

haltlich sind die Parteien aber frei. Wir haben im Privatrecht ja Vertragsautonomie, das heisst z. B., dass Versicherungsgesellschaften einen Antragsteller ohne Begründung ablehnen können. Eine Krankenkasse kann einen Grundsatzentscheid fällen und z. B. sagen, dass für Personen ab einem bestimmten Alter keine Zusatzversicherung mehr abgeschlossen werde. Ein Unternehmen kann entscheiden, ob es Kreditkarten herausgeben will oder nicht und welche Bonität gewährleistet werden muss. Es ist sinnlos, wenn wir verlangen, dass jedem einzelnen Gesuchsteller dann noch ausdrücklich mitgeteilt werden muss, dass dieser Entscheid auf einem automatisierten Vorgang beruht.

Entweder führt die Bestimmung zu einem erheblichen Aufwand und damit letztlich zu einem Eingriff in die Privatautonomie – dann ist sie schon aus ordnungspolitischen Gründen abzulehnen –, oder sie ist eine bürokratische Formalität; dann tun wir gut daran, auf diese zu verzichten.

Ich bitte Sie, hier dem klaren Entscheid des Nationalrates zu folgen.

Sommaruga Simonetta (S, BE): Ich möchte Sie bitten, der Kommission und dem Bundesrat zu folgen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Tatsache ist, glaube ich, unbestritten, dass heute die Datenverarbeitung immer häufiger automatisiert wird. Wir reden hier nicht über Banalitäten, sondern wir reden ausschliesslich über die Datenbearbeitung, die für die Betroffenen rechtliche Folgen hat.

Der Antragsteller hat vielleicht vergessen, darauf hinzuweisen, dass wir hier mit diesem Absatz weniger weit gehen als die EU-Richtlinie. Dort wird nämlich verlangt, dass ein Betroffener ein rechtliches Gehör hat, wenn die Datenbearbeitung automatisiert erfolgt. Wir gehen hier viel weniger weit. Wir haben uns hier lediglich auf eine Informationspflicht beschränkt. Ich meine, wir hätten hier doch ein Minimum legifiziert und seien eben nicht so weit gegangen, wie das in der EU-Richtlinie vorgesehen ist.

Zu den Auswirkungen oder zum möglichen Aufwand, Herr Stähelin, haben Sie eigentlich die Antwort schon selber gegeben. Der Bundesrat schreibt in der Botschaft, dass dies die Tätigkeit des Inhabers der Datensammlung in keiner Art und Weise erschwert. Der Bundesrat sagt ebenfalls, dass diese Massnahme einfach umgesetzt werden kann und werden soll. Das ist auch meine Meinung. Es ist nicht die Meinung, hier einen bürokratischen Apparat aufzubauen, aber der Hinweis darauf und die Informationspflicht, dass hier die Datenbearbeitung eben automatisiert erfolgt ist, scheinen mir sehr wichtig. Der Bundesrat sagt, dass man diesen Hinweis in Form eines Standardsatzes machen kann. Ich glaube, damit ist auch gesagt, dass sich der Aufwand für die Inhaber der Datensammlung wirklich in Grenzen halt.

Ich bitte Sie, Bundesrat und Kommission zu folgen, weil wir es, ich sage es noch einmal, hier doch mit der Datenbearbeitung zu tun haben, die eben rechtliche Folgen für die Betroffenen hat und von daher überhaupt nicht unbedeutend ist.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Kommission beantragt Festhalten am Entwurf des Bundesrates, wie wir ihn vorgelegt haben, und der Nationalrat will die Bestimmung streichen, wie es Herr Stähelin gerade dargelegt hat. Mit Artikel 7b wird Artikel 7a durch eine besondere Informationspflicht für den Spezialfall der automatisierten Einzelscheidungen vervollständigt. Ob dies für die betroffene Person wichtig ist oder nicht, hängt natürlich davon ab, in welchen Fällen es geschieht und welche Person es ist. Es gibt Personen, für die ist es von grosser Bedeutung zu wissen, ob es maschinell geschehen ist oder nicht. Der Bundesrat hat diese Bestimmung aufgenommen, weil sie natürlich in der Denkweise aus der Motion des Ständerates 00.3000, «Erhöhte Transparenz bei der Erhebung von Personendaten», hervorgeht.

Man muss sehen, wann die vorliegende Bestimmung vor allem von Bedeutung ist. Sie findet vor allem Anwendung, wenn beispielsweise das Risiko einer Person, die eine Versicherung abschliessen will, aufgrund bestimmter Eigenschaften mit einem rein automatisierten Verfahren bewertet wird.

Ich glaube, das ist der problematischste Fall. Wenn die Insolvenz einer Person bestimmt wird, ist es vielleicht weniger wichtig, ob das in einem maschinellen Verfahren passiert oder anders. Aber bei der Einschätzung des Risikos einer Person ist das nicht ganz unwesentlich und wird auch von versicherten Personen als wesentlich empfunden, nicht von allen gleich, aber es gibt solche, die es als wesentlich empfinden. In einem solchen Fall ist die betroffene Person darüber zu informieren, dass der Entscheid auf rein maschinellem Weg getroffen wurde.

Es ist also nicht die Meinung, Herr Stähelin, dass hier angegeben wird, mit welchem Apparat, mit welcher Einrichtung es geschehen ist, sondern es genügt der Hinweis in Form eines Standardsatzes auf dem Formular, dass dies eben maschinell erfolgt sei. Es ist klar, das gibt dem Betroffenen natürlich nachher die Möglichkeit, mit der Versicherungsgesellschaft abzuklären, was es ist, damit er eben weiss, ob er auf diese Risikoeinschätzung vertrauen kann oder nicht. Ich gebe Ihnen aber Recht, dass 99,99 Prozent der Personen davon wahrscheinlich keinen Gebrauch machen werden.

Der Bundesrat ist mit der Kommission der Ansicht, dass diese Art Informationspflicht für die Datenbearbeiter ohne besonderen Aufwand erfüllt werden kann. Man muss ja immer prüfen: Gibt es einen grossen Aufwand? Ist es kompliziert, das zu tun?

Es ist also eine Kleinigkeit, diesen Satz auf den Formularen anzubringen, um die es hier geht. Ich glaube nicht, dass nachher 100 Prozent der Personen kommen und sagen: Ich möchte jetzt noch wissen, welche Einrichtung es ist. Wenn es so wäre, müsste man es ja erst recht verlangen, weil es dann so wichtig wäre. Aber es sind eigentlich alle der Meinung, es sei nicht so von Bedeutung. Darum hat sich die Kommission dem Bundesrat angeschlossen.

Wenn der Informationsgewinn für gewisse Betroffene klein, aber für andere gross ist und der Aufwand, um das zu erfüllen, so klein ist, so sind wir der Meinung, wir sollten das hier tun, bei allem Respekt für die Vertragsautonomie. Bei der Versicherung geht es natürlich auch um Massenverträge. Diese Formulare zeigen ja auch, dass dort die Vertragsautonomie formell zwar schon noch vorhanden ist, aber materiell ist das Kleingedruckte noch relativ umfangreich, und dieses kleine Sätzchen wird ja wahrscheinlich den Aufwand nicht so sehr erhöhen.

Für gewisse Leute ist es aber von Bedeutung, und darum bin ich der Meinung, wir sollten hier der Kommission zustimmen, wie das der Bundesrat beantragt hat.

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Aus den von mir erwähnten Beispielen könnte der Eindruck entstanden sein, es seien alle Daten relevant, die automatisch bearbeitet wurden, die zu einer Informationspflicht führen. Es sind nur Daten gemeint, welche gemäss Wortlaut des Gesetzes einzelne Aspekte der Persönlichkeit betreffen; dies zur Präzisierung dessen, was ich gesagt habe.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 19 Stimmen

Für den Antrag Stähelin 13 Stimmen

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich möchte zu Artikel 7b noch sagen: Dass Sie jetzt dem Bundesrat zugestimmt haben, hat Konsequenzen bei den Artikeln 34 und 73. Ich bitte Sie, das zu beachten.

Art. 8 Abs. 2; 9 Abs. 1–3, 5; 10a; 11; 11a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 8 al. 2; 9 al. 1–3, 5; 10a; 11; 11a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 14; 15 al. 1, 3; 15a; 16 al. 2–4; 17 al. 2; 17a; 18 al. 2; 19 al. 1; 21; 26 al. 2, 3; 27 al. 6

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 29

Antrag der Kommission

Abs. 1, 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Forster

Abs. 1 Bst. c

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 29

Proposition de la commission

Al. 1, 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Forster

Al. 1 let. c

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 31

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Forster

Abs. 1 Bst. e

Streichen

Art. 31

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Forster

Al. 1 let. e

Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 34

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Berset

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Forster

Abs. 2 Bst. a

a. die Meldung

Art. 34

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Berset

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Forster

Al. 2 let. a

a. auront omis de déclarer

Präsident (Bieri Peter, erster Vizepräsident): Absatz 1 ist in der Folge der Abstimmung zu Artikel 7b gemäss Antrag Ber-

set bzw. Bundesrat angenommen. Der Antrag Forster entfällt.

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen gemäss Antrag Berset

Adopté selon la proposition Berset

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 35

Antrag der Minderheit

(Berset, Béguelin, Marty Dick, Pfisterer Thomas)

Abs. 1

Wer vorsätzlich oder fahrlässig geheime, besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile unbefugt bekannt gibt, von denen er bei der Ausübung seines Berufes, der die Kenntnis solcher Daten erfordert, erfahren hat, wird auf Antrag mit Haft oder mit Busse bestraft.

Abs. 2

Gleich wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig geheime, besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile unbefugt bekannt gibt, von denen er bei der Tätigkeit für den Geheimhaltungspflichtigen oder während der Ausbildung bei diesem erfahren hat.

Art. 35

Proposition de la minorité

(Berset, Béguelin, Marty Dick, Pfisterer Thomas)

Al. 1

La personne qui, intentionnellement ou par négligence, aura révélé d'une manière illicite des données personnelles secrètes et sensibles ou des profils de la personnalité portés à sa connaissance dans l'exercice d'une profession qui requiert la connaissance de telles données, sera, sur plainte, punie des arrêts ou de l'amende.

Al. 2

Est passible de la même peine la personne qui, intentionnellement ou par négligence, aura révélé d'une manière illicite des données personnelles secrètes et sensibles ou des profils de la personnalité portés à sa connaissance dans le cadre des activités qu'elle exerce pour le compte de la personne soumise à l'obligation de garder le secret ou lors de sa formation chez elle.

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Die Minderheit will auch die fahrlässige Verletzung der beruflichen Schweigepflicht ahnden. Sie lehnt sich damit wohl an Bestimmungen etwa zum Bankkundengeheimnis oder zur Schweigepflicht von Ärzten an. Nun ist der Geltungsbereich des Datenschutzgesetzes aber wesentlich weiter. Zu den besonders schützenswerten Personendaten gehören etwa politische oder gewerkschaftliche Ansichten oder Tätigkeiten. Wenn man beispielsweise durch eine EDV-Panne oder einen Hackerangriff Zugriff auf die Mitgliederliste einer Partei erhalten würde, wäre der Tatbestand bereits erfüllt. Gleiches gilt auch, wenn ein Garagist einen Leasingvertrag eines Käufers an eine falsche Faxnummer statt an die Leasinggesellschaft schickt.

Die betroffenen Personen sind nun bei solchen Vorfällen keineswegs schutzlos. Selbstverständlich können sie einen erlittenen Schaden einklagen. Die Frage ist nun aber, ob auch in solchen Fällen tatsächlich noch mit dem ganzen Apparat der Strafverfolgung eingegriffen werden muss. Bei einer vorsätzlichen Begehung – und dazu gehört ja auch der Eventualvorsatz – ist dies gerechtfertigt, nicht aber bei kleineren Fehlern. Zudem stellen wir in der Rechtspraxis immer mehr fest, dass Strafuntersuchungen von Personen, die einen zivilrechtlichen Anspruch geltend machen wollen, dazu benutzt werden, die Instruktionen, die sie an sich selbst einholen könnten, auf einfache Art und Weise durch die staatlichen Behörden machen zu lassen.

Das ist die eher praktische Optik des Ganzen, es kommt aber eine rechtliche dazu: Im Strafgesetzbuch ist die Ge-

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 27 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

2. Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender Datenübermittlung

2. Arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse au Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Die Kommission beantragt Eintreten und Zustimmung zu allen Artikeln des Bundesbeschlusses sowie Annahme in der Gesamtabstimmung.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir beantragen Ihnen dasselbe.

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 28 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

04.3368

Motion Frick Bruno.
Standortbestimmung
im Rechtshilfeverfahren
Motion Frick Bruno.
Procédure d'entraide judiciaire.
Etat des lieux

Einreichungsdatum 17.06.04
Date de dépôt 17.06.04

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.05

Präsident (Bieri Peter, erster Vizepräsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Frick Bruno (C, SZ): Falls Sie einen entsprechenden Verdacht hätten – es ist nicht so, dass ich in meiner letzten präsidentalen Session eine Motion eingereicht habe, nur um in dieser Session zu Wort zu kommen. Ich reichte sie vor 18 Monaten ein.

Lassen Sie mich kurz das Problem erläutern: Vor dreissig Jahren, Mitte der Siebzigerjahre, haben wir das Rechtshilfegesetz verabschiedet, um innerhalb der Schweiz klare Durchführungsregeln für die Rechtshilfe zu setzen – sowohl für jene Fälle, in denen Rechtshilfeabkommen bestehen, als auch für jene, für die keine staatsvertragliche Regelung besteht. Das Gesetz stammt damit aus einer Zeit, da sich die Rechtshilfe auf relativ wenige Staaten beschränkte, wo Recht und Justiz mit unserem Land vergleichbar waren. Die Rechtshilfe an diese Länder zu vereinfachen war ein berechtigtes Anliegen, und die Zusammenarbeit mit ihnen kompromittierte weder unser Rechtsempfinden, noch belastete sie unsere Wirtschaft.

Die Rahmenbedingungen waren auch vor zehn Jahren, als wir eine erste Teilrevision vornahmen, noch weitgehend erhalten. Deshalb änderten wir das Gesetz, um das Rechtshilfeverfahren noch einmal zu beschleunigen und zu vereinfachen.

Doch in der Zwischenzeit haben sich die Rahmenbedingungen für die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen wesentlich verändert. Ich nenne drei Gründe:

1. Es kommt immer häufiger zu Gesuchen aus Staaten mit einer völlig anderen Rechtssituation, mit schwacher oder verpolitisierter Justiz, ja aus Staaten mit offen menschenrechtswidrigen Zuständen. Teilweise sind diese Staaten den Abkommen des Europarates beigetreten und nehmen die daraus fließenden Rechte in Anspruch, ohne dass sie aber den Standards genügen würden, welche bei der Schaffung dieser Abkommen gemeinsame, grundlegende Werte bildeten.

2. Ausländische Strafverfahren und daraus fließende Rechtshilfeersuche sind anfällig dafür, dass sie missbraucht werden, und zwar für die Wahrnehmung nationaler, wirtschaftlicher oder anderer nicht strafrechtlicher Zielsetzungen, auch seitens von ausländischen Konkurrenten. Wir haben das in den letzten Jahren kennen gelernt, namentlich im Zusammenhang mit Gesuchen aus Osteuropa.

3. Die Rechtshilfeabkommen wurden auch auf polizeiliche Ermittlungsmethoden erweitert, und diese Ermittlungsmethoden finden nun im Rechtshilfegesetz keine adäquaten Durchführungsregeln.

Dies war die Situation, als ich vor 18 Monaten die Motion einreichte. Es brauchte Massnahmen, um die Individuen und Unternehmen besser zu schützen, um das Vertrauen in Recht und Justiz der Schweiz zu stärken und allgemein die Vertrauenswürdigkeit der Schweiz wiederherzustellen, soweit sie angeschlagen war. Denn der Imageschaden, den die Schweiz erleidet, erfolgt durch ungerechtfertigte Rechtshilfemassnahmen. Eine spätere Korrektur durch ein Bundesstraf- oder ein Bundesgericht vermag diesen Schaden nur teilweise zu beseitigen.

Der Bundesrat hat die Motion mit meinem Einverständnis bis heute sistiert. Er und auch die Kommissionen im Rahmen der Bundesgerichtsgesetzgebung haben aber mein Anliegen aufgenommen. Es sind nun im Beschwerdeverfahren zwei Instanzen eingebaut, nämlich das Bundesstrafgericht und das Bundesgericht. Mit diesen Massnahmen, die nachträglich – nach meiner Motion – ins Gesetz eingebaut wurden, ist ein wesentlicher Teil des verbesserten Rechtsschutzes realisiert. Ich möchte Herrn Bundesrat Blocher und auch der Bundesversammlung danken, dass sie diese Anliegen bereits aufgenommen und umgesetzt haben. Mit diesem Aspekt – nämlich dem verbesserten Verfahren – befasst sich die Antwort des Bundesrates. Insofern ist ihr nichts entgegenzusetzen.

Doch es bleiben Bereiche, die mit diesen beiden Beschwerdeinstanzen nicht ohne weiteres erledigt sind. Darauf geht der Bundesrat nicht ein. Ich nenne zwei Beispiele: In den internationalen Abkommen wurde die Rechtshilfe wesentlich ausgebaut. Wenn der ersuchende Staat beispielsweise behauptet, er sei selber Opfer eines Verbrechens geworden, so muss ihm die Akteneinsicht vor dem Entscheid über seinen Anspruch auf Rechtshilfe gewährt werden. Bevor wir wissen, ob Rechtshilfe zu gewähren sei, erhält der Staat bereits Akteneinsicht. Dort, wo Verfahren verpolitisieren sind, ist das na-

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz
Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse**

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)
Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)
Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 03.06.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 06.10.05 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 14.12.05 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 09.03.06 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 22.03.06 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

**1. Bundesgesetz über den Datenschutz
1. Loi fédérale sur la protection des données**

Art. 6 Abs. 2 Bst. g

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 6 al. 2 let. g

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Huber Gabi (RL, UR), für die Kommission: Ich äussere mich zu Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe g. Der Ständerat hat hier gegenüber dem Entwurf des Bundesrates bzw. dem Beschluss des Nationalrates eine etwas andere Formulierung gewählt. Es geht um zwei Unterschiede, welche ich zuhanden der Materialien kurz erörtern möchte.

Der erste Unterschied betrifft die Gesellschaften und die juristischen Personen, zwischen denen die Datenbekanntgabe stattfindet. Die präzisere Fassung des Ständerates spricht nicht mehr bloss von der Bekanntgabe von Daten zwischen juristischen Personen, sondern von der «Bekanntgabe innerhalb derselben juristischen Person oder Gesellschaft», die Teil eines Konzerns ist.

Der zweite Unterschied besteht darin, dass in der Fassung des Ständerates – im Gegensatz zum Entwurf des Bundesrates – nicht mehr von «einheitlichen» Datenschutzregeln gesprochen wird. Denn der Begriff der «einheitlichen» Datenschutzregeln ist unklar. Dementsprechend wird auch Absatz 3 von Artikel 6 redaktionell angepasst werden müssen.

Die Informationspflicht gegenüber dem Datenschutzbeauftragten gemäss Artikel 6 Absatz 3 gilt auch für Konzerne gemäss Absatz 2 Buchstabe g. Spezielle Vorschriften für die Datenbekanntgabe unter Konzerngesellschaften bestehen jedoch weder nach geltendem Recht noch nach der Revisionsvorlage. Lediglich für die grenzüberschreitende Datenbekanntgabe ist eine Ausnahmeregelung vorgesehen. Diese gilt für Konzerngesellschaften im Inland nicht. Das bedeutet, dass Konzerngesellschaften im Inland bei der Datenbearbeitung die in Artikel 4 festgelegten Grundsätze einhalten müssen.

Was die Registrierungspflicht gemäss Artikel 11a Absatz 3 betrifft, so besteht diese auch für Konzerngesellschaften. Es ist aber wichtig zu wissen, dass die Anmeldung pro Datensammlung nur einmal und nicht für jede Datenübermittlung

erfolgen muss. Es besteht also eine Meldepflicht, aber es muss nicht jede Verwendung gemeldet werden, sondern nur der Grundsatz.

Angenommen – Adopté

Art. 7b

Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Thanei, Aeschbacher, Jutzet, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 7b

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Thanei, Aeschbacher, Jutzet, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Thanei Anita (S, ZH): Bei diesem Artikel geht es um die Informationspflicht betreffend automatisierte Einzelentscheide. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass der administrative Aufwand für diese Informationspflicht zu gross sei. Das trifft nicht zu. Der Bundesrat hält zu Recht fest, dass ein Hinweis in Form eines Standardsatzes den Anforderungen dieser Bestimmung genügen würde. Es kommt dazu, dass ein Ziel dieser Revision die verbesserte Information der Personen sein soll, deren Daten bearbeitet werden. Wie bereits erwähnt, geht es um automatisierte Einzelentscheide, das heisst, es sind Einzelpersonen betroffen.

Die Schweiz rangiert in Bezug auf die Nutzung von E-Commerce weltweit an achter Stelle. Das ist im Vergleich zu den vorhandenen technischen Möglichkeiten eine relativ schlechte Rangierung. Zurzeit herrscht in der Schweiz ein Missverhältnis zwischen den vorhandenen Infrastrukturen und der tatsächlichen Nutzung des Internets. Der Grund dafür liegt verständlicherweise vor allem im fehlenden Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten. Die bundesrätliche wie auch die ständerätliche Fassung stärken den Datenschutz in diesem Bereich und damit auch das Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten. Nicht stichhaltig ist das Argument der Mehrheit, dass der Inhalt von Artikel 7b nicht Gegenstand der entsprechenden Motionen sei. Wenn wir ein Gesetz revidieren, müssen wir uns nicht nur an diese Motionen halten, wir können auch weitere Verbesserungen anbringen.

Aus meiner Sicht ist es auch wichtig, dass man die Tragweite dieser Bestimmung richtig einschätzt. Dazu gehört, dass man sich zum einen bewusst ist, dass sich diese Pflicht nicht auf alle automatisierten Datenbearbeitungen bezieht, sondern auf Situationen, in denen, gestützt auf eine automatisierte Datenbearbeitung, Entscheide getroffen werden. Zum anderen bezieht sich diese Pflicht nur auf Situationen, in denen Entscheide getroffen werden, welche die Bewertung einzelner Aspekte der Persönlichkeit zum Gegenstand haben. Das sind zwei sehr wichtige Einschränkungen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Les Verts soutiendront la proposition de la minorité. Tout au long du débat sur la protection des données, les membres de droite de la commission et la droite de cette assemblée se sont constamment élevés contre le devoir d'informer à l'égard des citoyens dont les données sont traitées dans toutes sortes de banques de données. Pourtant, cette information constitue la raison d'être de cette loi et de la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé

mal alle automatisierten von den nichtautomatisierten Entscheidungen unterscheiden, trennen und auf die entsprechenden Formulare den Aufdruck machen oder nicht machen. Allein dieser Schritt gibt schon einen recht grossen Aufwand. Dann können Sie sich leicht vorstellen, was der nächste Schritt sein wird. Der nächste Schritt aus Konsumentenkreisen wäre dann die Angabe einer Begründung für den Entscheid, und dann hätten Sie noch mehr Aufwand, als nur einen Standardsatz hinzuzufügen. Also, lassen wir bereits diesen ersten Schritt; er bringt dem Konsumenten null und nichts und der Wirtschaft viel Aufwand.

Ich bitte Sie deshalb, an unserer ursprünglichen Version festzuhalten und dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen und nicht auf die Lösung des Ständerates einzuschwenken.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Die Aufregung um und die Opposition gegen die Bestimmung, welche der Bundesrat mit Artikel 7b einfügen will, erscheinen mir doch etwas eigenartig und schwer verständlich. Denn es geht hier ja um automatisierte Entscheide. Wie werden automatisierte Entscheide jemandem mitgeteilt? Es geschieht praktisch ausschliesslich in schriftlicher Form, zumeist durch den Automaten selbst, der diesen Entscheid getroffen hat, z. B. bei einem Bancomaten, oder durch eine schriftliche standardisierte Mitteilung, z. B. wenn nach einem Haftpflichtfall der Versicherte automatisch in eine höhere Prämienstufe eingeteilt wird.

Warum dann die Bedenken, es gäbe zusätzlichen Aufwand, zusätzliche Administration? Entscheidet ein Automat und wird der Entscheid dann – das ist wie erwähnt praktisch immer der Fall – vom Automaten in schriftlicher Form weitergeleitet, also der betroffenen Person automatisiert zur Kenntnis gebracht, dann kann ja problemlos auf dem betreffenden Dokument der kurze Hinweis angebracht werden, die vorgenommene Transaktion sei automatisch be- oder verarbeitet worden und es liege ein automatisierter Entscheid vor. Es ist nun aber wirklich keine Mehrbelastung, wenn unten auf dem Beleg – um beim Beispiel Bancomat zu bleiben –, den wir nach einer Transaktion, einem Geldbezug, erhalten, noch ein entsprechendes kurzes Sätzchen stehen muss.

Mehr als die blossen Information, dass ein Automatenentscheid vorliegt, darf aber nicht in die Bestimmung von Artikel 7b hineininterpretiert werden. Dies hat Bundesrat Blocher schon in der Kommission und auch im Ständerat in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht. Die Bestimmung ist im Übrigen auch so klar, dass in keiner Weise befürchtet werden muss, dass sie als Vehikel dienen könnte, um eine Begründungspflicht bezüglich des mitgeteilten Entscheides einzufordern, wie wir vom Vorredner soeben gehört haben – von einem Kontrahierungszwang, über den wir auch schon gesprochen haben, ganz zu schweigen.

Ich will die Bedeutung dieser Pflicht zur Information über die Tatsache, dass ein wichtiger Entscheid automatisiert getroffen worden ist, auch nicht überbewerten. Artikel 7b ist sicher nicht die *Pièce de Résistance* dieser Vorlage. Aber die Information kann doch ab und zu für den Betroffenen von Nutzen sein, entweder indem er genauer überprüft, was da der Automat entschieden hat, oder auch indem er realisiert, dass der Entscheid nun wirklich standardisiert getroffen worden ist und nicht ein Mensch diesen Entscheid auf Sinn und Richtigkeit überprüft hat.

Ich fasse zusammen: Die Bestimmung, die der Bundesrat, der Ständerat und die Minderheit Thanei einführen möchten, führt nicht zu einem Mehraufwand, schafft Klarheit und Transparenz und hilft wohl auch mit, Missverständnisse, unnötigen Ärger gar, zu minimieren.

Wir tun daher gut daran, uns mit der Minderheit dem Bundesrat und dem Ständerat anzuschliessen, womit wir gleich auch die letzten Differenzen in diesem Gesetz ausräumen können.

Markwalder Bär Christa (RL, BE): Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, am Entscheid des Nationalrates festzuhalten.

Wie bereits ausgeführt wurde, sieht Artikel 7b eine Informationspflicht in Bezug auf automatisierte Einzelentscheide vor. Der Ständerat war der Meinung, dass diese Informationspflicht schon dann erfüllt sei, wenn auf einem Formular erwähnt ist, dass ein Entscheid ausschliesslich auf einer automatisierten Datenbearbeitung beruht. Gleichzeitig kamen aber insofern Zweifel auf, als die Praktikabilität darunter leiden könnte, wenn mit dieser Informationspflicht eine individuelle Mitteilung gemeint ist, die noch Art und Umfang der automatisierten Datenbearbeitung enthält. Auch Herr Hochreutener hat in seinem Votum darauf hingewiesen, dass Kosten – also der Mehraufwand – und Nutzen für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass mit der Streichung dieses Artikels Klarheit geschaffen wird, und bittet Sie deshalb, am Entscheid des Nationalrates festzuhalten. Diese Bestimmung ist nämlich für die Erfüllung der beiden Vorstösse nicht notwendig, obwohl das europäische Recht weiter geht.

Joder Rudolf (V, BE): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, der Mehrheit zu folgen und diesen Artikel zu streichen. Es geht einmal mehr um diese ausdrückliche, zwingende Form der Informationspflicht bei automatisierten Einzelentscheiden. Es sind eigentlich alle Argumente hinlänglich ausgetauscht worden. Einmal mehr möchte ich darauf hinweisen, dass für den Betroffenen nicht wesentlich ist, ob der Entscheid von einer Maschine, also computergesteuert, oder von einer Person gefällt wird. Einzig und allein entscheidend ist der Inhalt des Entscheides, allenfalls die Gründe, die zu diesem Entscheid geführt haben, und wie man sich gegen einen Entscheid zur Wehr setzen kann. Das sind die massgebenden Elemente aus der Sicht des Betroffenen und nichts anderes.

Auf der anderen Seite ist diese Informationspflicht eine völlig unnötige, zusätzliche administrative Belastung für die Wirtschaft, da in jedem Fall, auch bei positiv lautenden Entscheiden, dieser Entscheid automatisiert vermittelt und übermittelt werden muss. Dem Einzelnen nützt dieses Standardsätzchen, wie es bezeichnet worden ist, nichts. Es ist eine sinnlose Belastung der Betroffenen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der Ständerat seinen Entscheid knapp, mit 19 zu 13 Stimmen, gefällt hat. Wenn wir jetzt an unserem Beschluss festhalten, stehen die Chancen nach meiner Beurteilung gut, dass der Ständerat einschwenkt und anschliessend diese Differenz bereinigt werden kann. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Mehrheit der Kommission will – entgegen dem Beschluss des Ständerates und entgegen dem Entwurf des Bundesrates – am früheren Entscheid Ihres Rates festhalten. Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen, d. h. der Fassung des Ständerates und des Bundesrates.

Herr Sommaruga Carlo hat bereits aus meinem Votum im Ständerat vorgelesen; deshalb kann ich auf eine nähere Begründung verzichten. Ich wäre sehr dankbar, wenn mich die Sozialdemokraten mehr zitieren würden!

Es geht nicht um eine weltbewegende Angelegenheit, es ist aber auch keine weltbewegende Angelegenheit bei der Wirtschaft und den Versicherern, wenn wir diesen Artikel beibehalten. Für eine Minderheit der Konsumenten – es sind vielleicht wenige – ist es nicht ohne Bedeutung zu wissen, ob ein Entscheid maschinell, wenn ich so sagen darf, oder ob er anders gefällt worden ist und somit eine persönliche Beurteilung ein stärkeres Gewicht bekommt. Das wäre insofern nicht gut, als alle Einzelheiten und einzelne Befunde dargelegt werden müssten; das gäbe einen riesigen Aufwand. Ich möchte nur nochmals betonen, dass dem allein mit einer Bemerkung, die lautet, dass ein Entscheid auf rein maschinellem Weg getroffen worden ist, Genüge getan ist. Dann weiss die betreffende Person: Was hier entschieden worden ist, ist aufgrund eines maschinellen Verfahrens und nicht aufgrund einer persönlichen Beurteilung zustande gekommen. Das

Antrag der Minderheit

(Thanei, Aeschbacher, Jutzet, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 34 al. 1; ch. III

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Thanei, Aeschbacher, Jutzet, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

05.065

Sportveranstaltungen.**Massnahmen****gegen Gewaltpropaganda
und gegen Gewalt.****Bundesgesetz****Manifestations sportives.****Mesures contre la propagande****incitant à la violence****et contre la violence.****Loi fédérale***Différences – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 17.08.05 (BBl 2005 5613)

Message du Conseil fédéral 17.08.05 (FF 2005 5285)

Nationalrat/Conseil national 15.12.05 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.12.05 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 07.03.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.03.06 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit**Loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure****Ziff. III Abs. 3**

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Jutzet)

Festhalten

Ch. III al. 3

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Jutzet)

Maintenir

Jutzet Erwin (S, FR): Ich frage mich ernsthaft, ob wir dümmere oder weniger gewissenhaft sein sollen als der Ständerat. Am 15. Dezember 2005 haben wir in diesem Rat beschlossen, dieses Gesetz unbefristet zu erlassen, so, wie es üblich und richtig ist. Der Ständerat, diese Chambre de Réflexion, hat jetzt Bedenken. Er hat verfassungsmässige

Bedenken. Er sagt, es sei nicht sicher, ob für die Einschränkung der Verfassungsrechte, der Freiheitsrechte, effektiv eine Verfassungsnorm bestehe. Zudem hat er auch Bedenken, was die Kompetenzordnung anbetrifft.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe mit der Logik des Bundesrates und mit der Logik des Ständerates Mühe. Es steht jetzt nicht zur Debatte, ob dieses Gesetz notwendig sei. Es geht nur um die Frage der Befristung. Wenn das Gesetz verfassungswidrig ist, dann dürfen wir es nicht beschliessen. Wenn es aber verfassungskonform ist, dann gibt es keinen Grund, weshalb wir gleichsam ein Gesetz auf Probe machen: Ja, wir versuchen es einmal – drei, vier, fünf Jahre, und dann schauen wir weiter. Das wird einen Präzedenzfall schaffen für andere Gesetze. Das ist nicht seriös. Wir können doch nicht ein Gesetz machen und sagen, wir schauen dann in fünf Jahren, ob es verfassungsmässig ist. Im Übrigen zur Frage der Verfassungsmässigkeit: Seit 1990 hat die EU solche Gesetze beschlossen. Sie hat die Frage geprüft. Die Frage lag also bei der Vorgängerin von Herrn Bundesrat Blocher auf dem Tisch des Hauses. Es ist nicht seriös, wenn man jetzt kommt und sagt: Es besteht dringender Handlungsbedarf; die Frage der Verfassungsmässigkeit, die prüfen wir dann später.

Ich bitte Sie also, dass Sie den Mut nicht verlieren und dass Sie weiterhin an unserem Beschluss vom Dezember 2005 festhalten und in der Logik sagen: Wir beschliessen dieses Gesetz nicht auf Probe, sondern wir halten an unserem Entscheid fest, und wir beschliessen dieses Gesetz auf unbestimmte Zeit. Es besteht dann die Möglichkeit, dass man es revidiert oder dass man es abändert. Ich glaube, der Ständerat, diese Chambre de Réflexion, hat hier nicht das Ei des Kolumbus gefunden. Es ist meines Erachtens vielmehr – um es ein bisschen ordinär auszudrücken – eine Euro-Wurst, ein Euro-Bier. Die Unverdaulichkeit und der Kater sind programmiert.

Sommaruga Carlo (S, GE): La majorité nous propose aujourd'hui de voter une loi avec un effet limité dans le temps, non plus à fin 2008 comme le prévoyait le projet initial du Conseil fédéral, mais à fin 2009, cela en suivant la décision du Conseil des Etats. Mais, en même temps, la majorité nous propose une motion (06.3004) qui vise à reprendre telles quelles les dispositions, soit au niveau constitutionnel, soit au niveau d'un concordat intercantonal.

Effectivement, comme cela a été évoqué par Monsieur Jutzet, il y a d'abord un premier problème de constitutionnalité. Aujourd'hui, la loi qui nous est proposée est-elle constitutionnelle ou anticonstitutionnelle? Si elle est constitutionnelle, il n'y a pas besoin de cette motion supplémentaire – à fin 2009 – et il faudra régler le problème dans la loi. Par contre, si elle est anticonstitutionnelle, c'est-à-dire non conforme à la Constitution, on voit mal comment le Parlement, qui, finalement, détient ses pouvoirs de cette même Constitution, pourrait aujourd'hui voter une loi qui serait en contradiction avec notre charte fondamentale. Dès lors, la motion elle-même contient une contradiction insoutenable.

Par ailleurs, il convient de relever que cette motion invite tout simplement à reprendre à fin 2009 la teneur des dispositions des articles 24b, 24d et 24e LMSI, soit des mesures répressives, dans le texte d'un concordat ou dans un texte constitutionnel. Cela se fera cependant sans évaluation préalable de l'impact que ces mesures auront eu, non seulement lors des manifestations de l'Euro 2008, mais d'ici à fin 2009 sur les manifestations nationales, que ce soit du hockey sur glace ou du football.

Ces dispositions sont contestées en ce qui concerne leur atteinte aux droits de la personne. La majorité des membres du conseil a retenu cependant que cela était conforme à la Convention européenne des droits de l'homme. Nous avons soutenu le fait que tel n'était pas le cas. Ceci dit, avant de réintroduire ces dispositions dans un nouveau texte d'un niveau hiérarchique supérieur ou dans le cadre d'un concordat intercantonal, il conviendra d'en faire une évaluation. Cette évaluation a d'ailleurs été proposée en commission, sous la forme d'un «addendum» au texte de la motion. Mais la majo-

Ainsi, le Parlement aura toutes les cartes en main pour se prononcer dans le courant de 2007 sur la conception du recensement 2010 de la population. Il n'en résultera aucun préjudice dans l'intervalle, puisqu'il sera encore temps de préparer un recensement selon la formule traditionnelle, comme en l'an 2000. Par contre, si le recensement doit être modernisé, l'harmonisation des registres des habitants risque de ne pas être réalisée à temps pour 2010. Cela vaut aussi bien pour la variante soutenue par le Conseil fédéral que pour celle privilégiée par les cantons.

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz**

**Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse**

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBl 2003 2101)
Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)

Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 03.06.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 06.10.05 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 14.12.05 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 09.03.06 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 22.03.06 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBl 2006 3547)
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2006 3421)
Text des Erlasses 2 (BBl 2006 3649)
Texte de l'acte législatif 2 (FF 2006 3521)

**1. Bundesgesetz über den Datenschutz
1. Loi fédérale sur la protection des données**

Art. 7b; 34 Abs. 1; Ziff. III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 7b; 34 al. 1; ch. III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat hat dieses Geschäft am 9. März 2006 behandelt. Es verblieb eine Differenz, nämlich bei Artikel 7b, mit der entsprechenden Anpassung in Artikel 34 Absatz 1 und in Ziffer III. Es geht um die Informationspflicht bei automatisierten Einzelentscheidungen, bei Computerentscheidungen. Der Nationalrat hat diese Bestimmung zweimal abgelehnt, beim zweiten Mal mit 95 zu 61 Stimmen. Der Ständerat hatte diese Bestimmung in der ersten Runde mit 19 zu 13 Stimmen gutgeheissen. In der Kommission für Rechtsfragen haben wir diese Bestimmung nochmals diskutiert. Es wurde einerseits darauf hingewiesen, dass es gute Gründe gibt, an unserem Beschluss festzuhalten. Andererseits wurde die Frage des Aufwandes und Ertrages dieser Bestimmung gestellt, und es wurde auf die Argumentation hingewiesen, die zur ablehnenden Haltung des Nationalrates geführt hatte. Aufgrund des Stimmenverhältnisses im Nationalrat kam Ihre Kommission

schliesslich zum Schluss, sich dem Nationalrat anzuschliessen. Dieser Entscheid wurde mit 5 zu 3 Stimmen gefällt. Namens der Kommission beantrage ich Ihnen also, sich bei den Differenzen dem Nationalrat anzuschliessen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es handelt sich hier nicht um eine sehr bedeutungsvolle Angelegenheit. Es geht darum, ob man es den Betroffenen mitteilen müsse oder nicht, wenn Entscheide mittels Maschinen, vor allem natürlich elektronischen, getroffen werden. Wir haben Verständnis, wenn Sie sich dem Nationalrat anschliessen, damit das Gesetz auch bereinigt ist.

Angenommen – Adopté

05.060

**Schweizerisches Strafgesetzbuch
und Militärstrafgesetz.
Korrekturen am Sanktions-
und Strafregisterrecht
Code pénal suisse
et Code pénal militaire.
Correctifs en matière de sanctions
et casier judiciaire**

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 29.06.05 (BBl 2005 4689)
Message du Conseil fédéral 29.06.05 (FF 2005 4425)
Ständerat/Conseil des Etats 14.12.05 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 09.03.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 15.03.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 22.03.06 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBl 2006 3557)
Texte de l'acte législatif (FF 2006 3431)

**Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz
Code pénal suisse et Code pénal militaire**

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Ihre Kommission für Rechtsfragen hat sich bei beiden materiellen Differenzen dem Nationalrat angeschlossen. Es handelt sich bei diesen Differenzen in der einen Sache um eine echte Differenz, in der anderen Sache um eine unechte Differenz. Ich werde bei den einzelnen Bestimmungen darauf zurückkommen.

Art. 42 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 42 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Bei Artikel 42 Absatz 4 geht es um eine Sache, die weite Kreise unserer Bevölkerung interessiert und auch tangieren könnte. Es ist eine rechtlich und rechtsdogmatisch extrem komplexe Angelegenheit, weshalb versucht werden musste, eine pragmatische, vernünftige Lösung zu finden. Ich versuche, Ihnen ganz kurz darzustellen, wo die Problematik liegt: Es gibt verschiedene Arten von Delikten. Hier interessieren uns zwei davon: Es gibt Übertretungen, das sind relativ kleine Delikte, und es gibt Vergehen, die bereits einen etwas schwereren Gehalt haben. Die Sanktionen für diese

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz**

**Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)
Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)
Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 03.06.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 06.10.05 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 14.12.05 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 09.03.06 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 22.03.06 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBI 2006 3547)
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2006 3421)
Text des Erlasses 2 (BBI 2006 3649)
Texte de l'acte législatif 2 (FF 2006 3521)

**1. Bundesgesetz über den Datenschutz
1. Loi fédérale sur la protection des données**

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 03.016/3113)
Für Annahme des Entwurfes 168 Stimmen
Dagegen 8 Stimmen

**2. Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz
zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen
zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung
personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und
grenzüberschreitender Datenübermittlung**

**2. Arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse au
Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention
pour la protection des personnes à l'égard du traitement
automatisé des données à caractère personnel
concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières
de données**

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 03.016/3114)
Für Annahme des Entwurfes 180 Stimmen
(Einstimmigkeit)

03.073

**Fernmeldegesetz.
Änderung
Loi sur les télécommunications.
Modification**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 12.11.03 (BBI 2003 7951)
Message du Conseil fédéral 12.11.03 (FF 2003 7245)
Nationalrat/Conseil national 18.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 06.10.04 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 06.10.04 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 07.10.04 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 07.06.05 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 22.09.05 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 30.11.05 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 08.12.05 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 09.03.06 (Differenzen – Divergences)
Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 21.03.06
Nationalrat/Conseil national 21.03.06 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 21.03.06 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2006 3565)
Texte de l'acte législatif (FF 2006 3439)

**Fernmeldegesetz
Loi sur les télécommunications**

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 03.073/3115)
Für Annahme des Entwurfes 126 Stimmen
Dagegen 14 Stimmen

04.021

**Bundesgesetz
über die Zusammenarbeit
mit den Staaten Osteuropas
Loi fédérale sur la coopération
avec les Etats
d'Europe de l'Est**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 31.03.04 (BBI 2004 1953)
Message du Conseil fédéral 31.03.04 (FF 2004 1803)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.05 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 15.12.05 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 13.03.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 20.03.06 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2006 3529)
Texte de l'acte législatif (FF 2006 3403)

**Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten
Osteuropas
Loi fédérale sur la coopération avec les Etats d'Europe
de l'Est**

Schlüer Ulrich (V, ZH): Namens der SVP-Fraktion stelle ich fest, dass mit diesem neuen Osthilfegesetz eine Verpflichtung geschaffen wird, welche die Schweiz zu Zahlungen veranlasst, für die es von den politischen Voraussetzungen her keine Verpflichtung gibt. Es war der Ziel der SVP-Fraktion,


Geschäft / Objet:

Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)

Loi fédérale sur la protection des données (LPD)

Gegenstand / Objet du vote:

Schlussabstimmung

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 24.03.2006 08:32:23

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	+	S	BE
Amherd	+	C	VS
Armstutz	+	V	BE
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	+	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	+	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	+	S	NE
Bezzola	*	R	GR
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	=	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Buchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	+	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Cathomas	+	C	GR
Cavalli	*	S	TI
Chevrier	+	C	VS
Christen	+	R	VD
Daguet	+	S	BE
Darbelay	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	=	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obrist	+	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	+	G	FR
Fässler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH
Fehr Mano	+	S	ZH
Flun	+	R	SO

Föhn	=	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frosch	+	G	BE
Füglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	+	S	ZH
Garbani	+	S	NE
Genner	o	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glasson	+	R	FR
Glur	=	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf Maya	o	G	BL
Graf-Litscher Edith	+	S	TG
Gross Andreas	+	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gyr	+	S	SZ
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	+	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hammerle	+	S	GR
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	=	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Hollenstein	o	G	SG
Huber	+	R	UR
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	o	-	VD
Humbel Naf	+	C	AG
Hutter Jasmin	+	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	#	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	o	G	NE
Jutzet	+	S	FR
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE
Kleiner	+	R	AR

Kohler	+	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	o	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leu	+	C	LU
Leuenberger Genève	o	G	GE
Leutenegger Filippo	+	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leuthard	+	C	AG
Levrat	+	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Markwalder Bär	*	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kälin	+	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	o	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Miesch	*	V	BL
Mörgeli	=	V	ZH
Müller Geri	o	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Randegger	*	R	BS
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	o	G	VD
Rennwald	o	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	+	C	TI
Rossini	+	S	VS

Roth-Bernasconi	+	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Sadis	+	R	TI
Salvi	+	S	VD
Savary	+	S	VD
Schelbert Louis	o	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	=	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlürer	=	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	*	V	SZ
Siegrist	+	V	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	o	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	+	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Teuscher	o	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponez	+	R	BE
Vanek	o	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	o	G	ZH
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walker Félix	+	C	SG
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wasserfallen	+	R	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weigelt	+	R	SG
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	+	S	BE
Zapfl	+	C	ZH
Zisayadis	o	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	28	2	37	48	5	47	1	168
nein / non / no	0	0	0	0	0	7	1	8
enth. / abst. / ast.	0	12	0	2	0	0	3	17
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	0	0	3	1	0	2	0	6
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non:


Geschäft / Objet:

Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung

Arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse au Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement des données à caractère personnel concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données

Gegenstand / Objet du vote:

Schlussabstimmung

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 24.03.2006 08:33:37

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	+	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Baader Caspar	o	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	+	S	SO
Barthasat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	+	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	+	S	NE
Bezzola	*	R	GR
Bigger	o	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	o	V	ZH
Borer	o	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	o	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	+	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Cathomas	+	C	GR
Cavalli	*	S	TI
Chevrier	+	C	VS
Christen	+	R	VD
Daguet	+	S	BE
Darbella	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obrist	+	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	+	G	FR
Fässler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH
Fehr Mario	+	S	ZH
Fluri	+	R	SO

Föhn	o	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	+	G	BE
Füglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	+	S	ZH
Garbani	+	S	NE
Genner	+	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher Edith	+	S	TG
Gross Andreas	+	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gyr	+	S	SZ
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	+	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hämmerle	+	S	GR
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Hollenstein	+	G	SG
Huber	+	R	UR
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	o	-	VD
Humbel Näf	+	C	AG
Hutter Jasmin	o	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	#	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	+	G	NE
Jützet	+	S	FR
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Neilen	+	S	BE
Kleiner	+	R	AR

Kohler	+	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	+	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leu	+	C	LU
Leuenberger Genève	+	G	GE
Leutenegger Filippo	+	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leuthard	+	C	AG
Levrat	+	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Markwalder Bár	*	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kálin	+	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	+	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Miesch	*	V	BL
Mörgeli	+	V	ZH
Müller Geri	o	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Randegger	*	R	BS
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	+	G	VD
Rennwald	o	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	+	C	TI
Rossini	+	S	VS

Roth-Bernasconi	+	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Sadis	+	R	TI
Salvi	+	S	VD
Savary	+	S	VD
Schelbert Louis	+	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	o	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schüer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	*	V	SZ
Siegrist	+	V	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	+	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponèz	+	R	BE
Vanek	o	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	+	G	ZH
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walker Félix	+	C	SG
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wasserfallen	+	R	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weigelt	+	R	SG
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	+	S	BE
Zaöfl	+	C	ZH
Zisayadis	o	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	28	13	37	49	5	46	2	180
nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	1	0	1	0	8	3	13
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	0	0	3	1	0	2	0	6
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non:

02.439

**Parlamentarische Initiative
Ehrler Melchior.
Nahrungsmittel. Kennzeichnung
von besonderen Eigenschaften
aufgrund der schweizerischen
Gesetzgebung**

**Initiative parlementaire
Ehrler Melchior.
Denrées alimentaires. Modifier
l'étiquetage afin de tenir compte
des caractéristiques propres
aux productions locales**

Schlussabstimmung – Vote final

Einreichungsdatum 21.06.02
Date de dépôt 21.06.02

Bericht WAK-NR 17.02.03
Rapport CER-CN 17.02.03

Nationalrat/Conseil national 11.12.03 (Erste Phase – Première étape)

Bericht WAK-NR 14.09.04 (BBI 2004 7069)
Rapport CER-CN 14.09.04 (FF 2004 6633)

Stellungnahme des Bundesrates 24.11.04 (BBI 2004 7083)
Avis du Conseil fédéral 24.11.04 (FF 2004 6645)

Nationalrat/Conseil national 14.03.05 (Zweite Phase – Deuxième étape)

Ständerat/Conseil des Etats 07.03.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2006 3527)
Texte de l'acte législatif (FF 2006 3401)

**Bundesgesetz über die Landwirtschaft
Loi fédérale sur l'agriculture**

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 41 Stimmen
Dagegen 2 Stimmen
(1 Enthaltung)

03.016

**Bundesgesetz
über den Datenschutz.
Übereinkommen
zum Schutz des Menschen.
Beitritt der Schweiz**

**Loi fédérale
sur la protection des données.
Convention
pour la protection des personnes.
Adhésion de la Suisse**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 19.02.03 (BBI 2003 2101)
Message du Conseil fédéral 19.02.03 (FF 2003 1915)

Nationalrat/Conseil national 10.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 03.06.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.10.05 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.05 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 09.03.06 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 22.03.06 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2006 3547)
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2006 3421)

Text des Erlasses 2 (BBI 2006 3649)
Texte de l'acte législatif 2 (FF 2006 3521)

**1. Bundesgesetz über den Datenschutz
1. Loi fédérale sur la protection des données**

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 43 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(1 Enthaltung)

**2. Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz
zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Über-
einkommen zum Schutz des Menschen bei der automa-
tischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüg-
lich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender
Datenübermittlung**

**2. Arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse au
Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à la Con-
vention pour la protection des personnes à l'égard du traite-
ment automatisé des données à caractère personnel
concernant les autorités de contrôle et les flux trans-
frontières de données**

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 44 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)